III. Das Bündnis beruht auf einem Mißverständnis – Kiesinger, Wehner und der Versuch einer gemeinsamen Deutschlandpolitik

1. Wehners Deutschlandkonzept

Wehner verfolgte mit der Großen Koalition vor allem ein Ziel: die Überwindung der Bundesrepublik. Im Innern sollte sie durch die Errichtung einer "sozialen Gesellschaft" verbessert und nach außen durch die Einheit neu geformt werden. In der 1968 erschienenen Festschrift für Alex Möller hat er seinen Plan schriftlich niedergelegt. Dieser Artikel sollte vermutlich zudem den Eintritt der SPD in die Regierung rechtfertigen¹. Kiesinger hat den Aufsatz für das "heimliche Manifest" Wehners gehalten. Dessen Aussagen seien sehr aufschlußreich, meinte er später; sie seien so offen wie selten bei Wehner².

Der Kernpunkt des Artikels bestand in einer programmatischen Forderung, die ihrer Formelhaftigkeit wegen an das Abschlußkommuniqué einer Konferenz sozialistischer Staaten erinnert. Immer wieder verwandte Wehner die Formulierung "der demokratischen Lösung der deutschen Frage", allein schon auf den ersten drei Seiten zehnmal. Hinter dieser Formel steckte zunächst eine eigenwillige Interpretation der politischen Entwicklung in den vergangenen, reichlich eineinhalb Jahrzehnten Bundesrepublik. Wehner verstand unter "Demokratie" das Ringen politischer Kräfte – also von Parteien und anderen Organisationen – um die Gestaltung der westdeutschen Gesellschaft. Nach dem Kriege habe die SPD zuerst Selbständigkeit gewinnen müssen, das hieß: Unabhängigkeit von den Kommunisten. Schumacher sei es zu verdanken, wenn die Partei eine politische Richtung eingeschlagen habe, die sich von derjenigen der KPD unterschied. Zu diesem Zwecke habe die Notwendigkeit bestanden, den Marxismus als ideologische Grundlage aufzugeben: "Dabei blieb kein Raum für 'ein bißchen' von der Ideologie der 'Diktatur des Proletariats' oder von der Ideologie der 'klassenlosen Gesellschaft'"3.

Die Entscheidung der SPD für die Demokratie sei auch eine Entscheidung für einen langwierigen Prozeß zur deutschen Einheit gewesen. Die Wiedervereinigung werde erst nach einem zähen Ringen der politischen Parteien und Gruppierungen zustande kommen. Hätte sich die SPD unter Schumacher nicht für den eingeschlagenen Weg entschieden, dann wäre es zur "totalitären Lösung der deutschen Frage" gekommen. Was Wehner damit meinte, wird erst nach einigen weiteren Erläuterungen verständlich. Zunächst muß man wissen, daß für ihn innenpolitisch nur zwei Kräfte existierten, die bürgerlichen Parteien und die sozialistische Bewegung. Aber durch das Dritte Reich sei die Bourgeoisie entkräftet, gebrochen gewesen – ihre Ideologie habe gerade noch zum "sterilen Anti-Kommunismus" gereicht. Übrig blieb die sozialistische Bewegung. Und in ihr habe nur die eigenständige Politik der SPD verhindert, behauptet Wehner, daß sich das deutsche Volk zerklüftet und zersplittert habe. Denn die Bourgeoisie habe nach wie vor eine Gefahr für das deutsche Volk dargestellt. Um weiterhin bestehen zu können, habe sie so-

¹ Wehner, Entscheidungen.

² Kiesinger, Gespräch mit Baring, 12.5.1982.

³ Wehner, Entscheidungen, S. 27.

gar nicht ausgeschlossen, in der nationalen Frage mit den Kommunisten, über den Kopf der SPD, hinweg zu paktieren. Wehner ist leider gerade in diesem Punkt nicht präzise. Daß er mit der Bourgeoisie die bürgerlichen Parteien, vor allem CDU/CSU, FDP, DP usw., meinte, läßt sich vermuten. Aber welche Persönlichkeiten er damit ansprach, ist nur zu erahnen. Der SPD-Politiker kann damit nur an jene national gesinnten Männer gedacht haben, die selbst um den Preis einer Neutralisierung Deutschlands die Einheit anstrebten, also etwa verdiente Führer der Ost-CDU wie Jakob Kaiser oder Ernst Lemmer. Falls es zu einer Vereinigung Deutschlands durch den Pakt beider Kräfte gekommen wäre, fährt Wehner fort, hätten aber am Ende die Kommunisten den Sieg davongetragen. Denn ihre Ideologie sei der bürgerlichen überlegen gewesen. Die Kommunisten hätten dann Gesamtdeutschland beherrscht. Diese Konstellation nannte Wehner die totalitäre Lösung der nationalen Frage. Die gesamtdeutsche Gesellschaft wäre nach kommunistischen, planwirtschaftlichen und nicht nach marktwirtschaftlichen und sozialen Kriterien gestaltet worden.

Aber die SPD habe diese Entwicklung verhindert. Ihr sei es zu verdanken, wenn die deutsche Frage noch immer auf der Tagesordnung stünde: "Vis-à-vis Dr. Konrad Adenauer, dem machtbewußten und die List nicht verschmähenden Staatsmann alter Schule, der die Umstände zielbewußt seinem politischen Wollen nutzbar zu machen verstand, hat die Sozialdemokratie in der Rolle der Opposition die Impulse gegeben und stellenweise auch die Korrekturen erzwungen, die erforderlich waren, damit die Bundesrepublik auch unter ungünstigen weltpolitischen Verhältnissen für die demokratische Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes offen und geeignet blieb."⁴

Seit dem Godesberger Programm von 1959 befinde sich die sozialdemokratische Partei in einem Erneuerungsprozeß, der sie darauf vorbereite, die Führung der demokratischen Kräfte zu übernehmen und die gesellschaftlichen Verhältnisse neu zu formen. Ziel des Programms sei es, den mündigen Bürger, den Citoyen, hervorzubringen. Wehner verwandte nicht ohne Absicht diese Bezeichnung Georg Friedrich Hegels: Die Sozialdemokratie wolle nicht den egoistischen Bourgeois, sondern den Bürger, der das staatliche Ziel seinen privaten Interessen überordne.

Die Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik habe mit dem Eintritt in die Große Koalition begonnen. Lange Zeit hätte die SPD keine programmatische, kaum eine praktische Politik betreiben können. Dies sei durch die Mißerfolge bei den Wahlen, aber auch durch das Verhalten der Siegermächte verhindert worden. Mit der Großen Koalition habe sich die Situation geändert. Die Entscheidung der SPD für das Bündnis im November 1966 sei aus dem Gefühl der Verantwortung getroffen worden, die "Bundesrepublik politisch handlungsfähig zu machen"5, handlungsfähig vor allem nach außen. Denn die anderen Staaten Europas würden eine Wiedervereinigung Deutschlands nur tolerieren, wenn dabei die Spaltung des Kontinents überwunden werden könne. An der Intensität, mit der Deutschland sich dem Fernziel widme, den Ost-West-Konflikt zu überwinden, würden die Deutschen gemessen und bewertet. "Dieses Urteil wird entscheidend sein für die Möglichkeiten, die der Vereinigung des deutschen Volkes in Europa schließlich gegeben sein werden."

Aus diesem Grund ergriff Wehner Anfang 1967 beispielsweise in der Debatte um den Nichtverbreitungsvertrag mit Nachdruck das Wort. Am 19. Februar bedauerte er die

⁴ Ebenda, S. 28.

⁵ Ebenda, S. 32.

⁶ Ebenda, S. 30.

"monotone Art des Klagens" über den Sperrvertrag. Und in deutlichen Worten fügte er hinzu: "Wir sollten nicht den Verdacht erwecken, als würden wir jedesmal in die Bütt' steigen, wenn die anderen etwas regeln, was der Entspannung dient. [...] Wir haben bisher über unsere Verhältnisse gelebt, so, als ob wir eine adoptierte Siegermacht wären."7 Der Minister hob sich mit dieser Warnung deutlich von den Vorstellungen der Union ab. Er verlangte, die Bundesrepublik solle versuchen, "ohne viel Geschrei" mit den anderen betroffenen Mächten eine annehmbare Regelung der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen zu erreichen. Nur in dieser kooperativen Haltung sah Wehner auch eine Chance, mit den Kommunisten eine Regelung für das geeinte Deutschland zu finden. Dieser im Jahre 1968 skizzierte Plan faßte die Erfahrungen des prominenten SPD-Abgeordneten seit den frühen fünfziger Jahren zusammen.

Wehners Zielsetzung: Die Überwindung von Adenauers Staat

Man kann Wehners gedankliche Entwicklung zur deutschen Frage in Phasen unterteilen. Der erste Abschnitt endete mit dem Scheitern der Genfer Konferenz 1959. Bis dahin glaubte er an die Möglichkeit, die Siegermächte würden Deutschland wiedervereinigen. Er bekämpfte die Westbindung, sah in ihr den entscheidenden Hinderungsgrund. In der zweiten Periode, die bis zum Bukarester Appell des Warschauer Pakts im Jahre 1966 dauerte, suchte er die Anpassung an die bestehenden Verhältnisse der Bonner Republik. Die SPD akzeptierte die Westbindung – allerdings nur als Übergangszustand, solange sich keine Chance zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten bot. In dieser Zeit entstand auch die Einsicht, daß man sich mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland, der SED, arrangieren müsse, um die staatliche Einheit Deutschlands zu erreichen. Aber erst ab 1966 – dies der dritte Abschnitt – entwickelte Wehner hierfür eine praktisch umsetzbare Konzeption.

Am schärfsten kritisierte der Abgeordnete die Versuche des ersten Bundeskanzlers der Republik, sich – trotz aller Appelle zur Wiedervereinigung – mit dem Status der Zweistaatlichkeit dauerhaft abzufinden. Als Adenauer im Sommer 1957 in Wien erklärte, ein wiedervereinigtes, neutrales Deutschland sei nicht annehmbar, selbst wenn die Neutralität garantiert werden sollte, verwahrte sich der damalige Vorsitzende des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen gegen eine Beschränkung möglicher Wiedervereinigungsformen. Falls es möglich wäre, unter den oben genannten Bedingungen die Wiedervereinigung Deutschlands zu erreichen, müsse das deutsche Volk darüber entscheiden. Und er zweifle nicht, daß es sich für die Wiedervereinigung aussprechen werde. Dafür sei lediglich eine Bedingung unerläßlich: die Gewährleistung der vollen staatsbürgerlichen und persönlichen Freiheit für alle Deutschen. Wer aber wie der Bundeskanzler erkläre, an der Zugehörigkeit Deutschlands zur Nato sei nicht zu rütteln, der verhindere die Wiedervereinigung⁸.

Gegen eine solche Position setzte Wehner frühzeitig Ziele, die die spätere Deutschlandpolitik vorwegnahmen. Verhandlungen mit den Sowjetzonenbehörden "zu dem Zweck, die Lage der Zonenbevölkerung zu erleichtern", forderte Wehner schon im Mai 1958 auf einer Tagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland in Bad Godesberg. Die Regierung müsse bereit sein, ein Instrument zu schaffen, das zur Verklammerung der Teile Deutschlands dienen könne. Regelungen seien dabei nicht zu umgehen, in die man

⁷ Die Welt, 19.2.1967.

⁸ Vgl. Vorwärts, 5.7.1957.

die Machthaber der Zone einbeziehen müsse. Die Bundesregierung müsse gedrängt werden, hier "bis an die Grenzen des Möglichen" zu gehen⁹. Dieser ersten Phase ist der Deutschlandplan vom März 1959 zuzuzählen. Danach sollte eine Wirtschaftsgemeinschaft mit dem Ziel einer Angleichung der Währungen in einem Zeitraum von zwölf bis fünfzehn Jahren geschaffen werden¹⁰. Aber die Genfer Außenministerkonferenz, für die der Plan konzepiert worden war, ging ohne eine Lösung der Deutschlandfrage am 5. August 1959 auseinander. Es sah so aus, als ob die Supermächte sich mit dem bestehenden Zustand abgefunden hatten.

In diesem Moment wurde dem Sozialdemokraten deutlich, daß seine bisherige Annahme nicht mehr realisierbar war, die Wiedervereinigung werde sich mit Hilfe eines Arrangements zwischen den USA und der Sowjetunion vollziehen. Wehner schien die Zeit reif zu sein für neue, realistischere Einschätzungen. Jetzt hielt er es für eine "gefährliche Illusion", sich die Wiedervereinigung als "Anschluß" der Sowjetzone an den Westen vorzustellen. Eine "reale Betrachtung der Lage" lasse keine andere Möglichkeit offen, behauptete der stellvertretende SPD-Vorsitzende, als daß sich beide "irgendwo auf der mittleren Linie" zusammenfänden, wobei jede Seite Deutschlands ihre wirtschaftliche und soziale Position teilweise aufzugeben habe¹¹. Um überhaupt einmal an die Regierung zu gelangen, mußte sich die SPD als erstes im Weststaat einrichten - aber nur, wie gesagt, um ihn zu verändern und schließlich zu überwinden. Es machte jetzt keinen Sinn mehr, die Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Bündnis abzulehnen. Jahrelang hatte man das getan, um die Wiedervereinigung nicht zu behindern und das Interesse der Sowjetunion an einem geeinten Deutschland wachzuhalten. In einem Gespräch mit Ahlers nahm Wehner zwei Wochen vor seiner berühmten Rede im Bundestag das Wesentliche vorweg: "Die Frage war immer nur, in welche Beziehungen die Bundesrepublik zur Nato treten sollte", sagte er dort12. Diese Frage sei jetzt entschieden, und die SPD rüttele nicht an der Gültigkeit der Pariser Verträge. Allerdings bleibe das Problem, ob die Bindungen, die die Bundesrepublik eingegangen ist, auch das wiedervereinigte Deutschland binden würden. Das Völkerrecht und auch wiederholte Erklärungen der Westmächte stimmten darin überein, daß dies nicht der Fall sei.

Es sei die Aufgabe der deutschen Politik, dafür zu sorgen, daß die Zugehörigkeit zur Nato nicht als eine Art Selbstzweck erscheine, sondern den Erfordernissen der besonderen deutschen Situation angepaßt werde, hieß es weiter. "Die furchtbarste Form einer Neutralisierung Deutschlands ist doch die, daß die beiden deutschen Teile in ihrer jeweiligen Einbeziehung in das westliche und östliche Bündnissystem festgenagelt werden." Die Anerkennung der Westverträge verstand Wehner als einen notwendigen, aber provisorischen Zustand. Und der werde sich nur so lange halten, wie das Angebot der Vereinigung nicht auf die Tagesordnung zurückkehre. Sollte das aber der Fall sein, und Wehner war sicher, daß dies eines Tages geschehen werde, dann durften die Verträge, das Bündnis, dieser Möglichkeit nicht im Wege stehen. Als Beispiel verwies Wehner im Juli 1960 auf Dänemark. Die Dänen hätten eine Sonderstellung, meinte er in einem Ar-

⁹ Die Welt, 9.5.1958.

¹⁰ Bender (Wehner und die Deutschlandpolitik, S. 44) ist der Meinung, daß die SPD bis 1955 davon ausgegangen sei, die Vereinigung werde in einem Akt stattfinden. Als Bonn der Nato beigetreten sei, habe sich dies geändert. Seit den Pariser Verträgen hätten sich die Sozialdemokraten um eine Einigung in Etappen bemüht.

Weser-Kurier, 16.5.1959; Wehner sprach am 15.5.1959 vor gewerkschaftlich organisierten Metallarbeitern.

¹² Frankfurter Rundschau, 18.6.1960.

tikel der Wochenschrift *Die Zeit*. Sie hätten es abgelehnt, auf Bornholm militärisch-technische Einrichtungen bauen zu lassen. Niemand werfe ihnen das vor. Und aus dieser Tatsache schloß Wehner: "Sollte es also einmal für eine Wiedervereinigungssituation in Deutschland Möglichkeiten geben, vielleicht nur hauchdünne, so wäre zu bedenken, was wir im Rahmen des Nato-Bündnisses in irgendeinem Punkte tun oder auch nicht unbedingt tun sollten. Denn im Nato-Bündnis können ja die Rollen durchaus verteilt gespielt werden."¹³

Und was sollte solange mit der Ostzone geschehen? Wehner meinte, es käme darauf an, "unter Vermeidung alles dessen, was eine spätere Wiedervereinigung erschweren würde", zumindest einen Modus vivendi zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu erreichen, damit wenigstens die menschlichen Beziehungen erhalten blieben¹⁴. Im Januar 1962 erinnerte Wehner an die gescheiterte Pariser Außenministerkonferenz, die am Tag der Inkraftsetzung des Grundgesetzes, dem 23. Mai 1949, begann und einen Monat später auseinandergegangen war. Damals hätten die Außenminister zumindest Konsultationen zwischen der Bundesrepublik und der Ostzone vorgesehen, um die Folgen der Spaltung Deutschlands zu mildern. Wehner regte an, ob nicht zu erwägen sei, "im Ringen um einen Modus vivendi unter Aufrechterhaltung des Rechtsanspruches auf Wiedervereinigung" auf dieses Konferenzergebnis von 1949 zurückzugreifen¹⁵.

So hat Wehner in der Opposition wieder und wieder angeregt, die vier Mächte in der Frage der Vereinigung Deutschlands zusammenzubringen. Er drängte darauf, den Zustand der Zweiteilung zu überwinden, die Republik endlich in ihren "höheren" erlösten Zustand zu überführen. Er unternehme es, die deutsche Frage vom toten Punkt herunterzubringen, auf den sie unglücklicherweise manövriert worden sei und "auf dem sich leider manche wohl zu fühlen scheinen", bekannte er dem Journalisten Gaus im Herbst 1966. "Für die Deutschen und wahrscheinlich auch für Europa wäre es am besten, wenn die Deutschen in einem vereinigten demokratischen Staat leben und ihre Verhältnisse zur übrigen Welt ordnen könnten."16

Wie stellte sich Wehner im Herbst 1966 die Wiedervereinigung vor? Für die erste Etappe griff er auf den Gedanken einer Deutschen Wirtschaftsgemeinschaft zurück, man könne auch an die äußere Form eines Deutschen Bundes denken. Allerdings verwarf der ehemalige Parteigefährte Walter Ulbrichts den Plan der SED, der eine Konföderation beider Staaten vorsah. Diese solle ja einzig zu dem Zweck gebildet werden, "kommunistische Impulse zur politischen und gesellschaftlichen Veränderung der Verhältnisse in der Bundesrepublik wirksam werden zu lassen"17. Das allerdings wollte Wehner verhindern. Dagegen schwebte ihm eine Annäherung der beiden Regierungen von gleich zu gleich vor. Als Verhandlungsgrundlage nannte er einen vom Nationalökonomen und Sozialpolitiker Oswald von Nell-Breuning formulierten Vorschlag. Danach sollten im Falle einer Wiedervereinigung die Menschen im anderen Teil Deutschlands alles behalten dürfen, was sie nicht ausdrücklich geändert haben wollten. Wehner betonte, daß Nell-Breuning vom Fall der Wiedervereinigung gesprochen habe. Er dagegen suche nach einer Grundlage für das mögliche Nebeneinander von zwei unterschiedlichen Systemen. Aber auch der preußische Staatssekretär Arnold Brecht habe in seinen Schriften die Möglichkeit geprüft und bejaht, daß zwei unterschiedliche Wirtschaftsformen auf Jahre, selbst

¹³ Die Zeit, 8.7.1960.

¹⁴ Frankfurter Rundschau, 18.6.1960.

¹⁵ pui - SPD, 26.1.1962.

¹⁶ Gaus, Opposition, S. 87 und 79 f.

¹⁷ Ebenda, S. 81.

Jahrzehnte nebeneinander existieren könnten. Allerdings sei dies nur unter der Voraussetzung realisierbar, habe Brecht eingeschränkt, daß die Grundrechte der Menschen in beiden Staaten gleich seien.

Für Wehner stellte dieses Nebeneinander nicht den endgültigen Zustand, sondern die erste Phase, den ersten Schritt auf dem Weg zum geeinten Nationalstaat dar. Man müsse das kommunistische Regime dazu verpflichten, eine gewisse Verantwortung gegenüber dem ganzen deutschen Volke zu übernehmen. Notfalls müsse man die SED dazu nötigen, indem man ihr die "dialektischen Auswege" verbaue. Die Strategie Wehners unterschied sich damit scharf von den Konzeptionen, die ihre Hoffnung auf einen inneren Wandel des Systems der DDR setzten. In strikter Abgrenzung zu Bahrs "Wandel durch Annäherung", dem Wehner vorwarf, sein Ziel sei die "Unterminierung" der DDR18, warnte er einerseits davor, allwissend zu tun, als ob die innere Entwicklungsmöglichkeit eines Landes unter einem kommunistischen Regime im vorhinein leicht auszumachen sei. Andererseits "diesen Begriff Wandlung zu etwas werden zu lassen in unserem eigenen Kopf, mit dem dann in der Praxis nichts anzufangen sein wird", weil dies ein künstlicher Maßstab wäre, der angelegt werde. "Wenn wir das Regime so nehmen, wie es ist, so gibt es wohl kaum andere Möglichkeiten als die, immer wieder zu versuchen [...], das erreichbare Höchstmaß innerdeutscher Regelungen zustande zu bringen. "19 Er wolle versuchen, eine Situation zu schaffen, die ein "offenes Spiel" zwischen den beiden Regierungen ermögliche, bei dem keine Seite der anderen etwas vorzumachen brauche. Erlaubt sei alles, was nicht ausdrücklich einer friedensvertraglichen Regelung vorbehalten sein müsse.

Die Zukunftsaussichten schätzte Wehner optimistisch ein. Die Wiedervereinigung werde kommen. Aber nur dann, wenn die Bundesrepublik endlich alles unternehme, was einer möglichen Annäherung dienlich sei. Zusammenfassend sagte er: "Wann diese Einheit kommt, das bestimmen die Mächte. Ob sie kommt und daß sie überhaupt kommt, das bestimmen wir allein."²⁰

Moskaus untergeordnete Rolle in Wehners Wiedervereinigungskonzept

In Wehners Wiedervereinigungskonzept spielte Ost-Berlin also die Hauptrolle, Moskau dagegen nur einen untergeordneten Part. Doch der SPD-Politiker war realistisch genug, um zu sehen, daß Deutschland nur im Einvernehmen mit der Sowjetunion vereinigt werden konnte. Und plötzlich schien es Bewegung bei den Sowjets zu geben. Im April 1966 hatte die sowjetische Regierung mit ihrem Beschluß des XXIII. Parteikongresses der KPdSU eine neue Zielsetzung formuliert. Der zentrale Gedanke war die Bildung einer "europäischen Friedensordnung", in der zwei deutsche Staaten existieren sollten. Die Sowjetunion hatte den Begriff einer europäischen Friedensordnung schon 1956 verwandt. Doch erst jetzt, in der Phase der Entspannungsbemühungen zwischen den beiden Supermächten, nahm der Gedanke konkrete Formen an. Moskau verfolgte mit ihm ein doppeltes Ziel: die Konsolidierung des eigenen Herrschaftsbereichs, die Anerkennung der Gebietsgewinne nach dem Zweiten Weltkrieg, bei gleichzeitigem Rückzug der Ameri-

¹⁸ Freudenhammer/Vater, Wehner, S. 214. Er sah in Bahr einen Nationalisten mit mangelndem sozialistischen Bewußtsein, der, wie er einem Besucher anvertraute, ebenso wie Brandt zwar die Nation wünsche. Aber: "Sie wollen nicht für die Nation zahlen durch Auslösung von Gefangenen und die Zusammenführung getrennter Familien. Sie wollen die DDR unterminieren."

¹⁹ Gaus, Opposition, S. 82.

²⁰ Ebenda, S. 79.

kaner aus Europa. Was Wehner hoffnungsvoll registrierte, war der sowjetische Vorschlag, in diese europäische Ordnung die beiden deutschen Staaten einzuschließen. In einem Interview am 16. April 1967 zitierte der Minister aus dem Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden des ZK der KPdSU, Breschnew, die Sowjets strebten auf einer internationalen Konferenz an, "weiter nach Wegen zur Lösung eines Kardinalproblems der deutschen Sicherheit, der deutschen Friedensregelung zu suchen, damit auf der Grundlage der Anerkennung der jetzt bestehenden Grenzen der europäischen, einschließlich der beiden deutschen Staaten, die Überreste des Zweiten Weltkrieges in Europa völlig beseitigt werden"²¹.

Das war die erste konkrete Aussage der Sowjets über Deutschlands Rolle in Europa, seitdem die Kremlführung 1955 erstmals von der Existenz zweier deutscher Staaten gesprochen hatte. Damals war die Bundesrepublik gerade in das westliche Verteidigungsbündnis, die Nato, integriert worden. Chruschtschow erklärte daher auf dem Rückflug von der Genfer Gipfelkonferenz auf einem Zwischenstopp im Ost-Berliner Lustgarten am 26. Juli: In der entstandenen Situation sei der einzige noch gangbare Weg zur Vereinigung Deutschlands die Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa, gleichzeitig die Festigung und Entwicklung wirtschaftlicher und politischer Kontakte zwischen beiden Teilen Deutschlands²². Seit damals hatte Moskau versucht, die DDR als eigenständigen Staat zu etablieren. In der Berlin-Krise von 1958 bis 1962 hatte der Kreml damit gedroht, einen separaten Friedensvertrag mit Ost-Berlin zu schließen. Aber dazu kam es nicht. Ersatzweise unterzeichneten die Regierungen der DDR und der UdSSR am 12. Juni 1964 einen Beistandsvertrag. Nach dem Sturz Chruschtschows wenig später wurden dann keine weiteren Hinweise auf sowjetische Vorstellungen mehr publik.

Zwar gefiel Wehner die Tatsache nicht, daß die Erklärung vom April 1966 von zwei deutschen Staaten in Europa sprach. Aber auf der anderen Seite ergab sich mit dem Appell für eine Konferenz, die die "Überreste des Zweiten Weltkrieges" beseitigen helfen sollte, die Möglichkeit, endlich auch die Lösung der deutschen Frage in Angriff zu nehmen. Wehner lag vor allem daran, daß sich in der Erklärung von Bukarest die eurasische Supermacht erstmals mit einer Perspektive einverstanden erklärte, die auf eine Auflösung der Blöcke hinauslief. Die politische Aufteilung des Kontinents in zwei Hälften war dem Sozialdemokraten grundsätzlich als eigentliche Ursache der Spaltung Deutschlands erschienen. Jetzt war endlich ein Ansatzpunkt für einen Prozeß der Vereinigung erkennbar und zum Greifen nahe. Allerdings hatte die Sache einen Haken: Die Kommunisten hatten den Plan so angelegt, als ob es bei der Formung dieses Europa auf die Bundesrepublik gar nicht ankomme. Bonn sollte sich fügen und die Zweiteilung Deutschlands anerkennen. Das wollte Wehner unter allen Umständen verhindern. Die Bundesregierung mußte daher zunächst erreichen, als Verhandlungspartner akzeptiert zu werden. Das war ein weiterer Grund für den Vorschlag des Ministers, einen Kontakt mit Ost-Berlin herzustellen. Überhaupt würde die Bundesrepublik bei der neuen Gestaltung Europas übergangen werden, falls sie nicht eigene Vorstellungen entwickelte. Diese Aufgabe habe die Regierungserklärung der Großen Koalition erfüllt, meinte Wehner am 21. April 196723.

Die Lage war also klar, als Wehner sein Ministeramt antrat. Das Problem sei, daß Moskau zwei deutsche Staaten in ein geeintes Europa einbeziehen wolle, meinte er am 9. Fe-

²¹ pui - SPD, Wehner im DLF, 16.4.1967, S. 8; vgl. EA, 21 (1966), Folge 10, S. D 265.

²² Vgl. Steininger, Deutsche Geschichte, Band 2, S. 495.

²³ BPA, Wehner im NDR, 21.4.1967, Anhang XII, S. 4.

bruar im Zweiten Deutschen Fernsehen. Die Bundesregierung sage umgekehrt, daß nur durch die Überwindung der Teilung der Deutschen in Ost und West eine Friedensordnung denkbar sei. An diesem Punkt würden sich die Meinungen noch lange aneinander reiben. Aber schließlich werde man zu Brücken finden müssen, und diese Brücken würden Bonn und Ost-Berlin schlagen²⁴.

Wehner schien durch die sowjetische Absicht also eher ermutigt. Immer wieder wies er darauf hin, wie wandelbar Positionen der sowjetischen Politik sein konnten. Im Zentralorgan der Partei, dem Vorwärts, erklärte der Minister für gesamtdeutsche Fragen im Dezember 1966, die Einschätzung der Sowjetunion relativierend: "Ich bin mir bewußt, daß jeder Versuch, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen, nur im Einvernehmen mit der UdSSR verwirklicht werden kann. Dabei darf jedoch nicht verkannt werden, daß die sowjetische Deutschlandpolitik sowohl auf der diplomatischen wie auf der Parteiebene in der Einschätzung der innerdeutschen Verhältnisse nicht selten an wesentlichen Tatsachen vorbeigegangen ist, was auch der Sowjetunion selbst schon schweren Schaden zugefügt hat. "25 Das Mißtrauen gegenüber der sowjetischen Politik war daher auch ein Motiv für die Konzentration Wehners auf die ostdeutschen Kommunisten. Es war seine persönliche Tragik, daß die SED diesem abtrünnigen Kommunisten in seiner exponierten Stellung als Minister für gesamtdeutsche Fragen nicht trauen wollte. Tatsächlich plante man bei Amtsantritt in Ost-Berlin eine Kampagne gegen Wehner und ließ sich dazu vom KGB Material aus Moskau kommen.

Die geplante Kampagne der DDR gegen Wehner

Während sich Wehner darum bemühte, Kontakte zum Regime in Ost-Berlin anzuknüpfen, dachte das Ministerium für Staatssicherheit darüber nach, wie es dem Bundesminister öffentlich schaden und ihn kompromittieren konnte. Schon im August 1966 hatte in der Hauptabteilung IX/10 Major Rolf Schwabe vorgeschlagen, aus den bereits angesammelten Dokumenten über den "Komplex Wehner" Materialien zu erarbeiten, mit dem Ziel, daß eine strafrechtliche Verfolgung möglich werde, "auch aus Sicht der bürgerlichen Rechtsprechung des westlichen Auslandes"26. Allerdings war sich der Berichterstatter darüber im klaren, daß die Dokumente dazu offenbar nicht ausreichten. Außerdem seien, so der Major, die Prozeßunterlagen aus Schweden, wo Wehner 1942 verhaftet und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden war, wiederholt von den verschiedensten Vertretern des westdeutschen Presse eingesehen und deren Inhalt bereits veröffentlicht worden.

Im März 1967 wurde der Komplex Wehner daher mit neuer Dringlichkeit vorgenommen. Denn es war der Staatssicherheit klar, daß die "Feindtätigkeit Wehners wachsen" werde und daß diese "nicht nur gegen unsere DDR, unsere Arbeiter- und Bauernmacht, sondern grundsätzlich gegen die KPD, die Arbeiterklasse" schlechthin gerichtet sein würde²⁷. Im April 1967 wurde daraufhin in der Moskauer KGB-Zentrale beraten, wie Wehner durch Maßnahmen der Geheimdienste KGB und MfS bekämpft werden könne. Es sei zweckmäßig, "gegen Wehner vorzugehen", wegen dessen "besonders gefährlicher Rolle", die er "bei der Ausarbeitung der gegen die DDR und UdSSR gerichteten Politik der westdeutschen Regierung und der SPD" spiele. Mit dieser Einschätzung sandte der Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der

²⁴ Vgl. BPA, Wehner im ZDF, 9. 2.1967, Anhang II, S. 6.

²⁵ Vorwärts, 14.12.1966.

²⁶ BStU, ZA, SdM, Nr. 1858, Informationsbericht vom 12.8.1966, Blatt 254.

²⁷ Ebenda, Nr. 1858, 21.3.1967, Blatt 258.

UdSSR, Wladimir E. Semitschastny, daher an Erich Mielke detaillierte Berichte aus Moskauer Archiven des ehemaligen Kommissariats für innere Angelegenheiten (NKWD)²⁸. Es handelte sich um brisante Dokumente. Insgesamt, heißt es da in einem Begleitschreiben, habe Wehner 1937 ausführliche Charakteristiken über mehr als 20 Personen verfaßt, von denen einige später inhaftiert, "zur Höchststrafe verurteilt und 1957/59 rehabilitiert" worden seien. Außerdem habe Cornelius dem NKWD "seine Dienste bei der Bearbeitung deutscher Trotzkisten und deutscher Emigranten in Moskau" angeboten. Da sich die Berichte des NKWD bei ungeschickter Nutzung nicht nur gegen Wehner, sondern auch - durch die Einblicke in die Terrorherrschaft Stalins - gegen die Sowietunion selbst auswirken konnten, stellten sie allerdings nur eine untergeordnete Komponente des strategischen Kampfes gegen Wehner dar²⁹. So wollte die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) Wehner etwa nachweisen, daß er sich seine Zeit im schwedischen Gefängnis durch den Verrat deutscher und westeuropäischer Antifaschisten in Hitlers Machtbereich erleichtert habe. Ob und inwieweit die "aktiven Maßnahmen" durchgeführt wurden, wird durch die Akten nicht mehr ersichtlich. Erhalten blieb eine Aktennotiz des Leiters der HVA Markus Wolf vom Februar 1968, in dem von einem Teilplan die Rede ist, der "z.T. realisiert ist, bzw. an dem noch gearbeitet wird, neben anderen Fragen"30. Wehner wurde in diesem Jahr 1968 plötzlich für die DDR wichtig. Jetzt sah man in ihm nicht mehr den Feind, den es zu bekämpfen galt, sondern man suchte ihn für die eigenen Zwecke zu nutzen. Es fanden mittlerweile auch geheime Treffen zwischen Wehner und Beauftragten der SED in Berlin-Steglitz statt, die vom Stoph-Mitarbeiter Hermann von Berg im ZK der SED koordiniert worden sein sollen³¹.

Daß Wehner durch die belastenden Dokumente aus seiner Moskauer Zeit erpreßbar blieb, ist dem SPD-Politiker immer bewußt gewesen. Er lebte mit diesem Handikap. Der tiefste Grund, nicht sein Ministeramt nach der Großen Koalition 1969 weitergeführt zu haben, bekannte er später, sei die Voraussicht gewesen, daß seine Person als Vorwand der kommunistischen Regierung hätte benutzt werden können, den Entspannungsprozeß weiter zu blockieren³2. Wehner stand seiner eigenen Politik also im Wege. Dennoch war von Resignation bei seinem Amtsantritt nichts zu spüren. Im Gegenteil. Innerhalb weniger Wochen lancierte er mehrere Vorschläge, wie mit der SED Kontakte zu knüpfen seien. Den Koalitionspartner überraschte er mit solchen Vorstößen, die Kiesinger frühzeitig zwangen, nach Kompromissen zwischen den Regierungsparteien zu suchen. Welche Bedeutung diese Initiativen besaßen und welche Emotionen damit geweckt wurden, wird nur vor dem Hintergrund der Deutschlandpolitik Bonns seit der Gründung der DDR deutlich.

²⁸ BStU, ZA, SdM, Brief vom 10.5.1967, Blatt 264.

²⁹ Vgl. Reuth, Ralf Georg, Die Feindtätigkeit Wehners wird wachsen. Warum das Ministerium für Staatssicherheit 1967 die Akten des NKWD über Herbert Wehner erhielt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.12.1993.

³⁰ BStU, ZA, SdM, Nr. 1858, Blatt 257.

³¹ Vgl. Die Welt, 9.1.1994, sowie Kreutzer und von Berg, Gespräche mit dem Verfasser, 22.8.1988 bzw. 18.5.1989. Es soll sich um mindestens acht Gespräche zwischen 1967 und 1969 gehandelt haben.

³² Vgl. Wehner, Gespräch mit Bruhns, 15.10.1973, Blatt 33. Barzel (Gespräch mit dem Verfasser, 10.6.1988) wurde frühzeitig auf diesen Sachverhalt hingewiesen. Zwei französische Journalisten hatten ihn zu Beginn der Koalition aufgesucht und während des Interviews erklärt, in der Deutschlandpolitik werde sich nichts bewegen. Man könne ja nicht erwarten, daß die Kommunisten mit diesem Renegaten verhandelten oder sich sogar einigten.

Die Politik der Bundesregierung gegenüber der DDR von 1949 bis 1966

Nicht die Staatsgründung der DDR am 7. Oktober 1949, sondern die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der ostdeutschen und der polnischen Regierung in Zgorzelec, dem polnischen Teil von Görlitz an der Neiße, am 6. Juni 1950, zwang die Bundesregierung zur später sogenannten "Alleinvertretungserklärung". Bundeskanzler Adenauer hob am 21. Oktober 1950 vor dem Bundestag hervor, daß die Sowjetzone von keinem freien Willen getragen sei, die Bundesregierung sich dagegen auf die Wahl von 23 Millionen stimmberechtigten Deutschen stützen könne. Er betonte daher, die Bundesrepublik Deutschland sei bis zur Erreichung der deutschen Einheit die einzig legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes. Sie allein sei befugt, für das deutsche Volk zu sprechen. Dies gelte insbesondere für Erklärungen über die Oder-Neiße-Linie³³.

Schon am 22. März desselben Jahres hatte die Bundesregierung eine programmatische Erklärung zur Wiedervereinigung abgegeben. Danach sollten freie Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung stattfinden. Mit dieser Formel erklärten sich nicht nur die Westmächte, sondern auch die Parteien einverstanden. Für lange Zeit sollte diese Forderung offizielle Regierungspolitik bleiben³⁴. Als im Juni 1950 der Korea-Krieg ausbrach und die Gefährdung des westlichen Europas durch die Armeen des Ostens auf drastische Weise verdeutlichte, zeichnete sich bald unter den westlichen Führungsmächten die Zustimmung für einen Wehrbeitrag der Bundesrepublik ab. Um diese Wehrbeteiligung zu verhindern, leiteten die Sowjetunion und das ostdeutsche Regime einige diplomatische Offensiven ein. Dazu zählt der Brief Otto Grotewohls an Adenauer, in dem der DDR-Ministerpräsident ein Treffen zwischen Vertretern beider Regierungen zur Ausarbeitung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates vorschlug. Der Bundeskanzler lehnte in einer Regierungserklärung das Angebot ab³⁵.

Auch künftig ließ sich der Kanzler auf keinen Handel ein, selbst wenn die andere Seite Konzessionsbereitschaft demonstrierte. Am 15. September 1951 erklärte sich Ost-Berlin damit einverstanden, auf frühere Vorbedingungen zu verzichten, wie etwa auf die Forderung nach paritätischer Besetzung der die Wahlen vorbereitenden Kommission. Auch auf das Prinzip der freien Wahlen ging der neue Vorschlag ein: Alle Parteien sollten sich frei betätigen dürfen, alle Zeitungen zugelassen werden sowie Personen innerhalb Deutschlands frei verkehren dürfen. Diesmal gab sich das ostdeutsche Regime keine Mühe, den Zusammenhang zwischen den Integrationsbemühungen der Bundesregierung und der Offerte zu verschleiern. Denn zur selben Zeit hatte eine westliche Außenministerkonferenz in Washington das Junktim zwischen dem deutschen Wehrbeitrag im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und der im Deutschlandvertrag zugestandenen Souveränität der Bundesrepublik akzeptiert³⁶. Grotewohl bezeichnete diesen Beschluß als unmittelbare Bedrohung des Weltfriedens. Das deutsche Volk werde zudem durch die Bildung einer Kolonialarmee ausgenutzt. Man könne auf Wahlen eingehen, wie sie die Bundesregierung wünsche, lockte er, aber nur wenn die Verhandlun-

³³ Vgl. VdDB, 1. Wahlperiode, 13. Sitzung vom 21.10.1949, S. 308.

³⁴ Besson (Außenpolitik, S. 117) bemerkt, dies sei einem "Verzicht auf eigene Aktivität" gleichgekommen.

³⁵ Vgl. Adenauer, Erinnerungen, S. 33 f. und 37. Langfristig strebe die Sowjetunion, so Adenauer, die "Einverleibung Deutschlands und schließlich ganz Europas in die kommunistische Machtsphäre" an.

³⁶ Siehe zu der mit der EVG verfolgten Zielsetzung Adenauers: Baring, Kanzlerdemokratie; Schwarz, Adenauer; ders., Ära Adenauer, 1949-1957.

gen der Bundesregierung mit dem Westen abgebrochen würden. Der Kanzler reagierte, indem er am 27. September dem Bundestag das Konzept für eine Wahlordnung vorlegte, aber gleichzeitig darauf hinwies, daß sich die Bundesregierung über die tatsächlichen Voraussetzungen der Wahlen Gewißheit verschaffen müsse. Daher wünsche sie die Untersuchung in beiden Teilen Deutschlands und Berlins durch eine neutrale, internationale Kommission unter der Kontrolle der Vereinten Nationen³⁷.

Eine solche Bedingung machte ein Einvernehmen zwischen beiden Regierungen allerdings von vornherein unwahrscheinlich. Im Westen wußte man ja, daß die Sowjetzone ihren Bürgern nicht die Rechte und Erfordernisse für freie Wahlen einräumen würde. Der Bericht einer UN-Kommission würde also die willkürlichen Zustände in der sowjetischen Zone vermutlich öffentlich anprangern. Es schien ausgeschlossen, daß sich die Sowjetunion und die DDR auf diese Sache einlassen würden. Und so kam es auch. Die Vereinten Nationen stellten zwar eine Kommission zusammen, aber ihr verweigerte Ost-Berlin die Einreise. Der erste propagandistische Kampf zwischen der Bundesregierung und dem DDR-Regime war zugunsten Bonns ausgegangen³⁸.

Die Rivalität blieb, und erst Jahre später wurde Bonn gezwungen, sein Verhältnis zu Ost-Berlin rechtlich zu definieren, als 1955 diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion aufgenommen wurden. Moskau war es nicht gelungen, Bonns Wehrbeitrag und seine Westintegration zu verhindern. Auch auf das Angebot für ein neutrales Gesamtdeutschland durch Joseph Stalin im Jahre 1952 gingen die Westmächte nicht ein³⁹. Zwar scheiterte die EVG an einem Votum der französischen Nationalversammlung, aber im Herbst 1954 stimmte Frankreich der Aufnahme Bonns in die Nato zu. Im Mai 1955 erhielt die Bundesrepublik die Souveränität; sie wurde zugleich als Mitglied in den Nordatlantikpakt aufgenommen. Während seiner Moskaureise vereinbarte Adenauer die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Schon auf dem Rückflug beschäftigte den Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Wilhelm Grewe, die Frage, ob die Regierung künftig - da es jetzt zwei deutsche Botschafter in Moskau gab - die Anerkennung der DDR durch dritte Staaten hinnehmen müsse. Sie tat es nicht. Die Bundesregierung betrachte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR auch weiterhin als unfreundlichen Akt, erklärte Adenauer am 22. September 1955 vor dem Bundestag⁴⁰. Die Isolierungspolitik der Bundesregierung, nach dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt Hallstein-Doktrin benannt, hielt sich bis in die Mitte der sechziger Jahre hinein⁴¹ - trotz einiger vergeblicher Offerten Adenauers, für politische Zugeständnisse die Lebensbedingungen der ostdeutschen Bevölkerung zu verbessern. Im März 1958 unterbreitete er dem sowjetischen Botschafter Andrej Smirnow den Vor-

³⁷ Vgl. EA 6 (1951), S. 4398-4403, und VdDB, 165. Sitzung vom 27.9.1951, S. 6700 f.

³⁸ Vgl. Baring (Sehr verehrter Herr Bundeskanzler, S. 86), der behauptet, daß sich der deutsche Außenminister Brentano über "den ausschließlich propagandistischen Zweck des ganzen Unternehmens von vornherein nicht im unklaren gewesen ist". Foschepoth (Deutsche Frage, S. 45) bezeichnet die Bedingung freier Wahlen als einen geschickten politischen Schachzug Adenauers. Er sieht darin einen Beleg für seine These, daß Adenauer die Wiedervereinigung bewußt verhindert habe.

³º Zur These von der verpaßten Gelegenheit siehe Steininger, Eine vertane Chance. Anderer Meinung sind Grewe, Die deutsche Frage; Graml, Legende; Wettig, Deutschland-Note; ders., Standpunkt, S. 165.

Vgl. VdDB, 2. Wahlperiode, 101. Sitzung vom 22.9.1955, S. 5647; Grewe, Rückblenden, S. 251 f.;
 Schwarz, Ära Adenauer, 1949-1957, S. 279 f.

⁴¹ Vgl. Bender (Neue Ostpolitik, S. 110 f.): "Rund um den Globus ging der Kleinkrieg um Wimpel, Stander, Schilder, Bezeichnungen, Symbole, Einladungen, Rangfolgen und Diplomatenpässe, um das Exequatur, um offizielle und inoffizielle und andere Befugnisse."

schlag, man solle die DDR nach dem Vorbild Österreichs umgestalten. Adenauer hoffte auf eine pragmatische Lösung der deutschen Frage, so wie sie sich erfolgreich bei der Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik entwickelt hatte. Aber die Sowjets gingen nicht auf die Anregung ein – ebensowenig wie auf das Angebot des Kanzlers vom Juni 1962, das im Oktober 1963 öffentlich gemacht wurde. Diesmal prüfte Adenauer, ob Moskau an einem zehnjährigen "Burgfrieden" interessiert sei. Für menschliche Verbesserungen in der Zone würde man die deutsche Frage ein Jahrzehnt lang auf sich beruhen lassen, bot er an⁴².

Das mangelnde sowjetische Interesse zwang die Bundesrepublik, die Isolationspolitik gegen die DDR fortzusetzen, obwohl sich jetzt Bonn langsam bewußt wurde, daß diese Politik auch eine Einengung des eigenen diplomatischen Handlungsspielraums zur Folge hatte: Annäherungsversuchen, wie sie sich seit 1963 in der Errichtung von Handelsmissionen in den osteuropäischen Hauptstädten zeigten, war durch die Nichtanerkennung der DDR ein enger Rahmen gesetzt. Zwar galt für die Staaten Osteuropas die vom Auswärtigen Amt entwickelte "Geburtsfehlertheorie", die auf der Feststellung beruhte, die osteuropäischen Staaten hätten die DDR bei ihrer Geburt anerkennen müssen - könnten mithin nichts dafür. Doch die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten stellten ab 1964 selbst eine Doktrin auf: Nur wenn Bonn Ost-Berlin anerkenne, dürfe es auch Beziehungen zu den Osteuropäern aufnehmen. Zwar lehnte die Bundesregierung dieses Ansinnen ab, aber im Laufe der Jahre verschlechterte sich die deutschlandpolitische Lage. Die Hallstein-Doktrin verlor langsam ihre Wirkung. Einige Jahre lang hatte Bonn vorwiegend aufgrund der wirtschaftlichen Stärke erfolgreich Staaten abgeschreckt, die DDR anzuerkennen. Aber diese Waffe schien in der Welt stumpf zu werden. Vor allem die in die Unabhängigkeit entlassenen ehemaligen Kolonialstaaten, insbesondere Indien, ließen sich nicht länger durch die Doktrin abschrecken und drohten zu Beginn der Großen Koalition, ihren Botschafter nach Ost-Berlin zu entsenden. Bisher hatten außer den osteuropäischen Staaten nur Kuba und China die DDR anerkannt, 1965 gesellte sich Ägypten hinzu. Ein Jahr später kam ein im Auswärtigen Amt verfaßtes Memorandum zu dem Ergebnis, die bisherige Wiedervereinigungspolitik lasse sich nicht weiter fortsetzen⁴³.

Was sich die Regierung 1966 eingestehen mußte, daß die bisherige Vereinigungspolitik nicht weitertrug, sondern ergänzt, angepaßt, möglicherweise neu entworfen werden mußte, hatten andere schon Jahre zuvor erkannt. Im März 1962 hatte der aus Potsdam stammende, in der FDP-Bundesgeschäftsstelle tätige Wolfgang Schollwer sein erstes von

⁴³ Vgl. Der Spiegel, 18.2.1974, 62 Thesen zur Deutschlandpolitik, Auszüge, S. 24; Krone (Aufzeichnungen, S. 190) berichtet im Oktober 1966, Carstens habe im Kabinett erklärt, es laufe auf jene Politik hinaus, wie sie Präsident Johnson in seiner Brückenrede vom 7.10. formuliert habe –

also auf eine Anerkennung des Nachkriegsstatus in Europa.

⁴² Vgl. Schwarz (Ära Adenauer, 1949-1957, S. 66), der darauf hinweist, daß Adenauer – der übrigens erst im Jahre 1967 mit der Publizierung des dritten Bandes seiner Memoiren die Öffentlichkeit von dem Gespräch mit Smirnow in Kenntnis setzte – nicht als Kanzler der Teilung Deutschlands in die Geschichte eingehen wollte. Für Gotto (Adenauers Deutschland- und Ostpolitik, S. 37 und 40) hat Adenauer so viele unverzichtbare Prinzipien wie möglich retten wollen, vor allem Freiheit und Selbstbestimmung der DDR-Bevölkerung, während er gleichzeitig der sowjetischen Forderung nach der Anerkennung einer Zweiteilung Deutschlands entgegenkam. Baring (Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, S. 226) behauptet, Adenauer sei der Sowjetunion mit der Anregung erheblich entgegengekommen. Sie habe den Verzicht auf Wiedervereinigung und militärische Einbeziehung der DDR in die Allianz bedeutet. Klessmann (Adenauers Deutschland- und Ostpolitik, S. 68, in: Foschepoth) bemerkt hingegen, die von Adenauer vorgeschlagene Österreichlösung habe der Sowjetunion Konzessionen und Vorleistungen zugemutet, denen "keine substantiellen Gegenleistungen von westlicher Seite gegenüberstanden".

mehreren Papieren verfaßt. Die Wiedervereinigung, hieß es darin, sei ein Fernziel, das in mehreren Etappen zu erreichen sei. Daher müsse man sich auf die Annäherung der beiden deutschen Staaten konzentrieren. Die Bundesrepublik müsse Zugeständnisse machen, um ein normales politisches Verhältnis mit den Ostdeutschen einzuleiten⁴⁴. Im Juli 1963 prägte der Pressesprecher des Berliner Senats und enge Berater Brandts, Bahr, während einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing das Wort vom "Wandel durch Annäherung"45. In Berlin hatte sich seit dem Bau der Mauer am 13. August 1961 die Erkenntnis auf schmerzliche Weise durchgesetzt, daß man mit den bestehenden Tatsachen zu leben habe. Trotz aller Proteste, vor allem auch bei den westlichen Alliierten, blieb die Mauer stehen. Brandt und sein Berater zogen daraus den Schluß, daß man sich auf das Regime im Osten einlassen, sich arrangieren müsse⁴⁶. Bahr rechtfertigte in Tutzing seine Forderung nach politischer Normalisierung und erweiterten Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zum DDR-Regime – unterhalb der juristischen Anerkennung, aber bei Aufgabe der Hallstein-Doktrin - mit dem Gedanken, nur ein Vertrauensverhältnis zwischen Bonn und Ost-Berlin werde zum inneren Wandel der DDR, zur Liberalisierung ihrer Gesellschaft führen. Die Mauer sei ein Zeichen der Schwäche und des Selbsterhaltungstriebes des Regimes. Man müsse daher nach Möglichkeiten suchen, der Führung die Sorgen soweit zu nehmen, daß "die Auflockerung der Grenzen und der Mauer praktikabel" werde⁴⁷. Obwohl es Bahr nicht ausdrücklich sagte, war diese scheinbar illusionslose Politik des gebürtigen Thüringers von der Hoffnung geprägt, mit Hilfe des vorgestellten Konzeptes eines Tages die Wiedervereinigung zu erreichen⁴⁸.

Auch Wehner strebte die Einheit Deutschlands an. Aber er sah sie unter anderen Bedingungen entstehen. Zwar wollte er das Vertrauen der SED gewinnen. Aber er glaubte nicht daran, daß die "Sandkastenspiele", wie er Bahrs Konzepte respektlos nannte⁴⁹, eine Wirkung haben würden. Wie sollte denn Ost-Berlin Vertrauen zur Bundesrepublik gewinnen, wenn Bahr öffentlich erklärte, Bonn wolle damit nur das Regime langfristig untergraben? Der ehemalige Kommunist schüttelte angesichts dieser scheinbaren Realitätsferne den Kopf. Er sah nur die Chance eines anderen, härteren Weges.

Wehner im Amt: Neuer deutschlandpolitischer Schwung

Kaum hatte Wehner auf seinem Ministersessel Platz genommen, als er auch schon in der Woche vor Weihnachten 1966 für erste Unruhe sorgte. Über die Massenmedien begann

⁴⁴ Vgl. Mende, Wende, S. 34 ff.; Schollwer hatte die Studie im Auftrag Mendes erstellt. Zur Motivation Schollwers siehe Baring, Machtwechsel, S. 211 ff.

⁴⁵ AdG, 15.7.1963, S. 10700 f.

⁴⁶ Vgl. Prowe (Der Brief Kennedys, S. 373-383), der behauptet, daß der im Ton und Inhalt scharfe Antwortbrief Kennedys auf Brandts Aufforderung an die USA, den Mauerbau nicht einfach tatenlos hinzunehmen, diesen Wandel bewirkt hat und damit am Anfang der Ostpolitik steht.

⁴⁷ AdG, S. 10701.

Vgl. Guttenberg, Fußnoten, S. 93. Ausgerechnet dem Parlamentarischen Staatssekretär Guttenberg bekannte Bahr im Herbst 1967: "Sie und Ihre Parteifreunde schätzen mich falsch ein. Sie halten mich für unzuverlässig in Sachen Wiedervereinigung. Dabei bin ich eigentlich ein Nationalist." Guttenberg antwortete: "Sehen Sie, Herr Bahr, dies ist genau der Punkt, an dem sich unsere Wege trennen; ich bin kein Nationalist – ich bin für die Freiheit."
 Kreutzer, Gespräch mit dem Verfasser, 22.8.1988. Wehner habe keinen Sinn für Planspiele ge-

⁴⁹ Kreutzer, Gespräch mit dem Verfasser, 22.8.1988. Wehner habe keinen Sinn für Planspiele gehabt, wie Bahr sie führte, meint Kreutzer. Bahr habe ihn einmal gefragt, ob nicht auch "ihr [die Mitarbeiter des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen] in eurem Ministerium mal was [einen Plan] aushecken wollt". Aber Kreutzer habe abgelehnt: "Wehner wird das nicht zulassen, die Beamten sind dazu da, ihm zuzuarbeiten, Planspiele läßt er sie nicht machen."

er regelrecht einen Dialog mit der DDR. Am 14. Dezember erläuterte er in dem oben erwähnten Interview mit dem *Vorwärts* seine deutschlandpolitischen Ziele. Dabei verzichtete die Wochenzeitung darauf, wie bisher üblich die Bezeichnung "DDR" mit Anführungsstrichen zu schreiben. Auch das Wort "sogenannte" tauche nicht mehr auf, meldete die *Frankfurter Rundschau* in großer Aufmachung⁵⁰. Wie die Auguren deuteten Korrespondenten und Journalisten solche Änderungen als Hinweis auf eine neue politische Ausrichtung der Führung in Bonn. Selbst die Tatsache wurde registriert, daß der alte und vorerst auch neue Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär von Hase, die Ostzone jetzt als "Östdeutschland" bezeichnete.

Über der Diskussion von fehlenden Anführungsstrichen geriet die Deutlichkeit der Aussagen des Ministers an den Rand des Interesses. Wie niemand vor ihm hatte Wehner hier die Lage Deutschlands analysiert und festgestellt, bisher seien alle Pläne zur Wiedervereinigung an unerfüllbaren Maximalforderungen gescheitert. Allmählich habe sich jedoch unter den Deutschen die Einsicht durchgesetzt, daß beide Seiten "einen Schritt zurück tun sollten, um endlich den Weg für eine realistische Wiedervereinigungspolitik freizumachen". Nach allgemeiner Überzeugung gerade der Menschen im anderen Teil Deutschlands könne die Lösung der nationalen Frage nur über den Weg eines Kompromisses angestrebt werden. "Einen Schritt zurück" - das konnte vieles heißen. Aber Wehner gab präzise Hinweise: Die Nichtanerkennung der Ulbrichtgruppe als DDR-Regierung sei ausschließlich eine Folge der bisherigen kommunistischen Deutschlandpolitik, meinte er. "Sollte sich das gegenwärtige System demokratisieren, das heißt, sollte der Bevölkerung die Möglichkeit freier und geheimer Wahlen gegeben werden, sollte die Volkskammer die gleichen Rechte erhalten, wie der Bundestag sie hat, sollte die DDR-Regierung also eine demokratische Legitimation durch die Bevölkerung erhalten, so sehe ich keinen Grund, warum nicht die seitens der Bundesregierung mit Recht geübte Politik der Nichtanerkennung einer Revision unterzogen werden könnte."51

Schon bei der Passierscheinfrage für Weihnachten 1966 verfolgte Wehner diese neue Perspektive mit großer Energie. Die DDR-Führung hatte darauf beharrt, daß auf den Passierscheinen für Besuche von West-Berlinern im Ostteil der Stadt die Bezeichnung "Staat DDR" aufgedruckt werden sollte. Dahinter steckte der Gedanke, daß die Berliner durch ihre Unterschrift die Existenz des zweiten deutschen Staates bestätigten - ein kleines Stückchen Anerkennung. Aber der Berliner Senat als Verhandlungspartner verweigerte deshalb seine Zustimmung. Dennoch liefen in Ost-Berlin die organisatorischen Vorbereitungen für die Ausgabe von Passierscheinen an. Alles deutete auf eine Passierscheinausgabe ohne ein Abkommen hin. Moskau dränge Ost-Berlin, in jedem Fall Besuche von West-Berlinern zu erlauben, vermutete man im Westen; der Kreml wolle das Verhältnis zur neuen Koalition in Bonn nicht gleich zu Anfang belasten. Es festigte sich der Eindruck, als ob in einer einseitigen Aktion den West-Berlinern Passierscheine ausgestellt werden könnten. In dieser Lage meinte Wehner im Gespräch mit der Tageszeitung Rheinische Post, daß man es den West-Berlinern nicht verargen solle, wenn sie beim "eventuellen Betreten" Ost-Berlins "die dort üblichen Formulare" ausfüllten. Das hätte mit Anerkennung nichts zu tun. Der Minister bringe der Forderung der DDR sogar ein gewisses Verständnis entgegen, hieß es in dem Artikel. Ost-Berlin verlange nur, was andere osteuropäische Staaten bei Besuchsregelungen schon längst durchführten⁵². Mög-

⁵⁰ Frankfurter Rundschau, 15.12.1966.

⁵¹ Vorwärts, 14.12.1966.

⁵² Rheinische Post, 22.12.1966.

licherweise konnte an diesem Detail geprüft werden, wie ernsthaft die neue Bundesregierung ihre Politik verfolge. Man dürfe also die West-Berliner nicht daran hindern, trotz der geforderten Formalitäten nach Ost-Berlin einzureisen.

Es kam dann doch nicht zur Passierscheinausgabe. Das SED-Politbüro lehnte die einseitige Ausgabe ab, wahrscheinlich aus dem von Wehner vermuteten Grund: Die SED wolle verhindern, daß die Bundesrepublik durch diese Aktion bei den Bruderländern an Kredit gewann. Während die DDR-Führung auf die Abschottung ihres Herrschaftsbereiches gegenüber der Bundesrepublik bedacht war, suchte der Minister für gesamtdeutsche Fragen unablässig nach weiteren Anknüpfungspunkten zwischen beiden deutschen Regierungen. Dazu gab ihm die Neujahrsrede des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht Gelegenheit. Ulbricht hatte darin in zehn Punkten einen "Minimalkatalog" aufgestellt, der die Grundlage einer möglichen Konföderation beider deutschen Staaten bilden sollte. Vorbedingung sei eine Neuordnung, die die Bundesrepublik erst für die Wiedervereinigung "reif" mache, sagte er. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, erklärte Ulbricht, sei abhängig von einer durchgreifenden demokratischen Umwälzung in Westdeutschland⁵³. Im einzelnen führte der Erste Sekretär folgende von Bonn zu erfüllende Bedingungen an: einen Vertrag über beiderseitigen Gewaltverzicht, die Anerkennung der gegenwärtigen Grenzen in Europa, die Bereitschaft zur Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Europa, die Bemühungen beider deutscher Staaten um Herstellung normaler Beziehungen zu allen anderen europäischen Staaten, eine Erklärung zum besonderen, eigenständigen Status West-Berlins, einen Vertrag, in dem sich der West-Berliner Senat verpflichtete, den "Kalten Krieg gegen die DDR" einzustellen, die Kürzung des Militärhaushaltes um die Hälfte und schließlich die Einführung eines neutralen Status – also den Austritt aus der Nato.

Das war keine ermutigende Ausgangslage für den Minister. Wehner kommentierte den Forderungskatalog aus Ost-Berlin seufzend: Welch ein seltsames Bild böten die Deutschen der übrigen Welt? Sollten denn die Deutschen von ihren europäischen Nachbarn als die perfekten und von "Spaltungssucht besessenen Störenfriede Europas" angesehen werden, fragte er? Aber in diese Kritik an Ost-Berlin bezog Wehner auch Bonn mit ein. Auch die Bundesrepublik dürfe nicht länger auf Maximalpositionen beharren. Es müsse gemeinsames Ziel werden, an Stelle von Polemik eine größtmögliche Erleichterung der innerdeutschen Lage zu erreichen. Dabei solle man sich darüber im klaren sein, daß "wir uns die Gesprächspartner auf der anderen Seite nicht aussuchen können"54. Es gehe darum, daß beide Seiten in Deutschland "parallel zueinander das in ihren Kräften Stehende tun", um den Prozeß der fortschreitenden Entspannung voranzubringen, erläuterte Wehner an anderer Stelle. Dann werde es auch zwischen den Deutschen möglich werden, "nicht mehr nur über Mauer und Drahtzäune hinweg aufeinander einzureden, sondern zu Regelungen zu gelangen, die allen dienlich sein werden"55.

Besonders ärgerte den Minister an der Rede Ulbrichts das bewußte Ignorieren der bundesdeutschen Haltung in den Fragen des Gewaltverzichts und des Verzichts auf den Mitbesitz von Atomwaffen, wie sie in der Regierungserklärung fest umrissen worden war. In einer Rundfunkansprache im Berliner RIAS vom 7. Januar 1967 antwortete Wehner der SED-Führung, gemeinsame Gespräche wären nur dann nützlich, wenn der Eindruck aus der Welt geschafft werde, "als käme es Herrn Ulbricht im Grunde genommen dar-

⁵³ DzD, 1966-1967, S. 232.

⁵⁴ Rhein-Zeitung, 18.1.1967.

⁵⁵ BPA, Wehner im NDR, 24.1.1967, Anhang A, S. 2.

auf an, seine rhetorischen Attacken gegen die Bundesregierung unter Verschweigen der tatsächlichen Handlungen und Absichten eben der Bundesregierung selbst wirkungsvoll vorzubringen"56. Um nicht polemisch zu erscheinen und überhaupt einen Ansatz zu finden, griff der Minister einen Punkt aus Ulbrichts Katalog heraus. Der Staatsratsvorsitzende hatte in seiner Rede zuletzt vorgeschlagen, eine Kommission zu bilden, welche die Durchführung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens in beiden Staaten prüfen solle. Das Gremium, in das beide deutsche Staaten die gleiche Anzahl von Mitgliedern entsenden sollten, hatte über das Prüfungsergebnis Bericht zu erstatten und Vorschläge für eventuell notwendige, einzuleitende Maßnahmen auszuarbeiten. Wehner bezeichnete den Gedanken als "nachdenkenswerten Vorschlag". Worin aber das Nachdenkenswerte lag, machte er erst einige Wochen später deutlich, als er in einem groß aufgemachten Interview die Verantwortlichkeit der Siegermächte für Deutschland einklagte.

Wehners Vorschlag: Die vier Siegermächte in die Verantwortung nehmen

Ulbrichts Vorstoß schien nur Propaganda gewesen zu sein. Die SED fürchte sich vor der Bereitschaft der Großen Koalition zu Gesprächen, vermutete Wehner. Ein tatsächliches Problem, räumte er im RIAS am 21. Januar 1967 ein, sei die Zwangsvorstellung der Einheitspartei, jedes Grad Verständigung zwischen West und Ost bedrohe den Anspruch, den die SED auf staatliche Anerkennung stelle, oder anders ausgedrückt: Jede Verständigung zwischen West und Ost isoliere die SED-Führung⁵⁷. Damit sprach der Minister an, was westlichen Beobachtern schon Anfang des Jahres aufgefallen war: So lobenswert die Bemühungen der Großen Koalition für eine offensive Ostpolitik auch waren, sie trafen im Osten auf keine günstigen Voraussetzungen. Es gebe Anzeichen dafür, daß Westdeutschland bei dem Versuch, das Terrain einer neuen Ostpolitik zu erkunden, es steiniger finden werde als erwartet, stellte die Londoner Times fest. Ulbricht habe bei seinen östlichen Nachbarn durchgesetzt, daß diplomatische Beziehungen nicht geknüpft werden dürften, bevor der Westen die DDR anerkenne. Das Blatt warnte jedoch die SED, die Bonner Avancen nicht zu leichtfertig abzulehnen. Wenn Bonn sich tatsächlich zu einer neuen Politik durchringe und dann zurückgewiesen werde, würden sich die DDR und die anderen osteuropäischen Länder selbst ins Unrecht setzen⁵⁸. Für den Verfasser des Leitartikels in der Neuen Zürcher Zeitung vom 8. Januar, Fred Luchsinger, lag allerdings die Schuld nicht in Ost-Berlin, sondern in Bonn. Ihm ging die aktive Ostpolitik noch nicht weit genug. Solange Bonn innerhalb der Entspannungspolitik weder die Oder-Neiße-Grenze anerkenne noch auf den Alleinvertretungsanspruch in Deutschland verzichte oder einen Modus vivendi mit der DDR suche, sei die Ostpolitik ein wenig nach dem Motto konzipiert: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß.

Die DDR wiederum fürchte sich vor einer Präsenz der Bundesrepublik in Osteuropa, weil sie zum Ziel habe, das ostdeutsche Regime zu isolieren. Denn der Bundesregierung gehe es darum, die DDR bei ihren östlichen Nachbarn als das eigentliche Hindernis einer gesamtdeutschen Politik hinzustellen. Luchsinger zog daraus den Schluß: "Es liegt auf der Hand, daß eine solche Strategie die DDR und ihren Protektor in Moskau auf den Plan rufen und Gegenwirkungen provozieren muß."59

⁵⁶ DzD, 1966-1967, S. 270.

⁵⁷ Vgl. Bulletin, 24.1.1967.

⁵⁸ Vgl. Times, 4.1.1967.

⁵⁹ Neue Zürcher Zeitung, 8.1.1967.

Da das Politbüro der SED sich gegen die Politik der Großen Koalition sperrte, versuchte Wehner, auf anderen Wegen zum Ziel zu gelangen. Am 28. Januar erinnerte der Minister an einen Vorschlag, den er fünf Jahre zuvor schon einmal gemacht hatte: eine Vier-Mächte-Regelung der deutschen Frage. Der Anlaß hierfür war die Erschießung von zwei DDR-Bürgern, die nach West-Berlin flüchten wollten, durch DDR-Grenztruppen im Teltowkanal. Wehner appellierte an die vier Siegermächte, insbesondere die drei Westmächte: "Es wird Zeit, alle Beteiligten an die Realitäten zu erinnern." Es gehöre zu den Realitäten, daß die vier Mächte am Ende des Weltkrieges eine besondere Verantwortung übernommen hätten. Sie müßten dafür sorgen, daß "das Nebeneinander der auf deutschem Boden bestehenden Machtverhältnisse friedlich geregelt" werde. Die Deutschen müßten "ihre inneren Angelegenheiten im Rahmen der für alle geltenden internationalen Bestimmungen voll souverän ordnen" können60. Das war der Auftakt für einen größeren Plan, den Wehner nun öffentlich skizzierte – übrigens ohne Absprache mit dem Koalitionspartner. Am 1. Februar 1967 erschien in der Tageszeitung Die Welt ein Bericht über ein Interview Wehners mit dem Korrespondenten der amerikanischen Zeitung Washington Post, Anatole Shub, vom Vortag. Darin hatte der Minister seine Vorstellungen präzisiert, wie es zur Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik kommen könne: Über eine erste Stufe der Konföderation solle die Anerkennung schließlich zur Wiedervereinigung führen.

Wehner forderte die Einberufung einer Viermächtekonferenz, an der Vertreter Bonns und der Ostzone teilnehmen sollten. Vier Punkte sollten auf der Konferenz beraten werden: der gegenseitige Austausch von Erklärungen, in denen auf jede Gewaltanwendung in Mittel- und Osteuropa verzichtet werde, die Möglichkeit einer gegenseitigen Vereinbarung über Truppen- und Rüstungsstärken in den beiden Teilen Deutschlands, neue Mittel zur "Normalisierung" und Regulierung des Verkehrs und der Reisen zwischen den beiden Teilen Deutschlands sowie nach Berlin. Darüber hinaus sollte eine gemeinsame Kommission aus Vertretern der Bundesrepublik wie der Sowjetzone zum Studium der Verwirklichung der Potsdamer Verträge eingerichtet werden. Laut Bericht hielt es Wehner für durchaus möglich, daß man am Ende eine "Österreich-Lösung" finden könne, die für die Sowietzone annehmbar sei. Das bedeutete: Unabhängigkeit, Neutralität, Entmilitarisierung, politische Demokratie und offene Grenzen für die Zone. Aber Wehner stellte die Anerkennung sogar für eine weniger weitreichende Veränderung in Aussicht: "Tatsächlich wage ich zu sagen, daß wir die Frage einer Anerkennung sogar eines kommunistischen Mitteldeutschlands zu überprüfen beginnen würden, wenn es nach dem Vorbild des heutigen Jugoslawien liberalisiert werden könnte."61

Wehner hatte hier eine Mixtur aus vielen Ingredienzen zusammengebraut, die sich im Laufe seiner ersten Ministerwochen ergeben hatten. Fast alle auf der Viermächtekonferenz zu besprechenden Punkte berührten Forderungen aus Ulbrichts Minimalprogramm. So griff der Minister für gesamtdeutsche Fragen den vom Staatsratsvorsitzenden propagierten Austausch von Gewaltverzichtserklärungen als erste gemeinsame Zielsetzung auf. Seit der Friedensnote vom März 1966 offerierte die Bundesregierung einen solchen Austausch allen osteuropäischen Staaten. Die Koalition hatte bei ihren Verhandlungen zudem vereinbart, in den Gewaltverzicht auch die Grenze zwischen beiden Teilen des gespaltenen Deutschland miteinzubeziehen. Ein größeres Zugeständnis bot Wehner den Ost-Berlinern beim zweiten Verhandlungsgegenstand. Während Ulbricht die Senkung

⁶⁰ Bulletin, Wehner im RIAS, 31.1.1967.

⁶¹ Die Welt, 1.2.1967.

des Militärhaushaltes der Bundesrepublik um die Hälfte forderte und mit der Schaffung eines neutralen Status auch die Armeen der Siegermächte von westdeutschem Boden vertreiben wollte, sprach Wehner immerhin von "gegenseitigen Vereinbarungen über Truppen- und Rüstungsstärken" in den beiden Teilen Deutschlands, schloß also eine Regelung der Truppenstärke in Westdeutschland nicht aus.

Auch beim dritten Punkt berücksichtigte der Minister den Standpunkt Ost-Berlins, obwohl es das heikelste Problem für die Bundesrepublik betraf: den Zugang nach Berlin. Im Austausch mit einem Vertrag des Senats, der sich verpflichten solle, den "Kalten Krieg gegen die DDR einzustellen" – damit meinte die Führung der DDR Spionage, Propagandaaktivitäten, auch die Tätigkeit von Fluchthelfer-Organisationen –, hatte Ulbricht am 31. Dezember 1966 offeriert, die DDR verpflichte sich im Gegenzug, den Transitverkehr bis zur Bildung einer Konföderation zu gewährleisten. "Wir erkennen an", sagte jetzt Wehner, "daß ein völlig freier, unkontrollierter Verkehr für Ost-Berlin aus politischen Gründen unannehmbar ist, und wir sind bereit, neue Vorschläge zu erörtern, die menschliche Härten lindern können und dabei beiderseitig annehmbar sind."62

Insgesamt forderte Wehner eine weitgehende Umwandlung der DDR, auch wenn er ihr, anders als Adenauer mit seinem Österreich-Vorschlag, eine gewisse Nähe zum sozialistischen Lager zugestand. Der österreichische Journalist Klaus Emmerich kommentierte daher zu Recht: "Was Wehner im einzelnen unter Übertragung des jugoslawischen Beispiels auf die 'DDR' meint, ist weitreichend genug: Abzug der 22 russischen Divisionen, Austritt aus dem Warschauer Pakt, Verzicht auf Waffenlieferungen und Waffenproduktion."⁶³ Mit diesem Vorschlag erntete Wehner beim Koalitionspartner allerdings Sturm. Besonders der Berliner CDU-Landesverband protestierte heftig gegen die Vorschläge. "Gedankenspiele" nannte sie der Vorsitzende Franz Amrehn. Es könne nicht das Ziel der Deutschen sein, in der Zone einen titoistischen Staat zu errichten. Und sein Stellvertreter, der aus Böhmen stammende Josef Stingl, bezeichnete Wehners Anregungen als "Irrwege"⁶⁴. Auch inoffiziell reagierte die Union verärgert. Wehners Vorschläge, wollte eine andere Zeitung gehört haben, seien mit der Politik der Bundesregierung schlechthin unvereinbar. Der eigenwillige Minister könne die Christlichen Demokraten dazu bringen, die Koalitionsfrage zu stellen⁶⁵.

Über die heftige Reaktion beim Koalitionspartner erschrocken, dementierte Wehner. Das Interview mit dem Korrespondenten der Washington Post, Shub, sei als Hintergrundgespräch gedacht gewesen. Der Minister ließ öffentlich verlautbaren, daß er über diesen Vorfall "erbost" sei. Und der Kanzler griff diese Erklärung auch sofort zur Verteidigung seines Ministers auf. Im Deutschlandfunk stellte er fest: "Ich habe mit Herrn Wehner inzwischen darüber gesprochen. Es handelt sich um kein für die Veröffentlichung bestimmtes Interview, sondern um einen privaten Gedankenaustausch mit einem Journalisten, bei dem eine Reihe von Gesichtspunkten und Kombinationen etwa in Form von ganz unverbindlichen Planspielen erörtert wurde, wie das gelegentlich so geschieht. Ich bedaure, daß eine Veröffentlichung erfolgt ist. "66

In einer ersten Reaktion war Kiesinger allerdings deutlich ablehnend gewesen. Er bezeichnete die Vorschläge als "interessante Anregung", auch wenn der Gedanke einer Vierekonferenz nicht ganz spruchreif sei. Pressesprecher Ahlers erläuterte: Diese Aussage

⁶² Ebenda.

⁶³ Die Presse, 9.2.1967.

⁶⁴ Süddeutsche Zeitung, 6.2.1967.

⁶⁵ Vgl. Die Tat, 3.2.1967.

⁶⁶ Bulletin, Kiesinger im DLF, 8.2.1967.

solle nicht als Dementi verstanden werden. "Die wiedergegebenen Auffassungen sind im großen und ganzen identisch mit der Meinung Wehners."⁶⁷

Lange Unterredung Kiesingers mit Wehner

Am folgenden Tag regte Wehner ein persönliches Gespräch an, und Kiesinger legte es auf den Abend des 3. Februar. Es war der Zeitpunkt gekommen, sich auf eine zukünftige Politik zu verständigen. Dazu hatten der Kanzler und sein Minister in den ersten zwei Monaten kaum Gelegenheit gefunden. Seit Dezember hatten die Gründer der Großen Koalition nur zwei Abende miteinander verbracht⁶⁸. Gegen 18 Uhr traf Wehner im Palais Schaumburg ein. Über den unangenehmen Anlaß des Treffens, die Indiskretionen über die deutschlandpolitischen Vorstellungen Wehners, unterhielten sich beide Politiker ausführlich. Wehner verteidigte seine Vorschläge, aber betonte immer wieder, wie sehr er sich bemüht habe, seinen Plan auf der Grundlage von Kiesingers Regierungserklärung zu formulieren. Er entschuldigte sich für die Veröffentlichung des Gesprächs mit Shub, die gegen seinen Willen geschehen sei. Er lobte den Kanzler und seine erfolgreiche Frankreichpolitik und dankte ihm für die Bemühungen um die gemeinsame Koalition.

Bis nach Mitternacht, insgesamt siebeneinhalb Stunden, blieben sie beim Rotwein zusammen. Wehner konnte bei diesen Zwiegesprächen sehr locker wirken, humorvolle Geschichten aus seinem Leben erzählen oder auch, dies natürlich düster, über seine Erfahrungen während des Krieges in Moskau berichten. Meistens jedoch hörte er zu. Kiesinger liebte es, lange Monologe entweder über politische oder philosophische Fragen zu
halten. Der Bundeskanzler verfügte über ein zuverlässiges Gedächtnis für Zahlen wie
für Thesen, die er sich angelesen hatte und die er kunstvoll in einer langen Kette zu verknüpfen verstand. So berührte das Gespräch viele Themen⁶⁹.

Der Brief, den Wehner erst zwei Tage nach diesem Abend an Kiesinger schrieb, ist ein perfektes Beispiel dafür, wie der Minister seine einerseits demutsvoll entschuldigende Seite gleichzeitig mit der kompromißlos fordernden zu verbinden wußte. Daher soll er hier vollständig wiedergegeben werden:

"Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Erlauben Sie mir, bitte, Ihnen auf diesem Wege nochmals zu danken für das verständnisvolle Gespräch, das Sie mit mir am Freitagabend geführt haben. Es tut mir aufrichtig leid, daß meine Plauderei mit dem Washington Post-Korrespondenten so viel Mißverständnisse und manche Mißdeutung ausgelöst hat. Es kränkt mich dies um so mehr, als ich mit den mir zur Verfügung stehenden Mitteln während der ganzen Zeit intensiv darum bemüht gewesen bin, Ihre Regierungserklärung und die richtungsweisenden Erklärungen nach Ihrem Besuch bei Präsident de Gaulle auf dem mir speziell anvertrauten Arbeitsgebiet konstruktiv zu verwerten.

Wenn Sie es für notwendig und möglich halten, so geben Sie bitte Gelegenheit, am Mittwoch im Kreise der Bundesminister einige Erklärungen vortragen zu dürfen. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie nochmals herzlich darum bitten, bei nächster Gelegenheit den Kabinettsausschuß für innerdeutsche Beziehungen (anstelle des Kontaktausschusses der Staatssekretäre) bilden zu lassen. Ich versteife mich nicht auf den Namen, er steht hier nur als Arbeitstitel. Es kommt mir darauf an, gewisse Fragen eingehender erörtern und zur Klärung bringen zu können, bevor sie im Kabinett vorgelegt, beraten und entschieden werden. So, wie es zur Zeit noch läuft, sollte es nicht lange weiter gehen.

Sie, Herr Bundeskanzler, sollten auch hier den Vorsitz führen. Als ständige Mitglieder müßten dem Ausschuß neben dem Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen folgende Bundesminister an-

⁶⁷ Die Welt, 2.2.1967.

⁶⁸ Kiesinger sah dagegen häufig Brandt, was vor allem auf die Vorbereitung zur Durchführung des Frankreichbesuches zurückzuführen ist.

⁶⁹ Vgl. Neusel und Scheufelen, Gespräche mit dem Verfasser, 30.11.1989 bzw. 27.11.1987.

gehören: Der Bundesminister des Innern, des Auswärtigen, der Justiz, der Finanzen, für Wirtschaft, für Verkehr, für das Post- und Fernmeldewesen. In diesem Kabinettsausschuß hätte es um die konkreten Fragen zu gehen, die sich aus dem Bedürfnis nach innerdeutschen Regelungen zugunsten der Menschen im gespaltenen Deutschland ergeben. Naturgemäß hätten hier die Schwierigkeiten, die von der Gegenseite mit großer Hartnäckigkeit und Systematik geschaffen werden, Gegenstand der Beratungen zu sein. Der Vorsitz des Bundeskanzlers und die Mitwirkung des Bundesministers des Auswärtigen sollen gewährleisten, daß die gesamtpolitischen Notwendigkeiten und die Berücksichtigung der außenpolitischen Gegebenheiten gebührend beachtet werden können.

Mir liegt sehr daran, daß dieser Ausschuß doch bald tätig zu werden beginnt. Die Fragen des innerdeutschen Handels dulden eigentlich keinen Aufschub; schon die im März stattfindenden Messen erfordern Vorschläge. Eine Reihe von Überlegungen auf den Gebieten des Verkehrs und des Post- und Fernmeldewesens sind ebenfalls dringlich."

Wehner schloß den Brief mit "vorzüglicher Hochachtung" und als dem Bundeskanzler "ergebener"⁷⁰. Was im ersten Teil des Briefes so künstlich wirkte, war die übertriebene Bitte um Vergebung, der Ton eines scheinbar zerknirschten, aber loyalen, unterwürfigen Mitarbeiters: Es tat Wehner nicht nur "aufrichtig" leid, sondern er fühlte sich durch die Mißdeutungen seiner Äußerungen "gekränkt". Wehner betonte seine Bemühungen, "Ihre" Regierungserklärung auf seinem Arbeitsgebiet "konstruktiv zu verwerten". Das war eine freundliche Untertreibung des tatsächlichen Sachverhaltes. Der Minister hatte sich erlaubt, ohne Absprachen mit dem Kanzler eigene Vorschläge und Pläne zu lancieren, die wegen ihrer Tragweite nicht in seiner Entscheidungskompetenz lagen. Wehner wußte das genau, und er wählte daher den Ton, der bei Kiesinger schon in den Vorbereitungsgesprächen der Großen Koalition die größte Wirkung erzielt hatte: Er schmeichelte dem Kanzler. Besonders im zweiten Teil, in dem Wehner die Forderung nach einem Kabinettsausschuß durchsetzen wollte, kam das zum Ausdruck, wenn der Minister mit großer Selbstverständlichkeit anregte: "Sie, Herr Bundeskanzler, sollten auch hier den Vorsitz führen. "71 Wehner erweckte immer den Eindruck, als ob ihm daran gelegen sei, die erste Position des Bundeskanzlers in der Koalition zu stärken. So mußte es Kiesinger zumindest vorkommen. In Wahrheit suchte er seine eigenen Einflußmöglichkeiten zu vergrößern. So auch hier bei der Bildung des Koordinierungsausschusses. Einige Tage später behauptete der Spiegel, die Tatsache, daß Kiesinger dem Ausschuß vorsitze, beweise, daß die Spitzenpolitiker der CDU sich darauf verständigt hätten, die gesamte Politik auf den Kanzler zu konzentrieren⁷². Es war aber im Gegenteil so, daß Wehners Einfluß damit wuchs. Der Journalist Claus Dreher erinnerte an die Deutschlandpolitik unter Bundeskanzler Erhard, als etwa in der Frage von Passierscheinverhandlungen der Berliner Senat und das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen gemeinsam gegen das Bundeskanzleramt argumentiert hatten. Das jetzige Vorhaben werde zumindest dazu führen, daß die Bundesregierung nicht immer wieder in aller Öffentlichkeit "Bedenken gegen die Bedenken" des Ministers werde anmelden müssen⁷³. Mit anderen Worten, der Ausschuß diente der Zentralisierung der deutschlandpolitischen Entscheidungen in Wehners Ministerium. Denn mit Hilfe des Kanzlers, dessen Wohlwollen der Minister sich sicher sein konnte, vermochte sich Wehner bei Querelen zwischen den Ministerien durchzusetzen. Sein Spielraum weitete sich also aus.

⁷⁰ AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Wehner an Kiesinger vom 5.2.1967.

⁷¹ Ebenda.

⁷² Vgl. Der Spiegel, 13.2.1967.

⁷³ Bremer Nachrichten, 11.2.1967.

Der Unterschied zu Wehner - Neue deutschlandpolitische Ansätze Kiesingers

Kiesinger ließ Wehner gewähren. Das war auf eine Übereinstimmung zwischen beiden insbesondere am Anfang der Koalition zurückzuführen. In den ersten Monaten zeigte sich der Kanzler Gedanken gegenüber aufgeschlossen, die eine Aufnahme von Kontakten mit der SED-Führung empfahlen. Sie paßten zu seinem Konzept, den entspannungsfreundlichen Willen der Bundesregierung unter Beweis zu stellen und damit vor allem Moskau zu beeindrucken. Erst im Laufe der Amtszeit wich er von dieser Linie ab. Von Anfang an glaubte Kiesinger nicht an die Möglichkeit, über Kontakte mit der DDR die Einheit zu erlangen. Er mißtraute den Kommunisten zutiefst. Trotzdem erklärte er sich zunächst mit den Vorschlägen Wehners einverstanden. Für Wehner habe er nur gute Worte, berichtete der Soziologe Ralf Dahrendorf über ein Gespräch mit dem Kanzler vom 4. Dezember 1966. Die Wiedervereinigung sei zweitrangig gegenüber der Herstellung menschenwürdiger Verhältnisse in der DDR, "darin sei er mit Wehner einig"⁷⁴. Darüber hinaus solle die Bundesrepublik vor allem in der Ostpolitik zu einem Akteur werden. Ein neues Verhältnis zu den Osteuropäern sei notwendig, die Hallstein-Doktrin müsse aus ihrer Erstarrung gelöst werden.

Diese neuen Ziele bestätigte der Kanzler in seinem ersten Interview mit einer Tageszeitung. Eine halbe Stunde vor dem offiziellen Antrittsbesuch des Kabinetts beim Bundespräsidenten in der Villa Hammerschmidt, am 1. Dezember 1966, hatte sich Kiesinger von Journalisten der französischen Tageszeitung Paris Match befragen lassen. Nur wenige Stunden zuvor war er als Bundeskanzler gewählt und vereidigt worden. Die Franzosen zeigten sich beeindruckt von der Persönlichkeit Kiesingers. Sie sahen sich einem feinsinnigen Intellektuellen gegenüber, einem homme de lettres. Wirklich Neues schien der Regierungschef allerdings nur in der Deutschlandpolitik anzukündigen. Hier sprach zum ersten Mal ein Bundeskanzler davon, er werde eine offensive, direkte Politik gegenüber der DDR betreiben: "Die Hallsteindoktrin wird abgeschwächt werden", verkündete Kiesinger. "Das versteht sich von dem Augenblick an von selbst, da wir die Aufnahme von Beziehungen zu Pankow ins Auge fassen. Zunächst werden die menschlichen Kontakte intensiviert, dann so schnell wie möglich Begegnungen zwischen offiziellen Persönlichkeiten herbeigeführt werden."75

Als der Kanzler diesen Text hinterher noch einmal überprüfte, war er selbst überrascht, wie stark er da an den heiligen Grundsätzen der Deutschlandpolitik gekratzt hatte. Er ließ das Interview noch einmal redigieren, um etwas von der Brisanz der Botschaft herauszunehmen. Diese Version wurde dann in der späteren Ausgabe der Zeitung übernommen. Kiesinger äußerte sich jetzt vorsichtiger: Wenn die Absicht bestehe, Beziehungen mit Pankow aufzunehmen, lautete es jetzt einschränkend – als ob es da Zweifel gäbe. "Die Hallsteindoktrin wird gelockert werden müssen, sobald wir selbst beabsichtigen, die Beziehungen mit der sowjetischen Besatzungszone zu verstärken."⁷⁶

Der Kanzler und sein Minister gingen von der Erkenntnis aus, daß die Wiedervereinigung nur in einem langen Prozeß erreichbar sei. Also mußte eine Zwischenlösung für die beiden deutschen Teile gefunden werden. Dem Journalisten Reinhard Appel erklärte Kiesinger am 5. Dezember: "Wir wollen versuchen, daß sich die beiden Teile Deutschlands in den kommenden Jahren nicht immer weiter auseinander leben. Das wäre das Schlimmste, was passieren könnte. Um unser Ziel zu erreichen, müssen wir in Kauf neh-

⁷⁴ Dahrendorf, Der Politiker und die Intellektuellen, S. 272.

⁷⁵ Paris Match, 10.12.1966.

⁷⁶ Frankfurter Rundschau, 7.12.1966.

men, daß gewisse Fühlungnahmen und Kontakte zu Behörden hüben und drüben notwendig sind."⁷⁷

Kontakte setzten aber eine veränderte Haltung zur DDR voraus. Die SED forderte vor allem die Aufgabe des sogenannten Alleinvertretungsanspruches. Kiesinger war sich bewußt: Ohne ein Zugeständnis von seiten Bonns würde Ost-Berlin sicher nicht auf Avancen reagieren. Den Rechtsanspruch, das war dem Kanzler klar, würde er aber nicht aufgeben. Dagegen stellte er eine Lockerung der Hallstein-Doktrin in Aussicht. Im Auswärtigen Amt erwartete man, daß eine Anerkennung der DDR durch viele Staaten auf lange Sicht nicht mehr verhindert werden konnte, die Hallstein-Doktrin verlor an Wirkung. Zu diesem Ergebnis kam eine Studie, die 1966 von Staatssekretär Carstens in Auftrag gegeben worden war⁷⁸. Bundeskanzler Kiesinger mußte auch diese Prognose in seine politischen Zielsetzungen mit einbeziehen.

Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Rumänien macht eine neue Deutschlandpolitik scheinbar überflüssig

Doch in der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 hielt sich Kiesinger mit Versprechungen zurück - auf Anraten des sozialdemokratischen Partners übrigens. Kiesinger solle in der Regierungserklärung "nicht zu viele Kringel an den Weihnachtsbaum hängen", riet der Minister für gesamtdeutsche Fragen⁷⁹. Zu viele konkrete Angebote könnten im Verhältnis zu dem übervorsichtigen, äußerst mißtrauischen Regime im Osten Chancen eher blockieren als eröffnen. Und der Kanzler hielt sich an diesen Rat. Vor dem Bundestag betonte Kiesinger, daß es der Bundesregierung in erster Linie um den Versuch der Annäherung gehe. "Wir wollen, soviel an uns liegt, verhindern, daß die beiden Teile unseres Volkes sich während der Trennung auseinanderleben", erklärte der Kanzler. Und weiter: "Wir wollen entkrampfen und nicht verhärten, Gräben überwinden und nicht vertiefen. "80 Das war eine Formulierung, die, wie Kiesinger später selbst zugab, von Wehner stammte. In der Deutschlandpolitik schien Kiesinger sich mit dem Minister darin einig zu sein, neue Wege beschreiten zu müssen. Diese Absicht hielt aber genau zwei Monate. Am 31. Januar 1967 begann sich mit der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien ein erster Wandel anzukündigen. Das Abkommen zwischen Deutschen und Rumänen bestärkte den Kanzler darin, die in seiner Regierungserklärung angekündigte Suche nach verbesserten Beziehungen zu Ost-Berlin erst einmal wieder zurückzustellen. Er war sogar bemüht, sich von der Politik seines sozialdemokratischen Partners wieder zu distanzieren, um den eigenen Anteil an dem außenpolitischen Erfolg herauszustreichen.

Die Entsendung eines deutschen Botschafters nach Rumänien, dem ersten osteuropäischen Land nach der Sowjetunion, mit dem Bonn volle diplomatische Beziehungen aufnahm, war von Kanzler Erhard und Außenminister Schröder vorbereitet worden. Aber die ehemalige Regierung hatte, vor allem infolge ihrer Haushalts- und dann Koalitionskrise, am Ende nicht mehr die Kraft zur Entscheidung. Es gelang in ihrer Zeit nicht, diplomatische Beziehungen zu Rumänien herzustellen. Jetzt, im Januar 1967, drängte Bukarest darauf, den Austausch von Botschaftern endlich durchzuführen. Anläßlich des

⁷⁷ Stuttgarter Nachrichten, 5.12.1966.

⁷⁸ Vgl. Brandt, Begegnungen, S. 182; Carstens, Gespräch mit dem Verfasser, 29.11.1989.

⁷⁹ Der Spiegel, 19.12.1966, S. 29.

⁸⁰ VdDB, 5. Wahlperiode, 80. Sitzung vom 13.12.1966, S. 3664.

Besuches von Außenminister Corneliu Manescu in Bonn stimmte die Bundesregierung zu. "Wir hatten keine Veranlassung, die kalte Schulter zu zeigen", schrieb Außenminister Brandt später⁸¹.

Die Hinwendung zu Rumänien bedeutete noch keine Ostpolitik im späteren Brandtschen Sinne. Für Osteuropa galt die Hallstein-Doktrin nicht. Im Zuge der Ostpolitik Schröders, der zu Beginn der sechziger Jahre Handelsmissionen in osteuropäischen Staaten eingerichtet hatte, war im Auswärtigen Amt die sogenannte "Geburtsfehlerdoktrin" entwickelt worden. Sie besagte, daß die sozialistischen Staaten von Beginn an – mit der Geburt – die DDR anerkennen mußten und mithin nicht unter die strenge Doktrin Hallsteins fielen. Die erfolgreiche Aufnahme von Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest fiel also der Großen Koalition wie eine reife Frucht in den Schoß. Brandt selbst hat dieses Verdienst ganz seinem Vorgänger zugestanden⁸².

Kiesinger fühlte sich trotz dieser Tatsache in seiner Auffassung der Ostpolitik bestätigt. Im Deutschlandfunk erklärte er stolz, er wolle das Ereignis nicht dramatisieren, obwohl er "es für ein bedeutsames Ereignis halte". Man habe entsprechend dem Programm der Regierungserklärung gehandelt, rasch gehandelt, und man werde fortfahren zu versuchen, "im Rahmen unserer Politik des Friedens, der Verständigung und der Überwindung des europäischen Antagonismus auch mit anderen östlichen Nachbarstaaten die Beziehungen zu normalisieren und, wo die Umstände dies erlauben, diplomatische Beziehungen aufzunehmen". Kiesinger machte damit deutlich, daß es ihm nicht in erster Linie auf ein enges Verhältnis mit Ost-Berlin und die Deutschlandpolitik Wehners ankam. Im Gegenteil, er freute sich, insbesondere der DDR-Führung den Wind aus den Segeln genommen zu haben. Man habe die Politik der Bundesrepublik bisher als Politik des Kalten Krieges beschimpft, die sich jeder Annäherung, jeder Auflockerung, jeder Entspannung zwischen Ost und West widersetze. "Und nun, da wir wirklich durch die Tat beweisen, daß es keineswegs so ist, nimmt man uns das plötzlich übel", erklärte er und fügte hinzu: "Das eröffnet interessante Aspekte für die Zukunft. Ich denke, Ost-Berlin lebt einfach von diesem west-östlichen Gegensatz und fürchtet, wenn dieser Gegensatz überwunden ist, daß es dann seine Existenzberechtigung nun schon gar nicht mehr vor der Welt überzeugend darstellen könnte."83

Die Aufnahme von Beziehung zu Rumänien bestätigte, daß sich das Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten ohne Zugeständnisse an die Regierung der DDR verbessern ließ. Bisher war Kiesinger von der Annahme ausgegangen, man müsse die DDR in die Ostpolitik mit einbeziehen, andernfalls werde sie in Moskau versuchen, diese Bemühungen zu blockieren. Das Beispiel Rumänien zeigte aber offenbar, daß die Macht der Ost-Berliner Führung beschränkt war. Die Fortsetzung der Ostpolitik "um die DDR herum" schien möglich. Mit dieser, für ihn erfreulichen Erkenntnis begann der Kanzler die Politik der Annäherung zum SED-Regime in einem anderen Licht zu sehen: Erstmals suchte er seine Zielsetzung von der des Koalitionspartners abzuheben. Im Rundfunk bekannte er: "Wir wollen ja, wie wir gesagt haben, "entkrampfen", das andere Wort, das man an Stelle des schon etwas programmatischen Wortes vom "geregelten Nebeneinander" stellen kann."84

⁸¹ Brandt, Begegnungen, S. 224; vgl. Bender, Neue Ostpolitik, S. 139; Stehle, Nachbarn im Osten, S. 225 ff.

⁸² Vgl. Brandt (Begegnungen, S. 227 f.): "Dies entsprach den Plänen meines Vorgängers Gerhard Schröder, der – ohne Rücksicht auf die Hallstein-Doktrin – die Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen vorbereitet hatte." Siehe auch Baring, Machtwechsel, S. 236.

⁸³ Bulletin, Kiesinger im DLF, 8.2.1967.

⁸⁴ Ebenda.

Beide Begriffe hatten zwar Sozialdemokraten geprägt - das Wort "entkrampfen" stammte von Wehner, das "geregelte Nebeneinander" ging auf die Dortmunder Parteitagsrede Brandts von 1966 zurück⁸⁵ –, aber Kiesinger setzte sie voneinander ab. Er wollte "entkrampfen", aber noch keine Regelungen treffen. In dem Begriff "geregeltes Nebeneinander" stecke ein Programm, hatte Kiesinger betont. Aber es war nicht sein Programm. Gerade weil sich mit der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu Rumänien erwiesen hatte, daß die Ostpolitik ohne Zugeständnisse an Pankow funktionierte, sah der Kanzler zunächst keine Notwendigkeit, an den existierenden deutschlandpolitischen Grundsätzen der Bundesrepublik zu rütteln. Bei seiner Ankündigung im Bundestag am 1. Februar 1967 unterstrich der Bundeskanzler daher, der Alleinvertretungsanspruch durch die Bundesregierung werde durch die Aufnahme der Beziehungen zu Rumänien nicht berührt86. Über diese Aussage sei Außenminister Manescu nicht gerade "begeistert" gewesen, schrieb Brandt später87. Auch den deutschen Außenminister irritierte der Hinweis des Kanzlers. Rumänien war weit genug gegangen, hatte die Beziehungen aufgenommen, ohne auf den Willen Moskaus zu achten. Weshalb sollte man es jetzt dem Land noch schwerer machen, indem alte Standpunkte wiederholt wurden, fragte Brandt⁸⁸.

Aber die Dinge sahen für den christdemokratischen Kanzler etwas anders aus als für den Vorsitzenden der SPD. Nach wie vor bestanden starke Vorbehalte innerhalb der CDU/CSU-Fraktion gegenüber dem Botschafteraustausch mit Bukarest. Der CDU-Abgeordnete Erik Blumenfeld aus Hamburg sprach von einem "starken Bodensatz" von Abgeordneten in der Fraktion, die sich gegen diesen Schritt ausgesprochen hatten. Daneben hatte Wehners Anregung, bei einer Umwandlung der DDR nach dem Modell Jugoslawiens könne die Bundesregierung den zweiten Staat Deutschlands anerkennen, Proteste vor allem des Berliner Landesverbandes der Union ausgelöst. Aber Kiesinger suchte die protestierenden Abgeordneten zu beschwichtigen. Es gäbe keinen Zweifel, erklärte er am 3. Februar im *Deutschlandfunk*, "daß der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Herr Wehner, völlig auf dem Standpunkt der Regierungserklärung und der Erklärung steht, die ich aus Anlaß der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien im Bundestag abgegeben habe, daß heißt auf dem Standpunkt, daß die Bundesrepublik der einzige deutsche Staat ist, der berechtigt ist und verpflichtet ist, für das ganze deutsche Volk zu sprechen"89.

Den "Schwarzen Peter" nach Osten geschoben – Bestätigung der Deutschlandpolitik aus Paris

Über den Umweg aus Paris erhielt Kiesinger eine Bestätigung für seine Politik, die DDR als Störer einer friedlichen Öffnung der Bundesrepublik gegenüber Osteuropa hinzu-

⁸⁵ Brandt, Zinne, S. 129.

⁸⁶ Vgl. VdDB, 5. Wahlperiode, 90. Sitzung vom 1.2.1967, S. 4170.

⁸⁷ Brandt, Begegnungen, S. 228; Bender (Neue Ostpolitik, S. 140) urteilt schärfer und nennt dies eine "grandiose Unfähigkeit".

⁸⁸ Vgl. Brandt (Begegnungen, S. 228), der nach eigenen Angaben selbst versucht hatte, die Aussage des Kanzlers zu relativieren; vgl. VdDB, 90. Sitzung vom 1.2.1967, S. 4169. Zu Kiesingers Position siehe Oberndörfer (Hrsg.), Große Koalition, S. 34, Anmerkung. Kiesinger empfand vor dem Hintergrund der Skepsis eines Teils der Fraktion seine Erklärung vor dem Bundestag zu Rumänien als keineswegs aufbauschend oder dramatisierend. Im Gegenteil: "Meine Erklärung im Bundestag zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit diesem Land beschränkte sich zur Verblüffung vieler Abgeordneter auf einige Sätze. Ich wollte dieses wichtige Ereignis mit Rücksicht auf unsere angebahnte Ostpolitik so wenig sensationell wie möglich behandeln."
89 Bulletin, Kiesinger im DLF, 8.2.1967.

stellen. Der frühere Persönliche Referent Adenauers, Mai, berichtete von einem Gespräch mit der Regierung Georges Pompidou nahestehenden französischen Politikern. "Sie verfügen zur Zeit über einen ungewöhnlichen Vertrauenskredit", hieß es da einleitend. Dann schilderte Mai die Eindrücke der Franzosen von dem Besuch des polnischen Außenministers Adam Rapacki im Januar 1967. Sehr eindringlich habe man darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung alles unternehmen solle, um die menschlichen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der "Zone" zu verbessern. Man habe von einer Äußerung Rapackis gesprochen: Wenn die Bundesregierung die DDR schon nicht de jure anerkennen könne, so müsse man doch von ihr erwarten können, daß sie deren "faktische Realität" sehe und bemüht sei, den psychologischen Krieg zu reduzieren. "Ich [*Mai*] machte darauf aufmerksam, daß es aber gerade die Zone sei, die diesen Krieg führe. Man gab dies zu, bemerkte aber, daß man den Versuchen, die der Minister für gesamtdeutsche Fragen zur Zeit unternehme, sehr positiv gegenüberstehe; die Bundesregierung müsse versuchen, der Zone den Schwarzen Peter für diesen kalten Krieg zwischen beiden Teilen Deutschlands zuzuschieben."90

Kiesinger unterstrich im Text die Bemerkung, daß der psychologische Krieg zwischen Ost- und Westdeutschen reduziert werden müsse. Das entsprach auch seiner Vorstellung. Eine Verbesserung der wirtschaftlichen und auch politischen Lebensbedingungen in der Zone erhoffte sich Kiesinger allerdings nicht, wie das Wehner tat, von direkten Kontakten mit den SED-Führern. Der Kanzler erwartete vielmehr eine politische Liberalisierung in der DDR, falls es den anderen osteuropäischen Staaten wie Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und Rumänien gelingen sollte, den Spielraum im Innern wie nach außen langsam zu vergrößern und an Unabhängigkeit von der Sowjetunion zu gewinnen. Einen ersten Schritt in diese Richtung sah Kiesinger in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik zu diesen Staaten.

Dahinter steckte ein wichtiger Gedanke: Ähnlich wie die Völker Osteuropas könnte auch das deutsche Volk eines Tages die Selbstbestimmung erreichen. Das Schicksal Deutschlands war für Kiesinger eng mit dem der anderen osteuropäischen Staaten verbunden. Es mußte daher das Ziel der Deutschen sein, den Befreiungskampf der Ungarn, Polen, Tschechoslowaken und Rumänen zu unterstützen. Die Sowjetunion werde am Ende gar nicht umhinkönnen, die Unabhängigkeit der Völker in Osteuropa zu akzeptieren. Die wichtigste Grundlage für den Erfolg dieses Freiheitskampfes sah der Politiker darin, der Supermacht eine eigene Einflußzone ausdrücklich einzuräumen, damit deren Sicherheitsinteressen gewahrt blieben. Erstmals hatte Kiesinger das westliche Zugeständnis einer solchen Einflußzone an Moskau angeregt, als die Rote Armee im November 1956 den Budapester Aufstand blutig niedergeschlagen hatte. Der Westen sei bereit, mit der Sowjetunion eine "umfassende Regelung" zu treffen, falls Moskau den "Willen der Völker Osteuropas" respektieren werde, schlug Kiesinger damals vor. Der Westen solle den Einflußbereich der Supermacht in Osteuropa anerkennen. Gemeinsam könnten alle Sicherheitsfragen gelöst werden. "Dies setzt allerdings voraus, daß Sowjetrußland die zur Unabhängigkeit drängende Entwicklung in Osteuropa hinnimmt, wenn sie sich nicht gegen seine Lebensinteressen wendet", schrieb der Abgeordnete. "Etwas derartiges ist nur im Rahmen einer umfassenden, um nicht zu sagen globalen Vereinbarung denkbar. Dabei gewänne auch das deutsche Problem einen neuen Aspekt. Es würde endlich aus dem Teufelszirkel der "Wiedervereinigung ohne Sicherheit" und der "Sicherheit ohne Wie-

[%] AdKASt, Kiesinger I - 226, D/IV.6, A 006, Mai an Kiesinger vom 15.2.1967, Blatt 4.

dervereinigung' mit der Aussicht auf eine Lösung entlassen, die beide unverzichtbaren Interessen realistisch verbindet."91

Im Kern steckte hier der Gedanke von Kiesingers späterer Ostpolitik. Er war überzeugt, daß die Freiheit der osteuropäischen Völker die Vorbedingung für die deutsche Einheit sein werde. Aber er beging nicht den Fehler, den Schröder gemacht hatte, als er die DDR einfach auszuklammern suchte. Kiesinger stellte die Sowjetunion in den Mittelpunkt seiner Politik. Denn er erkannte, daß die Vorbedingung einer Wiedervereinigung die Aufhebung des Ost-West-Konflikts sein mußte. Nur wenn der Gegensatz zwischen den sozialistischen Staaten Osteuropas und den freien Gesellschaften der westlichen Länder verschwinde, könne es zur Vereinigung der Deutschen kommen. Dafür war Kiesinger sogar bereit, die Existenz der Nato in Frage zu stellen. Am 29. Juni 1956 erklärte er als außenpolitischer Sprecher seiner Partei: "Wenn die allgemeine Weltlage sich grundsätzlich ändert, dann ändert sich auch das Bedürfnis nach Sicherheit, und dann ändert sich auch die Notwendigkeit, bestimmte Verteidigungsvorkehrungen von seiten der westlichen Welt aufrechtzuerhalten. Wir hängen an der Nato nicht als einem Dogma. "92 Er sei seit damals überzeugt gewesen, schreibt Kiesinger in seinen Memoiren, daß "die gemeinsame Heimat für alle Deutschen" erst dann friedlich gewonnen werden könne, wenn der große Weltkonflikt zwischen den sogenannten Supermächten beendet werde93.

Ein zweites Hindernis der Wiedervereinigung bestand für den Bundeskanzler in der ungeklärten Frage, ob die Sowjetunion überhaupt bereit sei, sich aus ihren im Krieg errungenen Positionen zurückzuziehen. Auch auf dieses Problem hatte Kiesinger schon 1956 hingewiesen. Die Sowjets sähen in einem wiedervereinigten Deutschland, das sich für die freie Welt entscheiden könne, eine erhebliche moralische Stärkung des Westens und damit ein Hemmnis auf dem Wege zum "kommunistischen Siege", hatte er damals erklärt. Aber selbst für ein neutrales Deutschland hätte der Kreml bisher versäumt, die Wiedervereinigung in Aussicht zu stellen⁹⁴. Die Unterstützung der Osteuropäer und vor allem der Sowjets betrachtete der Bundeskanzler als wichtigstes ostpolitisches Ziel. Direkte Kontakte mit den Kommunisten in Ost-Berlin sah er dagegen als notwendiges Übel, um das Misstrauen der Sowjetunion zu zerstreuen, die Bundesregierung wolle das ungelöste Problem DDR einfach übergehen. Die neue Deutschlandpolitik sollte daher ein Zeichen der Umorientierung für Moskau sein. Zugleich sollten Kontakte mit der SED auch das Verhältnis zu den sogenannten Satellitenstaaten verbessern. Damit unterschied sich die Konzeption Kiesingers fundamental von der Wehners. Wenn Kiesinger diesen politischen Willen vor Wehner, dem wichtigsten Partner in der Großen Koalition, über Monate verschleiern konnte, dann lag das an der guten Verträglichkeit der beiden Zielsetzungen am Anfang. Je länger die Koalition aber andauerte, desto deutlicher kristallisierte sich heraus: Während für Kiesinger Ost-Berlin nur ein möglicher Umweg zu den osteuropäischen Hauptstädten und vor allem nach Moskau darstellte, lag für Wehner das eigentliche Ziel hinter dem Brandenburger Tor.

⁹¹ Kiesinger, Außenpolitischer Ausblick.

⁹² Kiesinger, Stationen, S. 20.

⁹³ Kiesinger, Jahre, S. 443 f. Der entsprechende Teil im Programm der CDU vom Februar 1953 stammt aus Kiesingers Feder.

⁹⁴ Bonner Rundschau, 18.9.1956; Kiesinger lehnte ein neutrales Deutschland ab: "Für uns ist aber die Wiedervereinigung unter dem Risiko unannehmbar, schutzlos in den sowjetischen Sog zu geraten."

"Einen Anfang finden" – Neue Ansätze in der Deutschlandpolitik: vom Stoph-Brief bis zur Deutschlandrede Kiesingers am 17. Juni 1967

Am selben 1. Februar 1967, an dem die diplomatischen Beziehungen zu Rumänien aufgenommen wurden, behandelte das Kabinett den Vorschlag der SPD, eine Änderung des Nationalfeiertages herbeizuführen. Brandt und Wehner waren der Ansicht, der 17. Juni habe in der Zwischenzeit seine politische Bedeutung eingebüßt. Er sollte an den Arbeiteraufstand in der DDR 1953 erinnern, der durch den brutalen Einsatz sowjetischer Panzer zerschlagen worden war. In den ersten Jahren war der Gedenktag noch auf besondere Weise gefeiert worden. In den Betrieben wurde gearbeitet, der erzielte Lohn aber einer Hilfsorganisation gespendet. Studenten sammelten in den Wäldern Holz oder halfen, Heu einzufahren. Das an diesem Tag Erarbeitete wurde Berliner Kindern für ihre Ferien in der Bundesrepublik zur Verfügung gestellt. Aber dieser Einsatz erlahmte während der sechziger Jahre beinah vollständig. Künftig blieben die Westdeutschen am 17. Juni bei ihren Familien zu Hause und betrachteten den Feiertag als Gelegenheit zur Erholung. Die Änderung des politischen Feiertages, der den Machthabern in der DDR ein Dorn im Auge war, sollte von den SED-Führern als Zeichen des guten Willens der Bundesregierung gedeutet werden. Vielleicht werde sich dann Ost-Berlin konzilianter zeigen, hoffte zumindest Wehner. Ende Februar 1967 wollte er erste Schritte zu einer Abschaffung des Feiertages einleiten. In einem Brief an den Bundeskanzler erinnerte er an die Kabinettsentscheidung wenige Wochen zuvor: "Am 1. Februar haben Sie über Ihre Absichten bezüglich des 17. Juni gesprochen. Sie fanden allseitig Zustimmung. Ich habe mir erlaubt, heute Herrn Kollegen Lücke zu bitten, eine Vorarbeit zu ermöglichen. Meine Bitte wäre hinfällig, falls Sie schon selbst weiteres veranlaßt haben sollten. Weil ich aber fürchte, die nächsten Wochen könnten verloren gehen, so daß wir erst in den April hineinkämen, möchte ich doch daran erinnern." In einem in der Anlage beigefügten Schreiben an Innenminister Lücke vom selben Tag meinte Wehner, er gehe davon aus, daß dieser mit ihm gemeinsam die Vorarbeit leisten solle. Der Minister für gesamtdeutsche Fragen dachte dabei an eine politische Begründung für das Vorhaben, "in der zugleich ausgedrückt werden muß, daß das Geschehen dieses Tages im Jahre 1953 damit nicht verdrängt wird". In der Erklärung sollte auch festgehalten werden, daß man des Aufstandes in "vielfältiger und würdiger Weise" gedenken solle, schrieb Wehner. Außerdem müsse ein Text für die Gesetzesänderung vorgelegt werden 95.

Aber die Anregung wurde nicht aufgegriffen. Kiesinger und Lücke besprachen am folgenden Tag zwar die Umwandlung des Nationalfeiertages. Sie kamen aber zu dem Schluß, daß es kurzfristig kaum gelingen könne, die Änderungen in dem notwendigen Umfang einzuleiten. Wehner nahm das hin, erklärte – etwas enttäuscht – am 23. März in einem Interview, eine Umwandlung des Tages noch 1967 sei schon aus Gründen der Terminnot sehr schwierig. Aber, setzte er hinzu, um die Aufgabe als solche komme man nicht herum%.

Doch da irrte sich der Minister. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Barzel weigerte sich, das Ansinnen – wie er empfand – der SPD auch nur in Erwägung zu ziehen. Brandt habe

% Vgl. BPA, Wehner im NDR, 25. März 1967, Anhang IV, S. 3.

⁹⁵ AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Wehner an Lücke vom 28.2.1967, Anlage zu Wehner an Kiesinger vom 28.2.1967.

ihm in einem Gespräch erklärt, er wolle dem 17. Juni seinen Feiertagscharakter nehmen, erzählte Barzel später. Der Feiertag habe seine ursprüngliche Bedeutung verloren, habe Brandt als Begründung genannt. Die Menschen gebrauchten den Tag zur Erholung im Freien. Das könne ja nicht der Sinn des Tages sein. Aber Barzel ließ dieses Argument nicht gelten. Er fragte spitz: "Was machen Sie denn am Karfreitag? Hören Sie auf, das kommt nicht in Frage! Wir werden uns nicht daran beteiligen, den Feiertag gegen die Gewerkschaften abzusetzen."⁹⁷ Damit war der Vorschlag abgelehnt. Ohne die Unterstützung der Unionsfraktion war das Unternehmen aussichtslos. Als politische Forderung brachte selbst Wehner die mögliche Umwandlung des Nationalfeiertages später nicht mehr auf. Damit war sein Vorrat an Ideen, wie der Kontakt zu Ost-Berlin geknüpft werden könne, allerdings nicht erschöpft. Die überfällige Antwort auf den Brief Ulbrichts zum Dortmunder Parteitag der SPD vom Juni 1966 eröffnete ihm eine weitere Möglichkeit. Die Auseinandersetzung zwischen den Koalitionsparteien um diese Antwort zeigt zudem, wie geschickt Wehner die Annäherung an die SED vorbereitete, ohne eine allzu heftige Kritik des Koalitionspartners herauszufordern.

Wehners Brief an die SED - die Vorgeschichte des Stoph-Briefes

Als sich die Sozialistische Einheitspartei auf ihren Ost-Berliner Parteitag im April 1967 vorbereitete, hielt Wehner die Zeit für gekommen, den Brief des Ersten Sekretärs der SED, Ulbricht, anläßlich des SPD-Parteitages in Dortmund 1966 zu beantworten. "Einen Nachtusch auf den gescheiterten Redneraustausch" nannte Brandt die Wehner-Initiative⁹⁸. Denn zwischen beiden Parteien war im Jahr zuvor der Auftritt prominenter Vertreter der SPD in Karl-Marx-Stadt, dem früheren und späteren Chemnitz, sowie der SED in Hannover vereinbart worden. Ende Juni 1966 kündigten die Kommunisten plötzlich ohne Angabe von Gründen das Vorhaben auf. Die großen Erwartungen, die das Projekt in den Kreisverbänden der SED offenbar geweckt hatte, schreckten das Politbüro ab. Außerdem begann das Ministerium für Staatssicherheit in diesem Zeitraum, Propagandamaterial gegen Wehner zusammenzustellen⁹⁹.

Dem SPD-Parteivorstand legte Wehner nach den Osterfeiertagen Ende März 1967 einen ersten Entwurf für sein Schreiben an die SED vor. Aber als sich das Präsidium nach einigen Tagen wieder zusammenfand, hatte Wehner seinen Text bereits fünf Politikern der anderen Parteien zugestellt. Kiesinger, Heck, Strauß, Barzel und sogar der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick erhielten eine Abschrift. An der Regierungsverantwortung beteiligt, könne man eine solche Initiative nicht mehr im Alleingang starten, rechtfertigte er den Schritt vor seinen Genossen. Als das Schreiben bei den Christdemokraten eintraf, alarmierte es sofort die Führung der Union. Der frühere Sonderminister Krone vertraute seinem Tagebuch an, was viele CDU-Vorstandsmitglieder dachten: "Das Kabinett und der Kanzler können der Koalitionspartei diesen Sondergang nicht gestatten." Kiesinger, so habe ihm Heck gesagt, teile diese Auffassung und sagt, hier könne es zu einer Regierungskrise kommen, wenn die SPD auf diesem Vorgehen bestünde¹⁰⁰.

⁹⁷ Barzel, Gespräch mit dem Verfasser, 10.6.1988.

⁹⁸ Brandt, Begegnungen, S. 245.

 ⁹⁹ Vgl. Wettig, Öst-Berlin im Schatten, S. 262; Moskau soll das Unternehmen zunächst unterstützt und die SED dazu angehalten haben, die Sache weiter zu verfolgen. Vgl. ders. (The SED-SPD Dialogue) allgemein zum Hergang des Dialogs.
 ¹⁰⁰ Vgl. Krone, Aufzeichnungen, S. 192.

Auch für den Kanzler stand zunächst der parteipolitische Aspekt im Vordergrund. Er lud seinen Minister am 5. April zum Frühstück ein und setzte ihm auseinander, es sei das beste, wenn die beiden Regierungsparteien die Sache gemeinsam durchführten. Wehner versprach, sich beim SPD-Präsidium für diesen Vorschlag stark zu machen. Bezeichnenderweise kommentierte der Süddeutsche Rundfunk nach dem Treffen, es werde immer deutlicher, daß die Koalition im wesentlichen ein Bündnis zwischen Kiesinger und Wehner sei. Denn die SPD-Parteiführung weigerte sich, einem gemeinsamen Vorgehen zuzustimmen. Brandt wandte sich dagegen, daß CDU und SPD so aufträten, als ob sie eine "Einheitspartei" seien¹⁰¹. Im SPD-Präsidium nahm man außerdem mit Unmut zur Kenntnis, daß Wehner inzwischen auf Einwände des Koalitionspartners hin seine erste Fassung revidiert hatte.

Wehner lehnte sich bei der Ausarbeitung seines ersten Briefentwurfs sehr an Äußerungen des Fraktionsvorsitzenden Schmidt an. Schmidt hatte am 20. März 1967 im Hamburger Überseeclub einen Vortrag über *Die deutsche Frage im nächsten Jahrzehnt* gehalten. Dort skizzierte der Fraktionsvorsitzende nicht nur sechs Komponenten einer zukünftigen Friedensordnung in Europa, sondern unterbreitete auch neun Vorschläge, wie das "geregelte Nebeneinander" beider deutscher Staaten aussehen solle. Fast wortwörtlich übernahm Wehner einige Punkte aus beiden von Schmidt unterteilten Bereichen. Sie bildeten die Grundlage für die dann gemeinsam beschlossene Regierungserklärung vom 12. April 1967. Schmidt ist also der Schöpfer einer Ausgangsbasis für die gemeinsame Deutschlandpolitik gewesen¹⁰².

Darüber mußte man sich aber erst verständigen. Den Christdemokraten mißfiel, daß die SPD in ihrem ersten Entwurf einen Zusammenhang zwischen verbesserten Lebensbedingungen der Bevölkerung in der Zone und Abrüstungsmaßnahmen in Europa herstellen wollte. So hatte Schmidt die Senkung des Rüstungsniveaus in West- und Osteuropa sowie eine Reduzierung der Zahl fremder Stationierungstruppen auf beiden Seiten vorgeschlagen. Daneben sollten, wohl mit Blick auf den 1958 formulierten Plan des polnischen Außenministers Rapacki, die mitteleuropäischen Staaten auf die nationale Verfügungsgewalt oder die Mitverfügung an nuklearen Waffen (also die MLF) verzichten. Mitglieder der Staaten Ost- und Westeuropas sollten diese militärischen Beschränkungen überprüfen.

Kiesinger riet Wehner, diesen militärischen Teil ganz wegzulassen, um den Text so zu entschärfen, daß auch die Union ihn mittragen könne. Auch die sozialistische Terminologie wurde auf Anraten des Kanzlers abgeschwächt. Doch damit waren immer noch nicht alle Voraussetzungen eines gemeinsamen Vorgehens zufriedenstellend erfüllt. Denn jetzt schossen beide Parteipräsidien quer. Der SPD-Vorsitzende forderte kategorisch: Entweder werde es sich um eine alleinige Aktion der Sozialdemokraten handeln, oder der Entwurf müsse von allen Parteien des Bundestages getragen werden – also auch von der FDP. Die CDU-Führung weigerte sich ebenfalls, dem Vorhaben zuzustimmen. Man sei nicht dazu da, der SPD Wahlhilfe zu geben, argumentierte der Vertreter des Arbeiterflügels der Partei, Blank. Und nach dem Hannoveraner Parteitag der Liberalen, der vom 3. bis zum 5. April stattfand, kam für die CDU eine Allparteien-Initiative erst recht

¹⁰¹ Der Spiegel, 17.4.1967.

¹⁰² Vgl. Schmidt, Menschen und Mächte, S. 30; Süddeutsche Zeitung, 21.3.1967; vgl. auch Lehmann, Öffnung nach Osten, S. 144. Schmidt zum Vater der Ostpolitik zu machen, wie es Lehmann, ein Mitarbeiter Schmidts, mit seinem Buch beabsichtigt, geht weit über den tatsächlichen Sachverhalt hinaus; siehe Baring, Schmidt als Begründer von Brandts Ostpolitik, in: Frankfurter Rundschau, 20.4.1985.

nicht mehr in Frage. In Hannover hatte die FDP eine Deutschlandpolitik beschlossen, die sich mit den Vorstellungen der Großen Koalition nicht mehr deckte. So plädierten die Liberalen in ihrem Aktionsprogramm für ein "zeitlich begrenztes Nebeneinander beider deutscher Teilgebiete", durch die man eine Liberalisierung Ostdeutschlands und eine Angleichung des Lebensstandards erzielen wollte. Zum Thema Oder-Neiße-Linie hieß es, man halte zwar daran fest, daß eine endgültige Regelung erst im Friedensvertrag möglich sei. Angemerkt wurde aber, daß eine "Zusammenführung der getrennten Teile Deutschlands nicht an territorialen Fragen scheitern" dürfe¹⁰³. Die Union weigerte sich nach diesen Beschlüssen, die Initiative gegenüber der SED gemeinsam mit der FDP durchzuführen. Zu dieser Auffassung kam der Fraktionsvorstand am 10. April.

Die Positionen der Koalitionsparteien schienen also festgefahren zu sein. Kiesinger rief Wehner an. Man solle, wenn möglich, noch am selben Abend zusammenkommen. Die Zeit dränge. In wenigen Tagen beginne bereits der SED-Parteitag. Eine Entscheidung müsse noch in dieser Nacht fallen. Aber dazu kam es nicht. Zwar trafen Wehner und der SPD-Schatzmeister Alfred Nau gegen 21 Uhr im Kanzlerbungalow ein, aber auch sie konnten die widerstreitenden Meinungen nicht zusammenbringen. Bei Rotwein saßen dann die beiden Gründer der Koalition wieder bis nach Mitternacht allein zusammen. An dieser Frage trat erstmals zutage, daß die Spanne der Gemeinsamkeiten beider Parteien offensichtlich enger war als angenommen. An ihnen hatte es nicht gelegen, wenn es zur Krise gekommen war. Sie konnten sich keinen Fehler vorwerfen. Wehner hatte die anderen Parteiführungen von dem geplanten Unternehmen korrekt informiert und Kiesinger die Aktion akzeptiert. Dennoch befand sich das Regierungsbündnis in einer Krise. "Diese Sache hätte meine Koalition beinahe auseinandergebracht", bekannte Kiesinger hinterher¹04.

Der rettende Einfall kam schließlich Brandt, was als Beweis für die Kompromißbereitschaft des SPD-Vorsitzenden gewertet werden muß. Warum, so schlug er vor, zerlege man nicht einfach den Entwurf in zwei Teile? Die SPD werde allein einen Brief an die SED verfassen. Dieser solle sich jedoch nur auf allgemeine Feststellungen zum bestehenden Klima zwischen beiden Parteien beschränken. Das Aktionsprogramm dagegen solle im Bundestag als Regierungserklärung vorgetragen werden. Wehner gab sofort sein Einverständnis, und auch der kleine Kreis mit Kiesinger, Peter Wilhelm Brand, Barzel, Heck und Stücklen, der am Nachmittag des 11. April zusammenkam, stimmte zu. Die Koalition war knapp an einem Bruch vorbeigekommen.

Über Nacht konzipierte Pressesprecher Ahlers die dritte Fassung. Diese trug Kiesinger am Mittwochnachmittag, dem 12. April 1967, im Bundestag vor. Der Kanzler griff dort zunächst die SED an. Sie habe die Absicht der Bundesregierung, "Gräben zu überwinden", auf grobe Weise entstellt. Die Regierung wolle Entspannung auch zwischen beiden Teilen Deutschlands. Eine innerdeutsche Entspannung sei Bestandteil und Funktion der europäischen Einigung. Die Bundesregierung frage sich, wie die "Not der Spaltung" des deutschen Volkes gelindert werden könne, und unterbreite daher folgende praktische Vorschläge: a) verbesserte Reisemöglichkeiten vor allem für Verwandte, mit dem Ziel der Entwicklung eines normalen Reiseverkehrs; b) Passierscheinregelungen in Berlin und zwischen den Nachbargebieten beider Teile Deutschlands; c) Erleichterung des Zahlungsverkehrs durch innerdeutsche Verrechnung und beiderseitige Bereitstellung von Reisezahlungsmitteln; d) Erleichterung des Empfangs von Medikamenten und Ge-

¹⁰³ DzD, Aktionsprogramm der FDP vom 5.4.1967, S. 865.

¹⁰⁴ Der Spiegel, 17.4.1967.

schenksendungen; e) Ermöglichung der Familienzusammen-, insbesondere der Kinderrückführung.

Auch für Maßnahmen zu einer verstärkten wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Zusammenarbeit wurden Vorschläge unterbreitet. An eine Ausweitung und die Erleichterung des innerdeutschen Handels war da gedacht worden, dazu sollten auch öffentliche Bürgschaften gehören und Kreditlinien eingeräumt werden können. Der Austausch zwischen den beiderseitigen Energiemärkten, die Herstellung einer rationellen Elektrizitätsverbundwirtschaft war vorgesehen, ebenso wie der gemeinsame Ausbau neuer Verkehrs- sowie verbesserter Post- und Telefonverbindungen, insbesondere die Wiederherstellung des Telefonverkehrs in ganz Berlin. Das Angebot enthielt ebenfalls den Vorschlag, die Einrichtung wirtschaftlicher und technischer Zweckgemeinschaften zu erörtern.

Auf dem Gebiet des wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Austausches sah der Katalog den entbürokratisierten Verkehr zwischen Hochschulen, Forschungsinstitutionen und wissenschaftlichen Gesellschaften vor. Dazu zählten auch die schrittweise Freigabe des ungehinderten Bezugs von Büchern, Zeitschriften und Zeitungen, Besuche von Jugendgruppen und Schulklassen, ein freier innerdeutscher Sportverkehr und der freie Austausch kultureller Vereine und Institutionen¹⁰⁵. Die Bundesregierung werde alles tun, bekräftigte Kiesinger am Schluß, um die Spaltung Europas und Deutschlands auf dem Wege der Verständigung zu beseitigen.

Zurückhaltende Reaktion der SED

Zuerst erschrak die SED über die unerwartete Initiative. Sie wollte die Annahme des Schreibens verweigern, den die Sozialdemokraten als Teil des Regierungsvorhabens formuliert und geschickt hatten. Der SPD-Kurier mit dem Brief seiner Partei wurde an der Berliner Mauer abgewiesen. Dennoch konnte die DDR-Führung nicht verhindern, daß die Botschaft in ihrem Gebiet ankam. Man war bei der SPD auf die ablehnende Reaktion in Ost-Berlin vorbereitet. Ebenso wie die Briefe der SED an die Bundesregierung immer gleichzeitig überbracht wurden und über den Fernschreiber liefen, schickte nun SPD-Schatzmeister Nau fernschriftlich ein Protestschreiben an die SED in Ost-Berlin. Gleichzeitig sorgte er dafür, daß alle Kreisverbände der Einheitspartei in der DDR den Protest, die Regierungserklärung sowie den Offenen Brief der SPD zugestellt erhielten. Erst jetzt ließ Ulbricht auch offiziell den Kurier durch. Am Abend des 12. April nahm die Einheitspartei das gelbe Kuvert (im Din-A5-Format) am Hauptportal der Parteizentrale am Werderschen Markt in Ost-Berlin entgegen.

Vor allem die Erklärung im Bundestag vom gleichen Tag hatte die SED-Führung verunsichert. Zunächst verbreitete der Rundfunk, daß die Regierungserklärung des Bundeskanzlers nichts Neues enthalte. Ähnlich äußerte sich die Nachrichtenagentur ADN und fügte hinzu, Kiesinger habe aus "panischer Furcht" vor dem bevorstehenden SED-Parteitag überstürzt den Bundestag zusammengetrommelt. Neues Deutschland druckte am nächsten Tag gleich zwei Stellungnahmen. Zunächst wies es die Erklärung der Bundesregierung polemisch zurück. In der zweiten Berlinausgabe, die am Abend des 13. April erschien, klang das alles jedoch schon sehr viel freundlicher. Die SED wollte sich offenbar nicht die Möglichkeit einer von ihr erwarteten Anerkennung durch die Bundesregierung verbauen. Unter der Überschrift "Adresse: Regierung der DDR, Berlin" hieß es

¹⁰⁵ Vgl. DzD, 1966-1967, S. 903.

in dem Kommentar: "Was nun den Inhalt der Erklärung vor dem Bundestag angeht, so hat der westdeutsche Regierungschef Fragen aufgeworfen, die allesamt Angelegenheiten staatlichen Charakters betreffen. Wir sind der Meinung, daß es das Vernünftigste und Nächstliegende wäre, wenn sich die westdeutsche Regierung oder der Bundestag an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wenden würde, die, wie jedermann weiß, für die Behandlung dieser staatlichen Fragen zuständig ist." 106

Es sei jetzt am Kanzler, sich an die Regierung der DDR zu wenden. Die SED werde den Fortgang dieser Entwicklung mit aktivem Interesse verfolgen, versprach das Parteiorgan. Und am 14. April 1967 bezeichnete *Neues Deutschland* die Anregungen der Bundesregierung als "wichtige Fragen", für "die jedoch die staatlichen Organe zuständig seien". Es müsse alles seine richtige Ordnung haben. Gleichzeitig hob die Zeitung die Rolle des Kanzlers und der CDU hervor. Vielleicht solle die SED oder *Neues Deutschland* den Auftritt Bundeskanzler Kiesingers vor dem Bundestag zum Anlaß nehmen, einen öffentlichen Dialog mit den Mitgliedern der westdeutschen CDU einzuleiten, deutete der Kommentar geheimnisvoll an¹⁰⁷.

Wie sollte sich die Bonner Regierung diese letzte Bemerkung erklären? Wehner interpretierte den angekündigten Dialog der SED mit der Union, indem er das Vorhaben mit dem versuchten Redneraustausch zwischen SED und SPD im Jahre 1966 in Zusammenhang brachte. Damals hätte die Einheitspartei gehofft, eine Infiltrationsarbeit im großen Stil beginnen zu können und die SPD langsam von innen aufzuweichen, erklärte der Sozialdemokrat in einem Interview. Das sei eine Fehlkalkulation gewesen, wie der Dortmunder SPD-Parteitag erwiesen habe. Vielleicht versuche sie jetzt das gleiche mit der CDU. Aber damit verschätzten sich die Kommunisten erneut, denn die CDU lasse sich nicht infiltrieren. Auch den Hinweis, Kiesinger solle sich direkt an die Adresse der Ost-Berliner Regierung wenden, hielt er für ein billiges Argument. Man komme nicht umhin, die falsche Bescheidenheit der SED zu belächeln. Immer behaupte die SED, sie allein habe den Führungsanspruch, die Partei sei die Regierung. Außerdem habe sie ja auch im Jahre 1966 Fragen an die SPD als Oppositionspartei gestellt, die sie nach ihrer Logik besser an die Regierung gerichtet hätte. Die SED werde diese Argumentation nicht durchhalten können¹⁰⁸. Dennoch blieb der Minister in seiner Kritik zurückhaltend. Die erste Verwirrung in Ost-Berlin über die Korrespondenz kommentierte er nicht mit triumphaler Geste. Im Gegenteil. Ihm gehe es nicht darum, propagandistische Punkte zu sammeln. Es sei nicht seine Absicht, "irgend jemand agitatorisch an die Wand zu drücken, sondern wir wollen das Eis brechen, wir wollen in praktischen Fragen vorankommen".

Am 17. April eröffnete Ulbricht mit einem fünfstündigen Referat den Parteitag. Noch einmal wiederholte er seine Position, die er schon in der Neujahrsansprache erstmals erläutert hatte. Der Erklärung Kiesingers widmete er nur wenige Minuten. Immerhin schlug er aber vor, daß "der Vorsitzende des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundeskanzler der westdeutschen Bundesrepublik – von Delegationen unterstützt und mit gehörigen Vollmachten versehen – an einem noch zu vereinbarenden Ort zusammentreffen, um über diese ersten Schritte auf dem Wege zu einer Verständigung der beiden deutschen Staaten zu verhandeln und die entsprechenden Verträge abzuschließen"¹⁰⁹.

¹⁰⁶ Ebenda, S. 902, Fn 1.

¹⁰⁷ Neues Deutschland, 14.4.1967.

¹⁰⁸ Vgl. pui – SPD, 16.4.1967, S. 3.

¹⁰⁹ DzD, 1966-1967, S. 962.

Die CDU-Führungsspitze unterstützt Wehners Deutschlandpolitik

Wehner stellte einen Tag später fest, Ulbrichts Rede sei keine Antwort gewesen, sondern nur die nochmalige Umschreibung seiner Ausgangsposition. Allerdings betonte der Minister, daß auch der SED-Generalsekretär offenbar an der Möglichkeit der Wiedervereinigung festhalte, wenn auch unter den Bedingungen der Sozialistischen Einheitspartei. Das sei eine Bestätigung für seine These, daß auch die SED, der an einer langen Fortdauer des gegenwärtig geteilten Zustandes liege, nicht darüber hinweggehen könne, daß die Deutschen als Nation in einem Staat leben wollten¹¹⁰.

Am 18. April gab der Parteitag in Ost-Berlin eine Stellungnahme ab, deren Kern in der Aufforderung an das Zentralkomitee bestand, verschiedene Briefe an die "westdeutsche Arbeiterklasse", an die Mitglieder der SPD sowie an die Mitglieder und Anhänger der Union auszuarbeiten. Darin sollten die Vorstellungen zu den Fragen der "Einigung der Arbeiterklasse" und zur "Herbeiführung der friedlichen Koexistenz durch Normalisierung der Beziehungen" zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten sowie "zur europäischen Sicherheit auf der Grundlage der Beschlüsse unseres Parteitages" dargelegt werden¹¹¹. Somit blieb der Bundesregierung nichts anderes übrig, als erst einmal abzuwarten, ob man in Ost-Berlin überhaupt Bereitschaft zeigte, auf die Anregungen aus Bonn einzugehen. Eines schien schon jetzt sicher: Die Bundesregierung mußte eine Antwort auf den Vorschlag Ulbrichts formulieren, daß der Vorsitzende des DDR-Ministerrats, Willi Stoph, und Kiesinger zusammentreffen sollten. Der Fraktionsführer der CDU/CSU schrieb am gleichen 18. April an den Bundeskanzler: "Die humanitäre Initiative der Bundesregierung, die vorige Woche in Ihrer Regierungserklärung ergriffen worden ist, findet in Ost-Berlin ein Echo, das uns dringend und unausweichlich vor die Frage unseres weiteren Vorgehens stellt. Ich bitte Sie zu erwägen, ob nicht alsbald unter Ihrer Leitung im kleinsten Koalitionskreis das weitere Vorgehen erörtert werden sollte. Es kommt, so scheint mir, darauf an, daß die Koalition in den weiteren Schritten zusammensteht, daß wir innerhalb der Koalition die Führung behalten und daß wir dem Osten gegenüber in Vorhand bleiben. Bei diesem Gespräch dürfte es wohl auch um die Frage gehen, ob und gegebenenfalls wie ein Gesprächspartner der Bundesregierung zur Besprechung dieser Fragen mit den Verantwortlichen aus Ost-Berlin zur Verfügung gestellt werden soll."112

Doch die Trauerfeierlichkeiten für Adenauer sowie die sich daran anschließenden Gespräche mit den ausländischen Staatsoberhäuptern, die als Gäste nach Bonn gekommen waren, verhinderten zunächst ein solches Treffen. Erst am 26. April konnte die Regierung ihre normale Arbeit fortsetzen. Zwei Tage später, so ein Aktenvermerk des gerade ernannten Parlamentarischen Staatssekretärs im Kanzleramt Guttenberg, rief Barzel an und teilte Kiesinger mit, daß die CDU eine kleine Arbeitsgruppe gebildet habe, die sich mit der Frage der Reaktion auf die SED-Initiative befasse. Der Kanzler habe daraufhin dem Fraktionsführer erklärt, daß er einen "ähnlichen Kreis einberufen werde, wie er vor der Abgabe der Regierungserklärung an die Adresse der SBZ zusammengetreten war". Das zeigte, wie stark inzwischen auch in der Fraktionsführung, vor allem im Kreis um Barzel, die von Wehner und Kiesinger eingeleitete offensive Deutschlandpolitik unterstützt und sogar als selbstverständlich betrachtet wurde. Diesen Vorgang beobachtete auch Krone, der ihn allerdings als Zeichen der Schwäche der neuen Regierung deutete.

¹¹⁰ Vgl. pui - SPD, 18.4.1967, S. 2.

¹¹¹ DzD, 1966-1967, S. 971.

¹¹² AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 002, Barzel an Kiesinger vom 18.2.1967.

"Ich [...] war betroffen, wie leicht und unbeschwert man diesen Schritt auf Pankow zu nahm; es sei ja nichts anderes mehr möglich, als die humanen Bindungen zu festigen. Was wird die westliche Welt zufrieden sein, daß wir soweit sind. Wir entlassen sie aus ihrer Verpflichtung zu einer Politik der Wiedervereinigung. Wir sind ein schwaches Volk."¹¹³

Karlsbader Konferenz, der Stoph-Brief und Wehners Ratschläge

Die Hoffnungen Wehners und Kiesingers auf eine günstige Antwort aus Ost-Berlin wurden schnell gedämpft, als die Beschlüsse des Warschauer Paktes auf der Karlsbader Konferenz bekannt wurden. In der Tschechoslowakei versammelten sich vom 24. bis zum 26. April Vertreter von vierundzwanzig kommunistischen Parteien und anderen Arbeiterparteien aus aller Welt. Die "Karlsbader Beschlüsse" bestätigten die bisher von der Sowjetunion und der DDR erhobenen Forderungen. Erstmals wurde hier deutlich gemacht, daß die Bundesregierung für die Fortsetzung ihrer Ostpolitik zunächst einmal die folgenden Bedingungen erfüllen sollte: die Anerkennung des zweiten deutschen Staates, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und der Ungültigkeitserklärung des Münchner Abkommens von Beginn an sowie den Beitritt zum Atomsperrvertrag¹¹⁴. Wehner nahm diese Verhärtung des sozialistischen Lagers gegenüber Bonn mit Enttäuschung zur Kenntnis. Die Bundesrepublik Deutschland solle zum Prügelknaben gemacht werden, faßte er das Ergebnis der Konferenz zusammen. Doch er verlange jetzt, daß die konstruktiven Vorschläge zur europäischen Sicherheit und Friedensordnung, welche die Bundesregierung unterbreitet habe, auch zur Kenntnis genommen würden und ihre praktische Umsetzung erörtert würde. Es sei an der Zeit, damit aufzuhören, "daß wir nur auf Grund von Vorurteilen behandelt und beurteilt würden", meinte Wehner verärgert¹¹⁵.

Das war die Lage, als am 11. Mai im Kanzleramt der angekündigte Brief aus Ost-Berlin überbracht wurde. Wieder, wie in den Jahren zuvor, war der Überbringer von Berg. Der junge Wissenschaftler hatte schon 1964 einen Brief des Staatsratsvorsitzenden an Bundeskanzler Erhard im Kanzleramt abgegeben. Damals ließ man den Boten noch beim Pförtner warten. Im Kanzleramt wurde erst beim Öffnen des großen, braunen Briefumschlags bemerkt, daß es sich beim Absender um den Staatsratsvorsitzenden der DDR handelte. Da schon lange keine Schreiben mehr aus Ostdeutschland angenommen worden waren, schlossen die Mitarbeiter im Kanzleramt den Umschlag wieder und gaben ihn an den Ost-Berliner Abgesandten zurück. Aus der Tatsache, daß der Umschlag geöffnet worden war, schloß von Berg, daß man im Kanzleramt eine Fotokopie angefertigt habe¹¹⁶. Gleichzeitig mit der Übergabe war jedoch der Text über Fernschreiber eingetroffen. Daher erübrigte sich das Erstellen einer Kopie. Aber die Beamten wußten nicht, wie auf das Fernschreiben zu reagieren sei. Man verfiel auf den Gedanken, kurzerhand den Text nach Ost-Berlin zurückzutickern. So geschah es – eine hilflose Geste, aber symptomatisch für das damalige verkrampfte Verhältnis¹¹⁷.

Drei Jahre später, im Mai 1967, verlief alles anders. Diesmal mußte von Berg nicht vor der Türe warten. Es sei damals zum ersten Mal möglich gewesen, "daß man sich anständig anmeldet, anständig vorfährt, anständig nach oben geht und sich dann normal mit den

¹¹³ Krone, Aufzeichnungen, S. 192.

¹¹⁴ Vgl. DzD, Abschlußerklärung vom 26.4.1967, S. 1050. Das Vokabular wurde nicht als "entspannungsdienlicher" empfunden; vgl. Baring, Machtwechsel, S. 230.

¹¹⁵ BPA, Wehner für die BBC, 29.4.1967, Anhang I, S. 2 f.

¹¹⁶ Vgl. von Berg, Gespräch mit dem Verfasser, 18.5.1989.

¹¹⁷ Vgl. Neusel, Gespräch mit dem Verfasser, 30.11.1989.

Leuten unterhält und bespricht, die da Dienst tun. Der Kanzler selbst war nicht da, aber wir haben damals im Kanzlerarbeitszimmer gesessen und uns über das, was zu sagen war, viel war es ja nicht, ausgetauscht. "118 Die Prinzipien seien klar gewesen, meinte von Berg im Rückblick. Dies sei ein Zeichen dafür gewesen, daß sich die innere Einstellung geändert hatte.

Kiesinger flog an diesem 11. Mai von Stuttgart aus erst am späten Vormittag mit dem Hubschrauber nach Bonn. Noch vor seiner Ankunft wurde er vom Eintreffen des Stoph-Schreibens informiert. Jetzt mußte er entscheiden, ob der Brief angenommen werden sollte oder nicht. Seit Anfang der fünfziger Jahre war im Kanzleramt die Annahme sämtlicher Post der SED verweigert worden¹¹⁹. Daß Wehner raten würde, den Brief offiziell anzunehmen, konnte man vorausahnen. Trotzdem ließ der Kanzler dem Minister eine Kopie des Schreibens zukommen und ihn um Rat bitten. Daraufhin formulierte Wehner schriftlich jene Optionen, die dem Bundeskanzler seiner Meinung nach jetzt offenstanden. Knapp faßte er zusammen: "1. Wenn auf den Busch geklopft oder direkt gemeldet werden sollte, daß hier ein Brief abgegeben worden sei, wäre es ratsam, nicht darum herumreden oder ausweichend antworten zu lassen. Es wäre meines Erachtens wirksam ohne viel Federlesens zu sagen: Ja. Was den Inhalt betrifft, so wäre ratsam, wenn notwendig, erklären zu lassen, er werde geprüft. 2. Es wäre gut, wenn nicht stückchen- oder scheibchenweise gesagt würde, ob oder ob nicht, respektive wie überhaupt darauf reagiert oder geantwortet werde. Richtig wäre meines Erachtens, sagen zu lassen, daß der Herr Bundeskanzler das zu gegebener Zeit entscheiden werde."

Es lasse sich drittens "vorbehaltlich eingehender Überlegungen" schon jetzt denken, fuhr Wehner fort, daß es Antworten verschiedener Art geben könne, u. a. auch eine, die mehrere Schriftstücke "aus derselben Himmelsrichtung" zum Anlaß nehme, "verständlich darzulegen, daß jede Seite ihre Ziele hat, wir sehen jedenfalls nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Notwendigkeit, dem deutschen Volk zu helfen, teilzuhaben an den Möglichkeiten, die sich aus der Politik der europäischen Entspannung ergeben können". Wehner riet, den Brief "buchstäblich" zu beantworten, einschließlich der klaren und "möglichst nicht gerade antiquierten" Darlegung des Rechtsstandpunktes der Bundesregierung. Einschließen sollte die Antwort auch eine "gut überlegte [...] Darlegung unserer Angebote", also des "Charakters unserer Angebote im Zusammenhang mit Entspannungspolitik". Und Wehner fügte unter viertens hinzu, wenn möglich, solle der Brief so beantwortet werden, etwa "durch eine Erklärung im Deutschen Bundestag", daß überall deutlich werde, die Bundesregierung könne daran mitwirken, politische Realitäten schaffen zu helfen, die dem Frieden und der Verständigung dienten 120.

An dieser Stelle unterbrach Wehner. Dem Minister wurde mitgeteilt, daß das Bundespresseamt die Annahme des Briefes durch das Bundeskanzleramt soeben im Rundfunk gemeldet hatte. Kiesinger hatte also entschieden. Damit war der bereits geschriebene Teil hinfällig geworden. Dennoch formulierte Wehner den Brief zu Ende. Aber der Ton än-

¹¹⁸ Rexin, Das Kabinett Kiesinger; als Neusel den zweiten Antwortbrief Kiesingers im September 1967 nach Ost-Berlin brachte, wurde er dort in angenehmer Atmosphäre empfangen und bewirtet; vgl. Neusel und von Berg, Gespräche mit dem Verfasser, 30.11.1989 bzw. 18.5.1989.

¹¹⁹ Vgl. Jäckel, Kontakte ohne Anerkennung?, S. 37; am 1.12.1950 wurde der Brief des DDR-Ministerpräsidenten Grotewohl, adressiert an Bundeskanzler Adenauer, im Bonner Bundeskanzleramt durch Kurier übergeben und dort angenommen. Aber Adenauer sah von einer brieflichen Antwort ab und wählte statt dessen, wie Kiesinger 1967, eine öffentlich abgegebene Erklärung als Form seiner Antwort.

¹²⁰ AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Wehner an Kiesinger vom 11.5.1967.

derte sich. Man merkt den Zeilen an, mit welcher Genugtuung er die Nachricht aufgenommen hatte. Wehner schmeichelte Kiesinger, sprach von der internationalen Bedeutung, die die Entscheidung des Kanzlers haben werde, betonte die Chance, die sich dem Regierungschef nun biete. Er wußte genau, wo die schwache Stelle des Kanzlers lag: Kiesinger mochte es, wenn man von ihm als dem großen Staatsmann sprach. Wehner hatte das von Anfang an getan, aber er dosierte die Mischung entsprechend den Umständen. So lobte er den Kanzler und seine Politik, wenn er den Kanzler freundlich stimmen wollte. Das war der Fall während der Auseinandersetzung um sein Interview mit der Washington Post im Februar 1967 und jetzt wieder. "Es ist wohl unvermeidlich", schloß Wehner den Brief ab, "daß in den nächsten Stunden und Tagen eine Menge Ansichten darüber geäußert werden, was nun zu tun oder zu unterlassen sei. Erlauben Sie mir, bitte, zu bemerken, daß es sehr darauf ankommt, den Herrn Bundeskanzler selbst entscheiden zu lassen. Dies ist eine gute Gelegenheit, die deutsche Politik souverän zu führen und darzustellen. Im gesamten Ausland wird man jede Nuance dieses Vorgangs unter die Lupe nehmen. Die Bundesregierung kann dabei sehr gewinnen." 121

Wehner verfaßte den Brief nicht nur aus reiner Dankbarkeit. Er erwartete, daß Kiesinger auch die anderen von ihm formulierten Optionen umsetzen würde. Das galt insbesondere für den Vorschlag, "mehrere Schriftstücke aus derselben Himmelsrichtung" zum Anlaß zu nehmen, die Ziele der Bundesregierung "verständlich darzulegen". Wehner meinte damit die Forderung an die Deutsche Bundespost in Höhe von knapp einer Milliarde DM, die der Postminister der DDR erhoben hatte. Die Hintergründe sollen gleich erläutert werden. Hier genügt zunächst zu wissen, daß diese Forderung in der Union sehr umstritten war, Wehner sie aber erfüllen wollte. Wie sehr ihm daran gelegen war, den angebotenen Kontakt zur anderen Seite unbedingt aufzunehmen, läßt sich auch daran sehen, daß er sich nicht auf eine Antwortform festlegte, etwa auf eine schriftliche Antwort Kiesingers drängte. Er schlug vielmehr vor, der Kanzler solle eine Erklärung im Bundestag abgeben. In dieser Frage sollte Wehner allerdings schnell seine Position wechseln: Der Minister verfochte schon bald mit aller Energie und Härte eine briefliche Antwortform. Doch zunächst hing das weitere Vorgehen davon ab, wie Kiesinger den Brief des Vorsitzenden des DDR-Ministerrats beurteilte.

Kiesingers Reaktion auf den Stoph-Brief

Erst im letzten Drittel kam der Vorsitzende des Ministerrats der DDR, Stoph, in seinem Schreiben auf die Anregungen zwischenstaatlicher Abmachungen zu sprechen, die die Bundesregierung vorgeschlagen hatte. Die Regierung der DDR sei bereit, solche Vorschläge zu prüfen, hieß es. Doch sei dazu notwendig, daß die Bundesregierung ihre "unfriedliche Alleinvertretungsanmaßung" aufgebe. Wenn die Bundesregierung tatsächlich einen Gewaltverzicht zwischen beiden deutschen Staaten anstrebe, wie sie das mehrfach erklärt habe, so könne dies nicht unter Umgehung der DDR über dritte Staaten erfolgen. Der Gewaltverzicht könne nur zwischen den unmittelbar Beteiligten vereinbart werden. Darüber hinaus müsse die Bundesregierung ihren finanziellen und anderen Verpflichtungen gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik nachkommen. Stoph sprach damit auch die wenige Monate zuvor erhobenen Forderungen der DDR für Postzustellungen auf ihrem Gebiet an. Bisher hatte der Weltpostverein Deutschland als Einheit behandelt. Jetzt betrachtete aber die DDR den westlichen Teil Deutschlands als Ausland und erhob bis 1948 rückwirkend Gebühren für die Zustellung von Paketen. Das

¹²¹ Ebenda.

SED-Regime präsentierte den Westdeutschen noch in der Regierungszeit Erhards eine Rechnung, die nach den Ausgleichsregeln des Weltpostvereins für Beförderung und Zustellung von Paketpost zusammengestellt worden war. Der Gesamtbetrag belief sich auf knapp unter einer Milliarde DM für den Zeitraum von 1948 bis 1965.

Erst ganz am Schluß von Stophs Brief folgte ein konkreter Vorschlag: "Zur Aufnahme entsprechender Verhandlungen, die von den Außenministern beider deutscher Staaten vorbereitet werden könnten, lade ich Sie zu einem noch zu vereinbarenden Termin in den Amtssitz der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ein. Ich wäre auch bereit, mich mit Ihnen in Ihrem Amtssitz in Bonn zu treffen."¹²²

In einer ersten Reaktion teilte der Bundeskanzler mit, er habe der Unionsfraktion am 12. Mai gesagt, eine vorläufige Prüfung habe ergeben, daß die dem "Gebot der Menschlichkeit und der Vernunft" entsprechenden Vorschläge der Bundesregierung übergangen worden seien. Der Brief enthalte wiederum den Standpunkt des "Alles oder Nichts"¹²³. Gleichzeitig war er jedoch darum bemüht, möglichen Widerstand innerhalb der Fraktion gegen die Annahme des Stoph-Briefes erst gar nicht aufkommen zu lassen. "Unsere Politik wäre unglaubwürdig, wenn wir den Dialog abgeschnitten und den Brief nach alter Fasson zurückgeschickt hätten", erklärte er im Kabinett. Den Abgeordneten versicherte er, die Antwort werde den deutschen Rechtsstandpunkt nicht beeinträchtigen¹²⁴. Am 17. Mai setzte das Kabinett eine Kommission ein, die sich mit der Antwort auf den Brief beschäftigen sollte. Das hatte Zeit; denn dem Kanzler lag nicht an einer schnellen Aktion. Der Parteitag der CDU vom 22. bis 23. Mai in Braunschweig stand bevor. Kiesinger wollte dort eine Diskussion um den Brief vermeiden. Nicht nur, weil das seine Chancen geschmälert hätte, Erhard als Vorsitzenden abzulösen. Es schien ihm einfach unklug zu sein, eine Polarisierung der Partei durch eine voreilige Entscheidung zu riskieren.

Die veränderte Haltung gegenüber der DDR, die Bereitschaft zum Dialog, löste in der CDU-Fraktion, erst recht in der Partei, zum Teil heftige Diskussionen aus. Es war nicht überall in der CDU freudig vernommen worden, daß Kiesinger im Magazin Mann der Zeit, nur zwei Tage nach der Ankunft des Schreibens aus der DDR, seine Bereitschaft ankündigte, mit der SED in Verhandlungen einzutreten. Sobald die Sozialistische Einheitspartei bereit sei, ernsthaft das Thema zu erwägen, wie das Leben im geteilten Deutschland erträglicher gestaltet werden könne, werde man auch die richtige Form und Ebene für dieses Gespräch finden, versicherte der Kanzler dort. Besorgt notierte Krone in seinem Tagebuch, Schritt für Schritt nähere sich die Bundesregierung dem "Ja" zu den beiden deutschen Staaten. Es komme zum Gespräch Stoph-Kiesinger, was Kiesinger selbst schon angedeutet habe¹²⁵. Solche Vorbehalte blieben nicht im Verborgenen und bewirkten, daß man die Antwort zunächst hinauszuschieben trachtete, um ihr etwas die Brisanz zu nehmen¹²⁶.

¹²² DzD, Stoph an Kiesinger vom 10.5.1967, S. 1115 ff.

¹²³ Ebenda, Ahlers am 12.5.1967, S. 1115, Fn 1.

¹²⁴ Vgl. Der Spiegel, 22.5.1967, S. 30.

¹²⁵ Vgl. Mann der Zeit, 13.5.1967, sowie Krone, Aufzeichnungen, S. 194.

¹²⁶ Vgl. Besson, Außenpolitik, S. 407. Das CDU-Interesse an einer Verzögerung ist bisher von der Historiographie unterschiedlich bewertet worden. Besson hat die lange Phase vom Brief Stophs bis zur Antwort als Führungsschwäche Kiesingers gewertet. Da seine Partei ihm nicht in der Deutschlandpolitik folgen wollte, habe der "sonst zur Vermittlung neigende Kiesinger, dessen Richtlinienkompetenz in der Großen Koalition ohnedies enge Grenzen gesetzt waren, bald den Eindruck ständigen Lavierens ohne klare Zielvorstellung" vermittelt. Hildebrand (Erhard, S. 332 f.) verteidigt dagegen den damaligen Kanzler: Nicht an der Entschlußlosigkeit des Kanzlers habe es gelegen, wenn die Antwort eine Zeitlang auf sich warten ließ, vielmehr hätten die Gründe dafür

Wehner treibt die Sache voran: Postforderung akzeptieren!

Aber die schweigende Übereinkunft, die zwischen den CDU-Mitgliedern in der Regierung bestand, wurde von Wehner nicht respektiert. Auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 22. Mai 1967 in Bergneustadt erregten seine Bemerkungen über die Forderungen des sowjetzonalen Postministers Aufsehen. Vier Tage zuvor hatte der ostdeutsche Minister, Rudolph Schulze, die Paketgebühren-Rechnung an das Bonner Postministerium erneut zustellen lassen, nachdem bereits ein früherer Versuch, das Schreiben loszuwerden, gescheitert war. Da inzwischen der Stoph-Brief angenommen worden war, wurde auch sein Brief von der Bundesregierung akzeptiert¹²⁷.

Bis zum April 1967 hatte sich die Bundesregierung darauf verständigt, den Versuch einer Aufwertung des Staatsgebildes im Osten durch die Trennung in zwei deutsche Postgebiete zu ignorieren. Denn bisher galt Deutschland dem Weltpostverein als einheitliches Gebiet. Es gab also keine rechtliche Handhabe der DDR für ihre finanzielle Forderung, nur eben ihre politische Sichtweise und Zielsetzung. Vielleicht wollte Wehner gerade deswegen die Sache jetzt schnell bereinigen¹²⁸. Man könne durch Verhandlungen ein Verrechnungs- und Bezahlungssystem schaffen, schlug er vor. Überhaupt sei es auch auf anderen Gebieten dringend notwendig, ein "Verrechnungs- und Bezahlungssystem" einzurichten, etwa bei den Unterhaltsüberweisungen, die seit über einem Jahrzehnt auf Sperrkonten gezahlt würden. Als "Versachlichung" des Verhältnisses wollte Wehner verstanden wissen, daß er sich jetzt für die Bezahlung der DDR-Postforderung einsetzte. Die Gegenseite habe die Sache "politisiert", und die Bundesregierung sei daher darauf nicht eingegangen. Man müsse das Problem endlich frei machen vom "politischen Schutt"¹²⁹. Mit anderen Worten: Die Bundesregierung sollte der DDR dieses Propagandaargument endlich aus der Hand nehmen, indem sie zahlte.

Die Äußerungen des Ministers wirkten auf dem Parteitag der CDU, der zeitgleich in Braunschweig stattfand, wie eine Herausforderung. Selbst Kiesinger, der auch in der unangenehmen Postgebührenfrage dem Standpunkt Wehners zuneigte, jedoch bis dahin weder öffentlich noch innerhalb des Kabinetts Stellung bezogen hatte, reagierte scharf auf den erneuten Alleingang seines Ministers. Journalisten gegenüber verbarg er seinen Ärger nicht. Er werde mit Herrn Wehner darüber noch ein Wort reden, betonte er gegenüber dem Korrespondenten der Associated Press. Aber gleichzeitig äußerte er seine Zustimmung zu Wehners Ansicht: Die Bundesregierung müsse den Forderungen entsprechen¹³⁰. Das waren zwei Fingerzeige mit unterschiedlicher Bedeutung für Wehner. Einerseits ermahnte der Kanzler den Minister, nicht allein vorzupreschen, andererseits

in der komplexen Sache gelegen. Es habe sich für den Kanzler die Frage gestellt, was sich unter "Ausklammerung der diametral entgegenstehenden Grundpositionen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, hier Festhalten am Selbstbestimmungsrecht, dort Pochen auf völkerrechtliche Anerkennung, gemeinsam erreichen ließe, falls Ost-Berlin überhaupt eine 'wirkliche Entspannung' wünschte".

¹²⁷ Vgl. DzD, 1966-1967, S. 1042.

Vgl. Besson (Außenpolitik, S. 407), der erklärt, daß Wehners Drang in dieser Frage und bei der Beantwortung des Stoph-Briefes nicht nur auf das Ziel ausgerichtet gewesen sei, die osteuropäischen Staaten sollten erkennen, daß "Bonn ernsthaft gewillt war, die DDR in den Entspannungsdialog einzubeziehen". Zusätzlich habe auch der Gedanke an die eigene Partei eine Rolle gespielt. Die neue Deutschland- und Ostpolitik sollte diejenigen Mitglieder mit der Koalition versöhnen, bei denen der Eintritt in das Regierungsbündnis mit der CDU/CSU noch immer umstritten war.

¹²⁹ BPA, Wehner im RIAS am 23.5.1967, Anhang I, S. 1.

¹³⁰ Vgl. Die Welt, 24.5.1967, und Wiesbadener Kurier, 24.5.1967.

teilte er ihm auf diesem Wege mit, daß er nach wie vor zu den gemeinsamen Zielen in der Deutschlandpolitik stehe. An Postgebühren der DDR sollte das gemeinsame Bündnis nicht scheitern. Die offen erklärte Bereitschaft zu Zahlungen an die DDR auf dem Parteitag der CDU beweist zudem, wie stark sich der gerade neu gewählte Parteivorsitzende jetzt auch innerhalb seiner Partei fühlte. Selbst das nachträglich formulierte Dementi, der Bundeskanzler habe angenommen, anstelle eines Mitglieds der AP-Redaktion sei das Gespräch mit einem Parteitagsdelegierten geführt worden, änderte an dem Vorgang nichts. Die Kritik in seiner Partei an den Äußerungen Wehners konnte er damit allerdings nicht zum Verstummen bringen. Wehner hatte die Christdemokraten erneut gereizt und damit Kiesinger in eine schwierige Lage gebracht.

Opposition in der Union gegen den neuen Kurs

Erstmals regte sich innerhalb der CDU eine ernsthafte Opposition gegen Wehners Forderung. Selbst der Deutschlandexperte und Berliner Abgeordnete Johann Baptist Gradl, der die neue Linie an sich befürwortete, hatte ärgerlich auf die Postforderungen aus der "Zone" reagiert. Nun sollten die Westdeutschen für ihre humanitäre Hilfe auch noch Beförderungs- und Zustellungsgebühren bezahlen? Das komme nicht in Frage – auf keinen Fall gehe es so, wie Ost-Berlin es sich vorstelle. "Wenn es die SED fertiggebracht hätte, in Mitteldeutschland vernünftige Lebensbedingungen zu schaffen, wäre es nicht nötig gewesen, in diesem Umfang Päckchen nach drüben zu schicken."¹³¹

Auch Postminister Werner Dollinger sprach sich gegen die Anerkennung der DDR-Forderung aus. Er befürchtete, daß die Spaltung Deutschlands damit postalisch besiegelt werde. Außerdem warnte er davor, das Defizit der Bundespost ins Unermeßliche steigen zu lassen¹³². Noch ernster mußte Kiesinger allerdings den Hinweis seines Fraktionsvorsitzenden, des früheren Ministers für gesamtdeutsche Fragen, Barzel, nehmen. Barzel schrieb ihm und mahnte: "Die Erklärung Wehners zu den SBZ-Postforderungen halte ich für einen Verstoß gegen die Kabinetts- wie gegen die Koalitions-Disziplin. Unsere Absprache hieß: Es dürfe nichts geschehen, was rechtlich oder tatsächlich oder in der Weltmeinung so angesehen werden müsse, als anerkennten wir die SBZ als ,DDR'. Statt als gesamtdeutscher Bundesminister der polemischen öffentlichen Forderung der SBZ mit Aufrechnung anderer Dinge zu begegnen oder - wenn unvermeidlich - nach bisheriger Übung auch solche Dinge vertraulich zu behandeln, ging Wehner – erneut – an die Öffentlichkeit." Ganz offen wolle er dazu dieses sagen: Er, Barzel, bezweifle nicht Wehners gesamtdeutsche Leidenschaft. Ebensowenig vergesse er aber je, daß Wehner ein großer "Taktiker" seiner Partei sei. "Und so meine ich, es als sein Ziel zu erkennen, Sie in Konflikt mit Ihrer Fraktion und Partei zu treiben, uns wieder den "Krach" wie die gesamtdeutsche Unentschlossenheit zuzuschieben."133

Was bei Barzels Briefen häufig wiederkehrte, ist auch in diesem Schreiben enthalten: die offene Sprache und das Mißtrauen gegenüber den Handlungen und Äußerungen des Koalitionspartners. Niemand sonst hat in der gesamten persönlichen Kanzlerkorrespondenz so scharf über Wehner und Brandt geurteilt. Das war auch ein Zeichen von Barzels Stärke, seiner parteilichen Position, die er als Fraktionsführer einnahm, und zugleich seiner Schwäche. Denn gerne hätte Barzel soviel Einfluß gehabt wie der Minister für gesamtdeutsche Fragen. Aber Kiesinger sah in Barzel den Rivalen und zog ihn nur

¹³¹ Die Welt, 24.5.1967.

¹³² Vgl. Der Spiegel, 29.5.1967, S. 27 f.

¹³³ AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 002, Barzel an Kiesinger vom 23.5.1967.

dann ins Vertrauen, wenn es sich nicht umgehen ließ. Das galt auch für die Antwort auf Stophs Brief. Kiesinger war mit Barzel schon in der ersten gemeinsamen Besprechung, fünf Tage zuvor, am 18. Mai, übereingekommen, Stoph nicht schriftlich zu antworten. Der Kanzler dachte an eine Regierungserklärung vor dem Bundestag. Diese Form war schon einmal, am 12. April 1967, gewählt worden. Die Kontinuität wurde daher gewahrt, wenn man jetzt ebenso verfuhr¹³⁴.

Mißtrauen der Koalitionspartner untereinander: Der Wahlkampfeinfluß auf die Deutschlandpolitik

Der Brief Barzels hatte gezeigt, daß die Forderungen Wehners vor allem unter dem Aspekt der Parteienrivalität betrachtet wurden. Die Union argwöhnte seit langem, daß die SPD sich gerne das Verdienst der neuen Deutschland- und Ostpolitik an die eigene Brust heften wollte. Barzel hatte als Fraktionsvorsitzender miterleben müssen, wie die Sozialdemokraten das hilflose Treiben am Ende der Regierung Erhard in dieser Frage erfolgreich für ihre Partei genutzt hatten, indem sie eine aktive Ostpolitik forderten. Er fürchtete jetzt eine ähnliche Entwicklung. Dabei war der Wunsch der bisherigen Oppositionspartei verständlich, sich zu profilieren und stärker von der CDU abzusetzen. Denn die CDU hatte in den Landtagswahlen bisher die größeren Gewinne verbuchen können. Und ihr Kanzler erfreute sich eines Ansehens wie Adenauer in seinen besten Zeiten. Die Gefahr für Kiesinger, unkte der Londoner Observer, liege gerade darin, daß er so erfolgreich sei¹³⁵. Die SPD besaß dagegen eine wenig glanzvolle Bilanz. Am 23. April 1967 hatte sie bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz fast vier Prozentpunkte der Wählerstimmen verloren (von 40,7 Prozent auf 36,8 Prozent), während die CDU 2,3 Prozentpunkte dazulegte (auf 46,7 Prozent) und dadurch annähernd 10 Prozent Vorsprung erhielt. Auch in Schleswig-Holstein war an diesem Tag gewählt worden. Hier konnte sich die SPD um 0,2 Prozentpunkte verbessern, die CDU allerdings um einen Punkt. In Kiel führte sie nunmehr mit 5,6 Prozent (46 Prozent zu 39,4 Prozent). Die Sozialdemokraten blickten also mit Sorge auf die für den 4. Juni anberaumten Wahlen in Niedersachsen.

Die Furcht der SPD, man werde weiterhin in den Landtagswahlen verlieren, führte zu einer verschärften Auseinandersetzung mit der Union im Wahlkampf. Das galt insbesondere für Niedersachsen, wo sich die westdeutsche Sozialdemokratie nach dem Krieg formiert hatte und in Hannover vom Büro Schumachers, des ersten großen Führers der Partei, geleitet worden war. Die Landtagswahlen besaßen daher auch einen symbolhaften Wert für die Parteiführung. Ihr Vorsitzender Brandt setzte sich am 26. Mai – neun Tage vor den Wahlen – in harten Worten mit dem Braunschweiger Parteitag der CDU auseinander. Er sprach von der Gefahr, die der Großen Koalition von den "rückwärts gerichteten Kräften der CDU/CSU" drohe. Die SPD habe in der Regierung die Aufgabe übernommen, deren Einfluß zu beschränken. Der neue, hoffnungsvolle Kurs der Entspannung, Friedenssicherung und innerdeutschen Entkrampfung sei erst durch den Eintritt der SPD in die Regierung der Großen Koalition möglich geworden und müsse unbeirrt fortgesetzt werden¹³⁶.

Eine solche Hervorhebung der SPD als der wesentlichen Kraft in der Deutschlandpolitik mochte für ein besseres Ergebnis bei den Landtagswahlen notwendig sein, aber für das Regierungsbündnis konnte dies nur negative Auswirkungen haben. Tatsächlich

¹³⁴ Vgl. Spiegel, 22.5.1967, S. 30.

¹³⁵ Vgl. The Observer, 4.6.1967.

¹³⁶ DzD, 1966-1967, S. 1196.

gewann der Propagandaaspekt in der Deutschlandpolitik immer größeres Gewicht, je länger die Koalition andauerte. Er spielte schon bei der Frage eine Rolle, welche Form die Antwort des Stoph-Briefs annehmen solle. Als sich am Nachmittag des 27. Mai die Kommission im Kanzlerbungalow versammelte, kam es sofort zum Streit zwischen den beiden Parteien über die Frage, ob der Kanzler dem Ministerpräsidenten der DDR in Briefform erwidern solle oder nicht.

Zur allgemeinen Nervosität trug auch die Lage im Nahen Osten bei. Kiesinger ließ sich zwischen den einzelnen Terminen über die Auseinandersetzung zwischen Arabern und Israelis berichten, wo sich die Situation - man stand kurz vor dem Sechs-Tage-Krieg dramatisch zuspitzte. Der Runde gehörten Barzel, Brandt, Dollinger, Guttenberg, Heck, Georg Leber, Schmidt, Wehner sowie die Pressesprecher von Hase und Ahlers an. Sehr schnell wurden die unterschiedlichen Positionen deutlich. Wehner empfahl einen persönlichen Brief des Bundeskanzlers. Barzel sprach sich gegen diesen Vorschlag aus. Statt dessen schlug er vor, der Kanzler solle eine Erklärung vor dem Bundestag abgeben. Schließlich nahm Kiesinger Stellung. Er übernahm weder den einen noch den anderen Vorschlag, sondern favorisierte - mit Vorbehalt allerdings - eine dritte Variante: Ein Bonner Parlamentsabgeordneter – kein Beamter – solle bei Stoph persönlich den Standpunkt der Bundesregierung darlegen. Ein Beamter als Beauftragter der Bundesregierung komme dafür nicht in Frage. Er könne von der SED als Anerkennung des zweiten Staates gewertet werden. Ob Brief, ob Erklärung, ob die Entsendung eines Beauftragten - es kam zu keiner Einigung. Der Kanzler, in dessen alleiniger Befugnis die Sache lag, schloß die Sitzung mit der Bemerkung, er wolle sich das Problem noch einmal durch den Kopf gehen lassen.

Die unterschiedlichen Standpunkte in der Kommission wurden jedoch in den niedersächsischen Wahlkampf hineingetragen. Unter dem Titel "Wehner drängt Kiesinger zu Antwort an Ost-Berlin" heizte die Hannoversche Allgemeine die Auseinandersetzung zwischen den beiden Koalitionsparteien an¹³⁷. Wehners Forderung mußte vom Wähler so ausgelegt werden, daß die SPD der Union nunmehr ihre Politik aufdränge. Der Stoph-Brief hatte also bereits Zwietracht in der Koalition gesät. Auf neutrale Beobachter wirkte es so, als ob die SED mit ihrem Brief den Streit bewußt provozieren wollte. Die Welt bemühte ein Bild aus der Nibelungensage: Wie Hagen aus dem Hinterhalt den gehörnten Siegfried an seiner ungeschützten Stelle tödlich getroffen hatte, so habe Stoph Kiesinger treffen wollen. Die verwundbare Stelle sei schon bei den Koalitionsvereinbarungen entblößt worden. Auch die Union wolle wie die SPD Entspannung und Entkrampfung. Aber sie schrecke vor Wehners Zuversicht zurück, man müsse nur mutig in den Teich springen und kräftig schwimmen, dann komme man schon an das richtige Ufer. Die Union schließe die Möglichkeit nicht aus, daß der kühne Schwimmer untergehe. Darum wolle sie nicht auf die Rettungsringe und Bojen verzichten, die Altkapitän Adenauer den Seinen hinterlassen habe¹³⁸.

Wehner hatte kein Interesse daran, daß sich der Meinungsunterschied vertiefte. Daher wandte er sich jetzt auch gegen Versuche seiner Parteigenossen, die CDU/CSU um verbesserter Wahlchancen willen öffentlich anzugreifen. Das betraf insbesondere Schmidt. Auf dem Hamburger SPD-Landesparteitag Ende Mai kritisierte dieser, daß der Union ein überzeugendes Konzept fehle, und im Parteiblatt Vorwärts verteidigte er diese Ansicht am 8. Juni: "Die CDU/CSU hat überhaupt kein Programm; ihr Godesberg steht ihr noch erst bevor."¹³⁹

¹³⁷ Hannoversche Allgemeine, 29.5.1967.

¹³⁸ Vgl. Die Welt, 31.5.1967.

¹³⁹ Vorwärts, 8.6.1967.

Wehner ärgerten diese Äußerungen ebenso wie die Mitglieder der Union. Heck informierte Kiesinger am 10. Mai über ein Gespräch, das er mit dem Sozialdemokraten hatte: Wehner sei "ausgesprochen ungehalten" über den Vorstoß seines Kollegen Schmidt140. Der SPD-Politiker hielt sich mit seiner Kritik auch öffentlich nicht zurück. Am 2. Juni erklärte er, ihm sei das Verhalten Schmidts nicht neu und er sei daher nicht überrascht. Schon während des Wahlkampfes 1965 sei Schmidt bestrebt gewesen, sich mit der CDU/CSU "auseinanderzusetzen". Er selbst habe das damals nicht für erfolgversprechend gehalten und tue es auch jetzt nicht¹⁴¹. Wer genau las, konnte allerdings auch an dieser Zurechtweisung nichts entdecken, was der Position Schmidts inhaltlich widersprochen hätte. Wehner warnte vor dem Instrument des polemischen Angriffs, aber kritisierte nicht den sachlichen Kern der Aussage Schmidts. Deswegen verstärkte er aber zugleich das Mißtrauen bei wichtigen Mitgliedern der anderen Koalitionspartei. Besonders Barzel und Heck blieben gegenüber Wehner skeptisch und ließen sich nicht durch öffentliche Bekenntnisse des Ministers beeindrucken. Bei Wehner, so erkannte Heck, müsse man genau aufpassen, was er sage. Beim Zuhören klinge es anders als beim Nachlesen seiner Worte¹⁴².

Die Fronten verhärten sich

Die Kritik Schmidts und der Wahlkampf in Niedersachsen hatten die Fronten erstarren lassen. Ob der Kanzler Stoph brieflich antworten sollte oder im Rahmen einer Erklärung vor dem Bundestag, blieb weiter offen. Erst am Wahlsonntag, dem 4. Juni, kam man zusammen, um das Problem weiter zu beraten. Unter der Führung Barzels hatte sich zwischenzeitlich in der Fraktion der CDU eine Front gegen den Vorschlag Wehners gebildet, Ost-Berlin schriftlich zu antworten. Den SPD-Vertretern bekannte Barzel daher an diesem Sonntag, er müsse wahrheitsgemäß referieren, daß eine Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion gegen einen persönlichen Brief des Kanzlers an Stoph sei. Höchstens sei eine Erklärung im Bundestag denkbar. Andernfalls, so warnte er jetzt, verschieße man sein Pulver zu schnell. Man müsse sich Steigerungsformen erhalten¹⁴³.

Die Form blieb umstritten. Kompromißbereiter zeigten sich dagegen beide Seiten bei der Formulierung der Antwort. Guttenberg, dessen Einfluß als Parlamentarischer Staatssekretär im Kanzleramt langsam wuchs, übernahm es, Wehner einen eigenen Entwurf vorzulegen. Dieser habe das Papier gelesen, genickt und zurückgegeben. "Es bedarf nicht vieler Worte, um einig zu werden", schrieb Guttenberg in sein Tagebuch¹⁴⁴.

Kiesinger entscheidet sich für Wehners Vorschlag

Einen Tag später, am 5. Juni, versammelten sich der Elferrat des Fraktionsvorstands und die Deutschlandexperten der Union im Kabinettssaal des Palais Schaumburg. Um Barzel scharten sich die Gegner eines Antwortschreibens. Dazu gehörten Barzels persönlicher Freund, der parlamentarische Fraktionsgeschäftsführer Rasner, der erfahrene Pressesprecher Adenauers, Felix von Eckardt, und Leo Wagner von der CSU. Aber es gab auch Politiker, die den Vorschlag Wehners befürworteten. Heck, der Berliner Abgeordnete

¹⁴⁰ AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 004, Heck an Kiesinger vom 10.5.1967.

¹⁴¹ Stuttgarter Zeitung, 3.6.1967.

¹⁴² Vgl. Heck, Gespräch mit dem Verfasser, 4.10.1988.

¹⁴³ Vgl. Der Spiegel, 12.6.1967, S. 32.

¹⁴⁴ Guttenberg, Fußnoten, S. 89.

Gradl, Stücklen und Ernst Majonica argumentierten, die gerade verkündete neue Entspannungspolitik dürfe nicht schon an diesem Briefwechsel scheitern. Sogar Krone stimmte für die briefliche Variante der Bonner Reaktion – trotz seiner grundsätzlichen Bedenken gegen die Öffnung nach Osten. Wo nun das Gespräch mit den Machthabern in Pankow durch die Initiative Wehners und die Erklärung der Regierung begonnen habe, wo ein Brief aus Pankow an Kiesinger vorliege und der Kanzler ihn angenommen habe, sei es nicht viel mehr als ein Spiel mit Worten, ob der Kanzler einen Brief schreibe oder einen Bevollmächtigten benenne. "Ich sprach für einen kurzen Brief, keinen Briefwechsel, und in dem Briefe die Mitteilung, daß ein Bevollmächtigter für das Gespräch zur Verfügung steht. Unsere Rechtsposition muß klar gesagt sein. Kiesinger denkt auch so." 145

Offenbar war auch der Bundeskanzler schon an diesem Montag entschlossen, sich für Wehners Vorschlag auszusprechen und dem Ministerpräsidenten Stoph brieflich zu antworten. *Der Spiegel* behauptete, der Kanzler habe sich nicht nur in dieser Frage entschieden, sondern auch das heikle Problem der Anrede bereits gelöst. Kiesinger habe vor, Stoph mit "Sehr geehrter Herr Vorsitzender" zu titulieren, aber die Bezeichnung "DDR" zu vermeiden, versicherten die Auguren des Nachrichtenmagazins¹⁴⁶.

Wehners Druck auf Kiesinger: Erster ernster Dissens zwischen den Gründungsvätern

Kiesinger schien also dazu entschlossen, den Vorstellungen seines Koalitionspartners entgegenzukommen. Wehner hätte zufrieden sein können, aber er war es nicht. Während der Bundestagsdebatte am 7. Juni begleitete er Barzels kurze Rede mit Zwischenrufen, die auf eine Distanz und Entfremdung hinwiesen. Es komme Stoph darauf an, hatte der CDU-Fraktionsvorsitzende auf der Rednertribüne erläutert, von dem abzulenken, was die Bundesregierung wolle. Wehner rief dazwischen: "Sie sind ja schon abgelenkt." Was er meinte, war: Indem sich die Koalition um die Form der Antwort stritt, verstellte sie sich selbst den Zugang zur Regierung der DDR. Als Barzel erwiderte, er glaube, man werde sich schon wieder zusammenfinden, gab Wehner zurück: "Das kommt auf Sie an!"¹⁴⁷

Wie enttäuscht Wehner tatsächlich war, zeigt ein Brief an den Kanzler vom selben Tag. Wehner hatte auf einem persönlichen, nur seinen Namen tragenden Briefbogen handschriftlich folgende Zeilen geschrieben: "Sie haben gestern entschieden in Sachen Stoph-Brief. Ich will das nicht dramatisieren. Aber Sie haben ein Recht darauf, meine Meinung zu kennen, obwohl sie sachlich keine Rolle spielt. Bis gestern habe ich unbefangen die Bundesregierung vertreten. Seit heute ist das für mich ein Problem. Ich bin kein Illusionist oder Romantiker. Aber wenn die letzte Aufrichtigkeit im schwersten unserer politischen Probleme nicht gegeben ist, dann ist alles andere von keiner besonderen Bedeutung. Mein eigenes Problem wird es nun sein, zu überlegen, wie ich mein Haus bestelle."¹⁴⁸

Wehners Enttäuschung wirkt so rätselhaft, weil er sich mit seiner Forderung nach einer brieflichen Antwort an Stoph durchgesetzt hatte. Der Persönliche Referent Neusel erinnerte sich im Jahre 1989 vor allem aber an die heftige Auseinandersetzung im internen Kreis der Koalitionsführer um die Anrede im Brief Kiesingers an Stoph. Der Streit habe sich um die Frage gedreht, ob Stoph einfach als "Vorsitzender des Ministerrats"

¹⁴⁵ Krone, Aufzeichnungen, S. 193 f.

¹⁴⁶ Der Spiegel, 12.6.1967, S. 32.

¹⁴⁷ VdDB, 5. Wahlperiode, 111. Sitzung vom 7.6.1967, S. 5278.

¹⁴⁸ AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Wehner an Kiesinger vom 7.6.1967.

angesprochen werden sollte oder mit dem entscheidenden Zusatz "der DDR"¹⁴⁹. Kiesinger habe sich hier mit seinem Vorschlag durchgesetzt. Der Kanzler sei bereit gewesen, Stoph als Vorsitzenden des Ministerrates zu betiteln, er weigerte sich aber, den Brief mit "Stoph, Vorsitzender des Ministerrates der DDR" zu adressieren. Für Wehner war dies offenbar der entscheidende Punkt. Er hatte als erstes im Amt damit begonnen, die Bezeichnung "DDR" hoffähig zu machen. Nun sollte sie in jenem Schreiben fehlen, in das er die größte Hoffnung gesetzt hatte.

Vermutlich ging es auch um den zusätzlichen Vorschlag Wehners, das Angebot Stophs für Verhandlungen anzunehmen und in der Antwort gleich einen Unterhändler der Bundesregierung zu benennen. Dieses Thema muß ausschließlich zwischen den beiden Gründungsvätern besprochen worden sein. Denn weder die engsten Berater Kiesingers wußten darüber Bescheid, noch berichteten die Zeitungen oder andere Medien im Juni 1967 über einen Disput. Erst als das zweite Antwortschreiben im September 1967 im Kabinett beraten wurde, war plötzlich zu erfahren, daß der Minister für gesamtdeutsche Fragen den Kanzler schon im Juni gedrängt hatte, einen Regierungsbeauftragten für Unterhandlungen mit Ost-Berlin zu bestimmen¹⁵⁰. Die Forderung nach Benennung eines Beauftragten lehnte Kiesinger kompromißlos ab. Für den Minister stellte dieses Angebot aber ein entscheidendes Element in seiner Politik dar. Vielleicht, so hoffte er, könne die Bundesregierung durch das konkrete Angebot eines Verhandlungsführers ein Ausweichen der Gegenseite verhindern. Aber Kiesinger schien das vorschnell gedacht zu sein: Der Kanzler wollte aus Ost-Berlin erst einmal ein positives Signal zu den Vorschlägen seiner Regierung vernehmen. Außerdem war er dem Drängen seines Ministers schon durch die Zusage entgegengekommen, Stoph persönlich zu schreiben. Daher sah er keine Veranlassung, noch einmal nachzugeben¹⁵¹.

Aber die Resignation, die Wehners Brief ausdrückte, ist damit allein kaum zu erklären. Es spielten sicherlich noch andere Faktoren eine Rolle: Die Enttäuschung über das Abschneiden der SPD bei den niedersächsischen Wahlen kann ein Grund für seine Entmutigung gewesen sein. Denn auch in Hannover hatte die SPD verloren, wenn auch nur 1,8 Prozentpunkte. Sie war von 44,9 Prozent auf 43,1 Prozent gefallen; ihr Vorsprung vor der CDU, die von 37,7 auf 41,7 Prozent kletterte, war allerdings von 7,2 auf schmale 1,4 Prozentpunkte geschrumpft. Der Sozialdemokrat mußte sich bei diesem Ergebnis fragen, ob die Bildung der Großen Koalition nicht doch ein Fehler gewesen war. Auch die ständigen Angriffe aus den eigenen Reihen auf die Person Wehners könnten zum resignativen Charakter des Briefes beigetragen haben. Diese Annahme findet eine Stütze im Hintergrundgespräch Kiesingers mit Giselher Wirsing vom 5. Oktober 1967. Dort nahm Kiesinger Wehner in Schutz: "Vergessen Sie nicht, in welch gräßlicher Weise er in seiner Partei angeschossen wird. Vielleicht aber weniger in der Partei als eben sonst in der Organisation und vor allem von den Gewerkschaften."152

An dieser Erklärung ist interessant, daß Kiesinger nicht an ein taktisches Verhalten oder eine Täuschung seines Ministers glaubte. Es sei die eigene Partei, die Wehner sogar

¹⁴⁹ Neusel, Gespräch mit dem Verfasser, 30.11.1989; siehe auch Diehl, Gespräch mit dem Verfasser, 29.11.1989. Die Vertrauten Kiesingers wußten von dem Schreiben Wehners und der Ankündigung nichts, dieser wolle "das Haus bestellen". Diehl meint, es sei unwahrscheinlich gewesen, daß Wehner schon nach einem halben Jahr die Koalition verlassen hätte.

¹⁵⁰ Vgl. Der Spiegel, 25.9.1967, S. 31.

¹⁵¹ So wurde der Passus erst im zweiten Schreiben Kiesingers an Stoph eingefügt; vgl. TzD, Kiesinger an Stoph vom 28.9.1967, Band I, S. 156 f. Als Unterhändler sollte der Staatssekretär im Kanzleramt für Verhandlungen zur Verfügung stehen.

¹⁵² AdKASt, Kiesinger I – 226, D/II.1, Å 008, Gespräch mit Wirsing, 5.10.1967, S. 5.

gesundheitlich Schaden zufüge, meinte Kiesinger. Dafür gab es ein bezeichnendes Ereignis. Es war kaum ein Jahr vergangen, seit in einem anonymen Artikel der Wochenschrift Die Zeit Wehner beschuldigt worden war, die Fraktion mit stalinistischen Methoden zu führen. Daß sich hier Sozialdemokraten, vielleicht sogar Abgeordnete, auf schäbige Weise gegen den eigenen Fraktionsführer wandten, verletzte Wehner tief. Er sei in dieser Phase ein "zertretener Bursche" gewesen, erinnerte sich Wehner 1973, und hätte es gerne gesehen, wenn die Namen der Autoren öffentlich bekanntgemacht worden wären. Aber der Vorsitzende Brandt verhinderte das – was ihm Wehners Groll zuzog. Ihm, Wehner, seien die Namen jener bekannt gewesen, die den Artikel veröffentlicht hätten. Brandt habe sich indessen vorbehalten, sie selbst herauszufinden, und habe "böse" reagiert, als Wehner während einer Pressekonferenz im Frühjahr 1967 Andeutungen machte. Jetzt, da Wehner in dieser Sache schon Antworten gegeben habe, hatte ihm Brandt erklärt, könne man natürlich eine unabhängige Untersuchung seitens der SPD-Führung nicht mehr glaubwürdig vertreten. Dabei sei es geblieben¹⁵³. Wehner hat den Vorgang Brandt nie verziehen.

Im selben Jahr 1967 stellte man bei Wehner Diabetes fest. Sie schwächte die physische Widerstandskraft und psychische Stabilität des Politikers. Seine Stimmungen schwankten. Mal schien er unverwüstlich, dann wieder tief deprimiert. Dem Kanzler gegenüber zeigte er sich stark, so als ob die Krankheit keinen Einfluß auf sein Leben besitze. Anfang Juli 1967 informierte er Kiesinger über eine neue publizistische Entgleisung, die man, wie er fand, seiner Person zugefügt hatte. Die der CSU nahestehende *Demokratisch-Konservative-Korrespondenz* behauptete: "Politische Kreise führten die Hektik Wehners, Erfolge hinsichtlich der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands zu erzielen, auf seinen angegriffenen Gesundheitszustand zurück."¹⁵⁴ Dazu notierte Wehner trotzig auf einem Zettel: "Das ist – so scheint mir – eine ziemlich perfide Art, den 'Gesundheitszustand' eines politisch Unbeliebten auszuschlachten und damit eine Legende zu bilden. Abgesehen davon, daß diese Fachleute sich über den geistigen und seelischen Zustand ihres Objekts sehr täuschen."¹⁵⁵

Im November 1967 gab Wehner dennoch Anlaß zu Spekulationen über sein baldiges Ausscheiden aus der Politik. Unter Genossen sagte der stellvertretende SPD-Vorsitzende, er fühle sich so krank, daß er sowieso nicht mehr lange durchhalten könne, und bei einem Treffen von Funktionären und Würdenträgern der SPD erklärte er Mitte November 1967 düster: "Meine Zeit, wie die jedes andern Menschen geht zu Ende. Und ich habe den Eindruck, sie geht bald zu Ende. "156 Aber Wehner gelang es, sich dank seiner Willenskraft immer wieder aus den düsteren Stimmungen, die ihn befielen, herauszuarbeiten. Das galt auch für das Thema Stoph-Brief. Trotz aller Enttäuschungen, Wehner fing sich wieder. Er überwand die Krise, und bald herrschte zwischen den Gründungsvätern erneut Einvernehmen.

"Einen Anfang finden" - Der Brief an Stoph vom Juni 1967

Am 13. Juni 1967 wurde das Antwortschreiben des Bundeskanzlers in Ost-Berlin übergeben. Darin bedauerte Kiesinger zunächst, daß Stoph in seinem ersten Schreiben nicht

¹⁵³ Wehner, Gespräch mit Bruhns, 15.10.1973, S. 1 f.

¹⁵⁴ Demokratisch-Konservative-Korrespondenz, 30.6.1967.

¹⁵⁵ AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Notiz Wehners an Kiesinger vom 4.7.1967.

¹⁵⁶ Der Spiegel, 20.11.1967, S. 28; siehe auch Allgemeine Zeitung, 17.11.1967, und Kieler Nachrichten, 18.11.1967.

auf die Regierungserklärung vom 12. April eingegangen sei. Solange "grundlegende Meinungsverschiedenheiten eine gerechte Lösung der Deutschen Frage" verhinderten, müsse "nach innerdeutschen Regelungen" gesucht werden, welche die menschlichen, wirtschaftlichen und geistigen Beziehungen zwischen den Deutschen soweit wie möglich förderten. Dann wurde der Ton rauher. "Sie hingegen sagen: Alles oder Nichts! Sie erheben Forderungen nach der politischen und völkerrechtlichen Anerkennung einer Spaltung Deutschlands, die dem Willen der Menschen in beiden Teilen unseres Vaterlandes widerspricht. Sie machen die Erfüllung dieser Ihrer Forderungen zu Voraussetzungen von Gesprächen." Er, Kiesinger, wolle dagegen verhindern, daß die Deutschen sich in der Zeit der erzwungenen Teilung menschlich auseinanderlebten. Das Leben im geteilten Deutschland müsse erträglicher werden. "Es ist die Pflicht aller Verantwortlichen, nach besten Kräften dazu beizutragen."¹⁵⁷

Die Formel vom "Alles oder Nichts" ging auf die schon oben erwähnte erste verlautbarte Reaktion des Kanzlers zurück und wurde hier nur wiederholt. Dies zeigt schon, daß sich die Sozialdemokraten mit den Formulierungen des Koalitionspartners weitestgehend einverstanden erklärt hatten. Auch der sich nun anschließende Passus über die "Rechtsauffassung", an der die Bundesregierung weiterhin festhalte, entsprach stärker der Sichtweise der Union als derjenigen der SPD. Kiesinger wies dort jenen Vorwurf – den die DDR gerne und oft erhob – von sich, die Bundesregierung beabsichtige, die Menschen im anderen Teil Deutschlands zu bevormunden. Nur solange es diesen Menschen versagt bleibe, ihren Willen über das Schicksal der Nation zweifelsfrei zu bekunden, obliege es der frei gewählten Bundesregierung, auch für sie zu sprechen, betonte der Kanzler.

Bis hierhin wurden die Gegensätze erneut unterstrichen, jetzt folgte der offenere Teil. Er war von Barzel inspiriert¹⁵⁸, der auch in Wehner bei den Verhandlungen einen Fürsprecher für einen Appell an die "gemeinsame Verantwortung" fand. Kiesinger nahm diesen Gedanken auf: "Auch Sie bejahen die Verantwortung, unserem Volk den Frieden zu erhalten", schrieb er an Stoph. Er erwähnte das Angebot der Bundesregierung, auf Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele zu verzichten. Der Gewaltverzicht gelte allgemein und dulde keine Ausnahme. "Deshalb muß die Bundesregierung mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß auch im anderen Teil Deutschlands auf die Anwendung von Gewalt verzichtet wird." Kiesinger sprach hier Wehner aus der Seele. Der Minister hatte oft darüber geklagt, die ostdeutsche Führung leugne ständig die Tatsache, daß die Bundesregierung in ihre Offerte des Gewaltverzichts die DDR mit einbezogen habe. Wehner hatte längst überlegt, wie sie in ein solches Abkommen integriert werden konnte, ohne daß die Bundesrepublik und die anderen westlichen Staaten mit ihrer Unterschrift die DDR vertraglich anerkennen mußten. Das Dokument mit der Unterschrift des Ost-Berliner Regimes sollte an einem dritten Ort hinterlegt werden, etwa bei den Vereinten Nationen¹⁵⁹. Es war eine weitere versponnene, von Wehner in die Welt gesetzte Idee, die niemand aufgriff und die auch bald in Vergessenheit geriet.

Sehr viel konkreter, wenn auch genausowenig Erfolg versprechend, schien dagegen der Vorschlag zu sein, den Kiesinger am Schluß seines Briefs Stoph unterbreitete. Er rege

¹⁵⁷ Auswärtiges Amt (Hrsg.), Politik, S. 600.

¹⁵⁸ Vgl. Barzel, Gespräch mit dem Verfasser, 10.6.1988.

¹⁵⁹ Vgl. BPA, Wehner im Südwestfunk am 17.6.1967, Anhang II, S. 6; er zeigte sich optimistisch: Man werde eine Form finden, jenes Gebiet, das deutsch sei, aber nicht zum Geltungsbereich des Grundgesetzes gehöre, miteinzubeziehen, "ohne daß unsere Rechtsauffassung damit gebrochen" werde. Dazu dürfte es einen Weg geben, "der nicht zu weit ist". Auch diese Außerungen waren übrigens nicht mit Kiesinger abgesprochen.

an, daß "zu bestimmende Beauftragte ohne politische Vorbedingungen" Gespräche über praktische Fragen des Zusammenlebens der Deutschen aufnehmen sollten, wie sie in der Erklärung vom 12. April vor dem Bundestag bereits benannt worden waren 160. Kiesinger war auf möglichst alle Vorschläge und Anregungen seiner Berater eingegangen. Lediglich den Begriff "DDR" vermied er in seinem Schreiben. Barzel meinte später, daß Kiesinger hier bewußt die Grenze gezogen habe, bis zu der die Bemühungen der neuen Ostpolitik reichen durften und ab der, falls sie überschritten würde, die Anerkennung der DDR begänne¹⁶¹. Der ostpolitische Planer der SPD, Bahr, hat dagegen später wie Wehner die Weigerung des Kanzlers kritisiert, die Bezeichnung "DDR" zu akzeptieren und zu verwenden. Diese Entscheidung sei für das Scheitern des Briefwechsels verantwortlich gewesen, meinte Bahr. Als Kiesinger den Brief per Boten abgeschickt habe, sei klar gewesen, daß "sich da nichts tun würde". Noch nachträglich sah Bahr darin die entscheidende Schwäche der Ost- und Deutschlandpolitik Kiesingers in der Großen Koalition. Die Sache sei "typisch" für die Haltung des Kanzlers und die des Kanzleramtes gewesen: "ein bischen, aber nicht ganz". Diese Einstellung, betonte Bahr, habe sogar eine gefährliche Seite gehabt. Denn sie habe drüben Appetit "auf mehr" gemacht, also die Anspruchshaltung Ost-Berlins noch verstärkt¹⁶².

Tatsächlich gab man sich in Bonn über den Ausgang des Briefwechsels mit Ost-Berlin keinerlei Illusionen hin. Schmidt erklärte vor dem Bundestag am 7. Juni 1967, man sei sich darüber einig, daß die unmittelbaren Erfolgsaussichten des verabredeten Schrittes nicht sehr groß sein könnten. Immerhin betonte der SPD-Fraktionsführer das Wort "unmittelbar", um die Möglichkeit eines langfristigen Erfolges, den sich die Regierung erhoffte, nicht auszuschließen¹⁶³. Am 15. Juni bezog Ulbricht in Leipzig Stellung und erklärte in einer "Wahlversammlung": Wenn es Kiesinger mit dem Bemühen ernst sei, das Auseinanderleben der Deutschen aufzuhalten, dann müsse er mit Stoph über die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten verhandeln. Ulbricht betonte, daß der Bundeskanzler jedoch mit seinem Bestehen auf der "Alleinvertretungsanmaßung" die Vorschläge der DDR zur Herbeiführung der friedlichen Koexistenz ablehne¹⁶⁴.

Damit waren die Fronten abgesteckt. Die DDR erwartete den Verzicht auf die Alleinvertretung durch die Bundesrepublik, eine Forderung, die einzulösen für die Bundesregierung nicht in Betracht kam. Kiesinger war nicht überrascht, aber dennoch etwas enttäuscht, wie er Grüber, seinem geistlichen Beistand, in einem Schreiben vom selben Tag wissen ließ. "Leider sieht es [...] gegenwärtig nicht danach aus, daß die Verantwortlichen im anderen Teil Deutschlands bereit sind, solche Gespräche "ohne Voreingenommenheit oder Vorbedingungen" [...] zu führen. Sie scheinen sich im Gegenteil auf ihre alten politischen Ziele zu versteifen und von deren Annahme durch uns alles andere abhängig machen zu wollen." 165

¹⁶⁰ Auswärtiges Amt (Hrsg.), Politik, S. 600.

¹⁶¹ Vgl. Barzel, Gespräch mit dem Verfasser, 10.6.1988.

¹⁶² Bahr, Gespräch mit dem Verfasser, 4.7.1988. Tatsächlich wirkte Kiesingers Kompromiß im nachhinein "verschämt", wie Dreher (Gespräch mit dem Verfasser, 5.7.1988) behauptet. Wehners Idee sei richtig gewesen, man müsse "denen" [der DDR] das "Gitter" wegnehmen. "Die waren ja immer gedrückt, hinter dem Vorhang, die Westdeutschen hatten den Anspruch, den Osten einzukassieren." Mit psychologischem Geschick hätte man eine ganze Menge erreichen können. Die DDR sei sehr empfindlich gewesen. In dem Moment dieser Entscheidung, gibt er Bahr recht, war klar, daß "die Sache gestorben war".

¹⁶³ VdDB, 5. Wahlperiode, 111. Sitzung vom 7.6.1967, S. 5271.

¹⁶⁴ Vgl. EA 22 (1967), Folge 13, S. Z 141.

¹⁶⁵ AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 003, Kiesinger an Grüber vom 15.6.1967.

Der Brief an Grüber ist insofern von Bedeutung, als er nicht nur an eine Persönlichkeit gerichtet war, die Kiesinger im November 1966 vor Kritik wegen dessen NSDAP-Mitgliedschaft öffentlich in Schutz genommen hatte. Grüber war zudem von 1949 bis 1958 der Bevollmächtigte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bei der DDR-Regierung gewesen und hatte versucht, die Vertreter der beiden Teile Deutschlands zusammenzuführen. Grüber besaß als ehemaliger KZ-Häftling in Sachsenhausen und Dachau Respekt innerhalb der Führung der DDR und setzte diese Tatsache auch für sein humanitäres Anliegen ein, etwa bei der Betreuung von Strafgefangenen. So kam es, daß er eng mit dem Regime zusammenarbeitete, ohne daß er gleichzeitig im Westen bezichtigt wurde, diesem nach dem Munde zu reden. Sein Wort hatte daher in der Öffentlichkeit besonderes Gewicht¹⁶⁶.

In einer Stellungnahme hatte sich Grüber am 19. Mai 1967 für Verhandlungen zwischen Bonn und Ost-Berlin ausgesprochen. Er bezeichnete Stoph als "ehrlich und zielbewußt" und meinte, Gespräche dürften zwischen den Regierungen nicht mit Vorbedingungen belastet werden¹⁶⁷. Kiesinger nutzte die Gelegenheit, um dem Kirchenmann in seinem Brief vom 15. Juni zu versichern, daß er an einem Dialog mit dem anderen deutschen Staat interessiert sei. "Auch mir geht es angesichts der verhärteten politischen Situation heute vor allem darum, einen Anfang zu finden", schrieb er Grüber. Er wolle wenigstens die "menschliche Not, Spannungen und Unrecht in unserem geteilten Lande lindern" helfen. Man werde sich durch die erste Reaktion der DDR-Führung nicht entmutigen lassen und unbeirrt fortfahren, Wege zu suchen, um "das Leben für unser getrenntes Volk erträglicher zu machen"¹⁶⁸.

Die humanitäre Komponente in der neuen Deutschlandpolitik: Die Rede vom 17. Juni 1967

Zwei Tage später führte der Kanzler im Detail aus, was ihn beim Briefwechsel mit Stoph motivierte. Kiesinger hat sein deutschlandpolitisches Ziel nie deutlicher formuliert als in seiner programmatischen Rede zum 17. Juni 1967. Die Rede sei "das Beste", was er in seiner Regierungszeit im Zusammenhang gesagt habe, meinte er im Oktober 1967. Gleichzeitig klagte der Kanzler darüber, daß sie keine Beachtung gefunden habe¹⁶⁹. Lediglich für Wehner, der an ihrem Konzept maßgeblich beteiligt gewesen war, wurde die Rede zu einem Meilenstein in der Geschichte Deutschlands¹⁷⁰. Insgesamt, so vermerkte Kiesinger einmal, habe Wehner sie zwischen 1967 und 1974 achtmal im Bundestag zitiert¹⁷¹. Selbst nach der Großen Koalition habe Wehner die gemeinsame Politik zumindest ideell weiter fortgeführt¹⁷².

¹⁶⁶ Allerdings war ihm nicht viel Erfolg beschieden. In seinen Memoiren (Erinnerungen, S. 304 ff.), die nur bis 1958 reichen, beschreibt Grüber den Versuch, Ende 1950 den DDR-Ministerpräsidenten und den Bundeskanzler im Hause des Ratsvorsitzenden der EKD, Bischof Otto Dibelius, zusammenzuführen. Adenauer, behauptet Grüber, habe davon aber nichts wissen wollen.
167 Epd, 19.5.1967.

¹⁶⁸ AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 003, Kiesinger an Grüber vom 15.6.1967.

¹⁶⁹ AdKASt, Kiesinger I – 226, D/II.1, A 008, Gespräch mit Wirsing, 5.10.1967, S. 2; Anmerkung des Journalisten: "Tatsächlich kenne ich den Wortlaut nicht."

¹⁷⁰ Vgl. Kreutzer, Gespräch mit dem Verfasser, 22.8.1988.

¹⁷¹ Vgl. Oberndörfer (Hrsg.), Große Koalition, S. 83, Anmerkung.

¹⁷² Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, F/3., A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 47. Wehner sei der Konsequenteste in der Ostpolitik, erklärte der frühere Kanzler. "Ich kann Ihnen jede Reaktion von Wehner voraussagen. [...] Er macht praktisch unsere Politik. Er hat in seinen Reden, die er gehalten hat, durch die Bank meine Politik vertreten [...]."

In seiner Rede kam es dem Bundeskanzler vor allem darauf an, auf die Existenz des zweiten deutschen Staates ausdrücklich hinzuweisen, auch wenn er die Bezeichnung "DDR" hartnäckig vermied. Man müsse "ohne Scheuklappen" sehen, was "in den vergangenen vierzehn Jahren" dort entstanden sei, erklärte er. Und die Regierung der DDR nannte er die "Verantwortlichen im anderen Teil Deutschlands"173. Aus dieser Sicht ergab sich für den Kanzler zunächst die Pflicht, die DDR in den eingeleiteten Entspannungsprozeß miteinzubeziehen. Solange sich allerdings das Regime weigerte, auf die Entspannungsvorschläge Bonns einzugehen, nutzte es der Bundesregierung, daß sie in anderen Staaten - etwa in Osteuropa, aber auch bei unabhängigen, blockfreien Ländern glaubwürdiger erschien als Ost-Berlin. Die SED behauptete seit langem, es gehe der Bundesregierung nicht wirklich um die Aufnahme von Kontakten. Die Forderung sei nur ein Vorwand. Kiesinger drehte die Argumentation um und warf der DDR-Führung seinerseits vor, ihr sei an Gesprächen gar nicht gelegen. Sie verlange die völlige Unterwerfung unter den eigenen Standpunkt und erwecke damit den Eindruck, daß man dies nur tue, weil man Gespräche und eine Zusammenarbeit verhindern wolle, erklärte der Kanzler während des Staatsaktes zum Tag der Deutschen Einheit im Bonner Bundeshaus.

Dahinter stand ein strategisches Ziel: Die Isolierung der Zone könne nur so vor sich gehen, "daß wir in den anderen kommunistischen Ländern vorsichtig Fuß fassen", meinte Kiesinger gegenüber dem Chefredakteur von Christ und Welt, Wirsing, am 5. Oktober 1967¹⁷⁴. Dann werde es für die Leute in der Zone immer schwieriger, auf ihrem stalinistischen Standpunkt zu beharren. Kiesinger war bereit, vieles zu versuchen, um im Sinne einer humanitären Geste den Menschen in der DDR zu helfen. Aber er wollte dafür nicht unter allen Umständen, wie etwa Wehner, die gültigen Rechtspositionen der Bundesrepublik aufgeben. Neu war aber, daß Kiesinger Ulbricht ernst nahm und in dem Kommunisten einen wirklichen, gefährlichen Gegner sah. Man dürfe nicht den gewaltigen Einfluß unterschätzen, den "Ulbricht ja tatsächlich in Moskau besitzt", meinte Kiesinger etwa in dem oben erwähnten Hintergrundgespräch. Die Zone sei der wichtigste Lieferant innerhalb des Ostblocks und daher ganz unentbehrlich. Daraus könne Ulbricht jederzeit in "seinen eigenen Fragen Gewinn ziehen". Er sei trotz seines Alters ein nicht zu unterschätzender Gegner. "Ich kann ihm nur beikommen, wenn ich ihn in einer Form isoliere, gegen die er eigentlich nichts machen kann."

Was verstand Kiesinger unter der Isolierung der Zone? Es sei darauf angekommen, daß vor der Welt "klipp und klar deutlich" werde, wer daran die Schuld trug, daß es zu keiner Annäherung beider deutscher Regierungen komme¹⁷⁵. Diese Taktik sollte in erster Linie die Position der SED-Führung in Moskau untergraben. Kiesinger glaubte fest daran, daß sich der Kreml auf lange Sicht nicht hinter der eigenen Propaganda gegen die Bundesrepublik verstecken konnte, sondern der Bundesregierung eines Tages entgegen-

¹⁷³ Bulletin, 20.6.1967, S. 541 f.; Kiesinger rechnete den Beginn einer Eigenständigkeit der DDR offensichtlich erst ab 1953. Es waren achtzehn Jahre seit der Gründung vergangen. Zu Unrecht hat man sein – zugegeben – gequält wirkendes Wort von der DDR als einem "Phänomen" als typisch für seine Haltung angeführt; vgl. etwa Brandt, Erinnerungen, S. 171. Kiesinger prägte es im Oktober 1967 im Bundestag: "Gut, wir erkennen natürlich, daß sich da drüben etwas gebildet hat, ein Phänomen, mit dem wir es zu tun haben, ein Phänomen, mit dessen Vertretern ich in einen Briefwechsel eingetreten bin, ein Phänomen, mit dem wir bereit sind [...] Kontakte aufzunehmen, Vereinbarungen zu treffen"; VdDB, 5. Wahlperiode, 126. Sitzung am 13.10.1967, S. 6360.

¹⁷⁴ AdKASt, Kiesinger I – 226, D/II.1, A 008, Gespräch mit Wirsing, 5.10.1967, S. 5; siehe dort auch die folgenden Zitate.

¹⁷⁵ AdKASt, Kiesinger I – 226, F/3., A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 58.

kommen mußte. Eines Tages, davon war Kiesinger zutiefst überzeugt, würde der Kreml Verhandlungen über die Einheit Deutschlands einleiten. Bis dahin mußte auf vielen Ebenen der internationalen Politik diese Entwicklung vorbereitet werden. Dabei dachte er nicht nur an das Verhältnis zu den Staaten in Osteuropa. Dem Kanzler war klar, daß es auch galt. Vorbehalte gegen die deutsche Einheit im westlichen Lager auszuräumen. Diesem Punkt widmete er in seiner Rede vom 17. Juni sogar den wichtigsten und damit wertvollsten Teil. Vor dem Bundestag erläuterte Kiesinger einen überraschenden Gedanken über die machtpolitischen Grundlagen eines geeinten Deutschland, der bis heute seine Bedeutung nicht verloren hat¹⁷⁶. Deutschland, ein wiedervereinigtes Deutschland, erklärte er da, habe eine "kritische Größenordnung". "Es ist zu groß, um in der Balance der Kräfte keine Rolle zu spielen, und zu klein, um die Kräfte um sich herum selbst im Gleichgewicht zu halten. "177 Es sei daher nur schwer vorstellbar, daß sich ganz Deutschland bei einer Fortdauer der politischen Struktur in Europa der einen oder der anderen Seite "ohne weiteres" zugesellen könne. Eben darum könne man das Zusammenwachsen der getrennten Teile Deutschlands nur eingebettet sehen in den Prozeß der Überwindung des Ost-West-Konfliktes in Europa.

Erstmals stellte mit dieser Erklärung ein Kanzler die Bemühungen der Bundesregierung, Großbritannien gegen den heftigen Widerstand Frankreichs in die Europäische Gemeinschaft aufzunehmen, als Teil des Wiedervereinigungskonzeptes dar. Erhard hatte sich für die Zusammenführung möglichst aller europäischer Staaten, insbesondere Großbritanniens, unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten eingesetzt und seit 1955 gelegentlich eine Freihandelszone anstelle der EWG propagiert¹⁷⁸. Jetzt, im Jahre 1967, erhielt der Beitritt Großbritanniens einen politischen "Sinn". Die Deutschen hatten erkannt, daß die Zustimmung der westeuropäischen Länder zur Vereinigung beider deutscher Staaten in einer neuen europäischen Ordnung wahrscheinlich nicht zu erwarten war, solange die Europäische Gemeinschaft sich auf ihre sechs Gründungsmitglieder beschränkte. Die "kritische Größe" Deutschlands meinte einen möglichen Hinderungsgrund der Wiedervereinigung: die Furcht der anderen westeuropäischen Regierungen, ein einiges Deutschland werde die Europäische Gemeinschaft dominieren. Daher, so schloß Kiesinger, müßten England und die anderen Länder Britanniens so schnell wie möglich in die Gemeinschaft einbezogen werden. Nur durch diese Erweiterung, so glaubte man auch im Auswärtigen Amt, könne ein vereinigtes Deutschland in die EG integriert werden, ohne ein Übergewicht zu gewinnen. Mit England, so argumentierte man intern in Bonn im Hinblick auf französische Befürchtungen, erhalte ein solches Deutschland ein Gegengewicht, das groß genug sei, um sein beträchtliches Bevölkerungs- und Wirtschaftspotential auszubalancieren. Frankreich allein sei zu schwach. Um die Zustimmung der westlichen Nachbarn zur Politik der Vereinigung von vornherein zu erleichtern, förderte die Bundesrepublik also konsequent den englischen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft¹⁷⁹. Auch wenn die Große Koalition die Forderung nach einer Mitgliedschaft

177 Oberndörfer (Hrsg.), Große Koalition, S. 81.

178 Vgl. Koerfer, Kanzleramt, S. 139; Erhard wandte sich gegen Abschottung und Teillösungen. Er

begriff die Ökonomie als ein "weltweites Ganzes".

¹⁷⁶ Vgl. etwa Richard von Weizsäckers Rede im Hamburger Rathaus Ende 1993 (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.12.1993): "Zu nationalen Alleingängen sind wir zu klein. [...] Aber wir sind zu groß, als daß man uns übergehen könnte."

¹⁷⁹ Vgl. Diehl, Gespräch mit dem Verfasser, 29.11.1989. Diese Erklärung stammt angeblich vom damaligen Staatssekretär im Bundespresseamt, Diehl, den Kiesinger schon in der gemeinsamen Zeit im Auswärtigen Amt kennen und schätzen gelernt hatte. Diehl behauptet, diesen Gedanken bei der Bearbeitung der Rede vom 17.6.1967 aufgebracht zu haben.

mit wenig Nachdruck verfolgte, um das Verhältnis zu de Gaulle nicht zu belasten, hielt sie doch beharrlich an dem Vorhaben fest. Es blieb ihr auch in diesem Fall nichts anderes übrig, als auf eine Änderung der Situation zu warten¹⁸⁰. Überhaupt war dieses Konzept zur Erlangung der Einheit langfristig angelegt. Es konnte Jahre oder Jahrzehnte dauern. Hierin lag auch die Schwäche, die Kiesinger deutlich sah. Denn man konnte mit schnellen Erfolgen nicht aufwarten, sondern mußte den Weg des langen Atems gehen.

Auf weiten Strecken zur deutschen Einheit: Der Weg des langen Atems

Kiesinger ist diese Schwäche seiner Politik in den Wochen nach dem ersten Brief an Stoph besonders deutlich geworden. Dies zeigt ein Briefentwurf an den CDU-Fraktionsvorsitzenden vom 21. August 1967 aus der Feder des engen Beraters Guttenberg. Darin werden zunächst die bisherigen Versuche der CDU kritisiert, die "Lösung der deutschen Frage" von "irgendwelchen" Plänen abhängig zu machen und so zu tun, als ob der Fortgang der Dinge von eigenen Handlungen abhängen würde. Es habe der CDU oft die Kraft gefehlt, heißt es weiter, die ganze Wahrheit zu sagen, daß nämlich die Frage der Wiedervereinigung von weltpolitischen Veränderungen abhänge und nicht von "einer cleveren Mischung innerdeutscher Sicherheitsvorkehrungen"181. Aber die Partei sei der politisch motivierten Zwangsvorstellung erlegen, Lösungen anbieten zu müssen, ehe die Geschichte Chancen für eine solche Lösung eröffnete. Er glaube daher, daß man davon Abstand nehmen sollte, eine Art Plan zu entwerfen und dann in Form einer Initiative vorzulegen. "Wir müssen uns vielmehr zu einer Politik des langen Atems verstehen, die geduldig und beharrlich Schritt für Schritt voranzukommen sucht." Kiesinger verwies darauf, daß man mit diesem "pragmatischen Vorgehen" gegenüber Osteuropa wie auf dem Gebiete der innerdeutschen Beziehungen bisher "nicht schlecht gefahren" sei. Es sei gelungen, "unsere Ost- und Deutschlandpolitik aus der Erstarrung zu lösen, den Vorwurf der Entspannungsfeindlichkeit zu entkräften, Ansatzpunkte in Osteuropa zu gewinnen, die SED in gewisse Bedrängnis zu versetzen und für unsere Politik die Unterstützung unserer Freunde zu gewinnen".

Prägnanter ist Kiesingers politische Haltung nie zusammengefaßt worden. In der Politik des langen Atems war nicht nur die Hoffnung Kiesingers enthalten, eine Besserung der Lebensverhältnisse für die Bürger in der DDR zu erreichen, sondern darin zeigte sich auch die Zielsetzung einer kontinuierlichen Ostpolitik, die auf vielen Wegen gleichzeitig verfolgt wurde. Es war ein mutiges und optimistisches Unternehmen, denn Kiesinger wollte Einfluß nehmen auf Entwicklungen, die nicht ganz in seiner Hand lagen. Dennoch fußte diese Politik auf einer selbstbewußten Position. Es gab keinen Anlaß, Konzessionen einseitig zu machen. Moskau, davon zeigte sich Kiesinger überzeugt, werde sich auch ohne Vertrauensvorschuß eines Tages um Bonn bemühen. Weitere hastige Schritte Richtung Moskau oder gar Pankow kamen für ihn nicht in Frage.

¹⁸⁰ Vgl. Hildebrand, Der provisorische Staat, S. 309 ff. Sie kündigte sich bereits im Frühjahr 1969 an, als der General den Engländern anbot, in der Waffentechnik enger zusammenzuarbeiten und in Europa eine große Freihandelszone zu schaffen. Die Engländer nahmen die Offerte nicht an, aber der Versuch zeigte, daß Frankreich die Lage in Europa plötzlich mit anderen Augen zu sehen begann. Das Gewicht Englands schien dem Staatspräsidenten nunmehr erwünscht, um das wirtschaftliche Potential der Bundesrepublik in Europa auszugleichen. Anlaß war die Bonner Währungskonferenz im November 1968, bei der die Bundesrepublik erstmals ihr nationales Interesse gegen den Widerstand der Defizitländer, die ihre engsten Partnerstaaten waren, durchsetzte.
181 AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Entwurf Kiesinger an Barzel vom 21.8.1967, S. 2.

Aber auch eine schnelle Veränderung von seiten des Ostens war von der deutschen Politik des langen Atems nicht zu erwarten. Denn die Sowjetunion mußte erst Vertrauen gewinnen. Interesse an einem Arrangement hatte Moskau zwar schon angezeigt, als es für die Aufhebung der Teilung Europas plädierte. Doch würde es Jahre dauern, bis beide Staaten sich einander so weit genähert hatten, daß auch die deutsche Einheit auf den Verhandlungstisch geschoben werden konnte. "Unsere Deutschlandpolitik ist leider in hohem Maße von Entwicklungen abhängig, auf die wir wenig oder gar keinen Einfluß haben. "182 Es komme darauf an, den Weg offenzuhalten und sich auf eine lang andauernde Auseinandersetzung ebenso einzurichten wie auf die Möglichkeit eines schnelleren Wechsels der Lage. Was Kiesinger damals nicht wissen konnte, war, daß erst 1990 dieser Augenblick gekommen sein würde. 1967 stand hinter dieser Sicht nicht viel, was sich etwa auch in Wahlkämpfen attraktiv anbieten ließ. Andere Konzepte, die weitergehende, einseitige Zugeständnisse an den Osten einschlossen, erschienen aussichtsreicher, weil sie auf die Attraktivität des Handelns setzten. Darüber war man sich auch im Kanzleramt im klaren. Und dies bezog sich natürlich auf die ideologische Auseinandersetzung mit dem Koalitionspartner SPD. Kiesinger gab Barzel am Schluß des Briefs die Aufforderung mit, dafür zu sorgen, daß "in diesen entscheidenden Fragen in Partei und Fraktion eine gemeinsame Sprache gesprochen" werde. Nur auf diese Weise könne man gegenüber einem Koalitionspartner bestehen, der "gerade auf diesem Gebiet außerordentlich aktiv" sei183.

Ende eines kurzen Briefwechsels: Der zweite Brief an Stoph

Tatsächlich verlor Kiesingers Konzept an Attraktivität, je mehr sich die Fronten wieder verhärteten, wie sich dies jetzt beim Briefwechsel mit Stoph schmerzhaft bemerkbar machte. Denn Ost-Berlin erhöhte noch jene Hürden, die es bereits vor der Aufnahme von Verhandlungen errichtet hatte. Am 18. September schrieb Stoph erneut an Kiesinger. Diesmal handelte es sich um ein "Dokument der Härte", wie ein Beobachter schrieb¹⁸⁴. Der Vorsitzende des DDR-Ministerrates verlangte nun als Vorbedingung für eine Normalisierung zwischen den deutschen Staaten die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und fügte sogar einen Vertragsentwurf bei. Außerdem erklärte Stoph, daß die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der EWG und in der Nato dem Vereinigungsprozeß "diametral" entgegenstehe. Auf die Vorschläge der Bundesregierung vom April 1967 ging Stoph wie beim ersten Brief nicht ein. Statt dessen wiederholte er die Angebote seines Mai Briefes 185. Es war deutlich auszumachen, daß die DDR nicht an einem Gespräch interessiert war, sondern alles tat, um sein Zustandekommen zu verhindern. Enttäuscht schrieb Grüber von DDR-Politikern, die dem "Machtteufel verfallen" seien und daher alles Entgegenkommen als Schwäche auffassen würden. "Nach jeder nachgiebigen Haltung werden sie noch unverschämter. Das sahen wir bei Hitler und sehen wir jetzt im Osten, vor allem in der DDR. "186

Für die Bundesregierung ging es nun darum, den Eindruck zu vermeiden, es habe an ihr gelegen, daß der Kontakt abgebrochen worden sei. Daher kam es noch einmal zu einem Antwortschreiben Kiesingers am 28. September. Aber auch dieser Brief blieb natür-

¹⁸² VdDB, 5. Wahlperiode, 158. Sitzung vom 11.3.1968, S. 8172.

¹⁸³ AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Entwurf Kiesinger an Barzel vom 21.8.1967, S. 5.

¹⁸⁴ Vogelsang, Das geteilte Deutschland, S. 340.

¹⁸⁵ TzD, Brief und Vertragsentwurf, Band 1, S. 124 ff.

¹⁸⁶ AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.5, A 205, Grüber an Kiesinger vom 28.11.1967.

lich auf der Linie vom Juni, hielt ausdrücklich an dem Grundsatz fest, daß das Ziel die Selbstbestimmung der Deutschen sei, und forderte erneut, die Vorschläge der Bundesregierung vom 12. April zu berücksichtigen. Die Kürze des Textes wie die Bemerkung, "Polemik führt nicht weiter", zeigten schon an, daß der Briefwechsel an seinem Ende angelangt war¹⁸⁷. Neu war lediglich die von Wehner so heftig geforderte Benennung des Staatssekretärs im Bundeskanzleramt als Verhandlungspartner. Kiesinger stimmte diesmal zu, der Staatssekretär wurde im Brief genannt. Aber insgesamt gesehen, war damit die Initiative zum Stillstand gekommen. Die DDR-Führung ging nicht auf den Inhalt des Briefes ein, veröffentlichte ihn auch nicht. Im Winter setzte die dritte Berlinkrise ein – es war ein erneuter Versuch, den Status des Westteils zu verändern. Und damit wich der verheißungsvolle frische Wind nach Osten einem eisigen Hauch, der sich, wie in der Zeit des Kalten Krieges, wieder über das Verhältnis beider deutscher Staaten legte.

Der Historiker Vogelsang und der Politologe Besson sind übereinstimmend der Meinung, daß Kiesinger sich zumindest nach dem zweiten Brief dem starken konservativen Flügel seiner Partei habe beugen müssen. Dieser habe in einem Dialog mit dem DDR-Regime bereits den ersten Schritt zur Anerkennung erblickt. Der Kanzler sei nun endgültig in einen "Zweifrontenkrieg" eingetreten, behauptet Besson. Auf der einen Seite habe sich seine Partei befunden, die das Abenteuer "DDR-Briefwechsel" nicht fortsetzen wollte, auf der anderen die SPD, die an der europäischen Entspannung, in der die beiden deutschen Staaten eingeschlossen waren, weiter festhalten wollte. Dabei sei er der harten Linie von CDU/CSU gefolgt¹⁸⁸. Beide Autoren gehen also davon aus, daß dem Bundeskanzler zwar daran gelegen war, das Verhältnis beider deutscher Staaten aufzulockern, er aber von seiner eigenen Partei zumindest behindert worden sei¹⁸⁹.

An dieser These sind allerdings Zweifel angebracht. Zwar hat insbesondere Barzel, der Wehner mißtraute, Kiesinger immer wieder auch zu Vorsicht und Zurückhaltung geraten. Am 3. Juli etwa empörte er sich über Wehners Erklärung, es sei nicht so wichtig, was in dem Brief an Stoph stehe, wichtiger sei, daß er geschrieben worden sei 190. Aber gerade Barzel war ein Reformer, der eigene Vorstellungen verfocht und eine aktive Ostpolitik anstrebte. Man hat doch Kiesingers Willen im nachhinein überschätzt, unter allen Umständen einen Wandel im deutsch-deutschen Verhältnis herbeiführen zu wollen. Zwar wollte er das Verhältnis zwischen Bonn und Ost-Berlin verbessern, aber eben nur soweit, wie der pragmatische Ansatz der Regierungserklärung vom April 1967 trug. Unterhalb der Ebene der Anerkennung sollte soviel wie möglich zwischen beiden Staaten geregelt werden 191. Die Weigerung der DDR, sich ohne Vorbedingungen auf dieses Programm einzulassen, machte allerdings zugleich die Grenzen deutlich, die die Deutschlandpolitik Kiesingers einschränkten: Kiesinger sah keine Notwendigkeit, durch einseitige Zugeständnisse das Interesse der anderen Seite an dem Vorhaben zu verstärken. Die Deutschlandpolitik, das wurde damit sichtbar, war nur ein Teil einer größeren Gesamt-

¹⁸⁷ Das bemerkt Vogelsang (Das geteilte Deutschland, S. 341). Er kritisiert, daß die Regierung, wenn sie tatsächlich eine Politik der Bewegung habe verfolgen wollen, zumindest auf den Alleinvertretungsanspruch hätte verzichten müssen. Ansonsten sei die Lage von vornherein aussichtslos gewesen.

¹⁸⁸ Besson, Außenpolitik, S. 410; vgl. Vogelsang, Das geteilte Deutschland, S. 340.

¹⁸⁹ Vgl. Hacke (Weltmacht, S. 149), der dieselbe These vertritt.

¹⁹⁰ Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 002, Barzel an Kiesinger vom 3.7.1967. Barzel stellte empört fest: "Diese Aussage steht nicht nur im Widerspruch zu unseren Intentionen und zu den Abreden der Koalition, sondern auch zum Grundgesetz. Ich halte den Vorgang für so ernst, daß ich Sie auch in diesen Tagen leider damit befassen muß."

¹⁹¹ Vgl. Hildebrand, Erhard, S. 332.

position Kiesingers, deren einzelne Komponenten nebeneinander verfolgt werden konnten. Das Prinzip Adenauers sei gewesen, dort weiterzumachen, wo es möglich war, hat Kiesinger einmal festgestellt¹⁹². Gleiches läßt sich auch von ihm selbst sagen. Auf vier Ebenen verfolgte er sein Ziel: Erstens suchte er den direkten Kontakt zur Sowjetunion, zweitens sollte das Verhältnis zu den Osteuropäern – inner- und außerhalb des Warschauer Pakts – verbessert werden, drittens mußte das Gespräch mit der DDR geführt werden, und schließlich, viertens, warb er für die Unterstützung durch die Staaten der sogenannten Dritten Welt. Die beiden ersten Ebenen waren die wichtigsten; damals war nicht vorherzusagen, auf welchem Gebiet sich plötzlich Chancen für die Bundesregierung eröffneten. Dem Kanzler standen bei der Verfolgung ostpolitischer Ziele Optionen zur Verfügung, auf die er jeweils zum geeigneten Zeitpunkt zurückgreifen konnte.

¹⁹² Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, F/3., A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 18.